



Landtag von Baden-Württemberg

110. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 5. November 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 9:00 Uhr

Schluss: 15:07 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6539	4. a) Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“ – Drucksache 15/6049	
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	6539	b) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses	
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Bettina Meier-Augenstein	6543	c) Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Vorläufiges Ruhenlassen der Arbeit der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg – Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“ – Drucksache 15/6047.	6563
Nachwahl eines beratenden Mitglieds im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM)	6539	Abg. Peter Hauk CDU	6564
1. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16) – Drucksache 15/5959		Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	6565
Haushaltsrede des Ministers für Finanzen und Wirtschaft	6539	Abg. Claus Schmiedel SPD	6566
Minister Dr. Nils Schmid	6539	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	6567
2. Aktuelle Debatte – Wie denn? Wo denn? Was denn? Die Widersprüche der CDU in der Bildungspolitik – beantragt von der Fraktion GRÜNE	6543	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	6568
Abg. Sandra Boser GRÜNE	6543, 6553	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD (zur Geschäftsordnung)	6569
Abg. Georg Wacker CDU	6545, 6554	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	6569
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	6548, 6554	Beschluss	6569
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	6550, 6555	Abg. Claus Schmiedel SPD (zur Geschäftsordnung)	6570
Minister Andreas Stoch	6551	Abg. Wolfgang Drexler SPD	6571
3. Aktuelle Debatte – Integrationsfeindliche Radikalisierung junger Menschen vermeiden – Präventionsstrategie gegen Islamismus, Extremismus und Radikalismus ausbauen – beantragt von der Fraktion der CDU	6556	Abg. Thomas Blenke CDU	6572
Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU	6556, 6562		
Abg. Thomas Poreski GRÜNE	6557, 6563		
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	6558		
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	6559		
Minister Reinhold Gall	6560		

5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung – Drucksache 15/5294	Anlage 4 Entwicklung der Einnahmen des Landes 2007 bis 2016.	6591
Beschlusempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur – Drucksache 15/5923.	Anlage 5 Entwicklung der Personalausgabenquote, der Zinsquote und der Kreditfinanzierungsquote 2004 bis 2016. . . .	6592
Abg. Winfried Mack CDU.	Anlage 6 Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16 aufgeteilt nach Zwangsläufigkeiten	6593
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	Anlage 7 Steuereinnahmen und die davon abhängigen Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16. . .	6594
Abg. Klaus Maier SPD.	Anlage 8 Personalausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16 nach Aufgabenbereichen	6595
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	Anlage 9 Personalstellen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16	6596
Staatssekretärin Dr. Gisela Splett.	Anlage 10 Finanzausgleich unter den Ländern 2003 bis 2013. . . .	6597
Beschluss	Anlage 11 Steuereinnahmen des Landes vor und nach dem Finanzausgleich unter den Ländern im Vergleich mit den durchschnittlichen Steuereinnahmen der Länder 2003 bis 2013	6598
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes – Drucksache 15/5870	Anlage 12 Ausgaben des Landes für Leistungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände 2009 bis 2016	6599
Beschluss	Anlage 13 Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzung in der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ und Umbesetzung im Ausschuss für Europa und Internationales	6600
7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz – L-BGG) – Drucksache 15/5936.	Anlage 14 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Nachwahl eines beratenden Mitglieds im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM).	6600
Beschluss	Anlage 15 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“	6601
8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative (GQP) – Drucksache 15/5935	Anlage 16 Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE – Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“	6601
Staatssekretär Ingo Rust.		
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU.		
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE		
Abg. Klaus Maier SPD.		
Abg. Niko Reith FDP/DVP		
Beschluss		
9. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg – Drucksache 15/5937		
Beschluss		
Nächste Sitzung		
Anlage 1 Einnahmen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16		6588
Anlage 2 Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16		6589
Anlage 3 Die Einzelpläne nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16		6590

Anlage 17

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“ 6602

Anlage 18

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“ . . . 6602

Protokoll

über die 110. Sitzung vom 5. November 2014

Beginn: 9:00 Uhr

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 110. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Wilhelm Halder und Herr Abg. Helmut Walter Rüeck.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Frau Staatsrätin Gisela Erler.

Eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* liegt Ihnen vervielfältigt vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 20. Oktober 2014 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 15/5967

Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales

2. Mitteilung der Landesregierung vom 21. Oktober 2014 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Absatz 4 Landesstatistikgesetz (LStatG) – Drucksache 15/5952

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

3. Mitteilung der Landesregierung vom 4. November 2014 – 46. Landesjugendplan für das Haushaltsjahr 2015/2016 – Drucksache 15/5965

Überweisung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport, soweit der Einzelplan 04 berührt ist, und an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, soweit der Einzelplan 09 berührt ist, und insgesamt federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

4. Mitteilung der Landesregierung vom 4. November 2014 – 24. Landessportplan für das Haushaltsjahr 2015/2016 – Drucksache 15/5966

Überweisung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

*

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der SPD für Umbesetzungen in der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ sowie im Ausschuss für Europa und Internationales (*Anlage 13*). Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. – Das ist der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Dieses ist aber leider noch nicht da. Daher verschieben wir die Gratulation auf später.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vielleicht feiert sie schon.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, kommen wir zur Nachwahl eines beratenden Mitglieds im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM). Dem Stiftungsrat des ZKM gehören gemäß § 7 Absatz 1 der Stiftungssatzung u. a. bis zu vier Vertreter des Landes Baden-Württemberg an. Am 28. September 2011 hat der Landtag u. a. Herrn Abg. Werner Raab als beratendes Mitglied in den Stiftungsrat des ZKM gewählt. Wie die CDU-Fraktion am 28. Oktober 2014 mitgeteilt hat, soll Herr Abg. Werner Raab baldmöglichst aus dem Stiftungsrat des ZKM ausscheiden. Das Vorschlagsrecht für die Nachwahl steht der Fraktion der CDU zu, die Frau Abg. Bettina Meier-Augenstein als neues beratendes Mitglied vorschlägt (*Anlage 14*).

Sind Sie damit einverstanden, dass offen über diesen Wahlvorschlag abgestimmt wird? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Wer der Nachwahl von Frau Abg. Bettina Meier-Augenstein zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit einstimmig zugestimmt.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16) – Drucksache 15/5959

Haushaltsrede des Ministers für Finanzen und Wirtschaft

Ich erteile dem Herrn Minister für Finanzen und Wirtschaft das Wort. – Bitte, Herr Minister Dr. Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines steht fest: Nach drei Jahren Grün-Rot steht Baden-Württemberg gut da.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Witzle gemacht!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Baden-Württemberg ist der Standort, wo es sich gut leben und arbeiten lässt, wo die Familien sich wohlfühlen. Baden-Württemberg ist die industrielle Herzkammer Deutschlands, ist die innovativste Region Europas. Baden-Württemberg ist stark, weil die Menschen in diesem Land jeden Tag ihr Bestes geben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das gilt für die Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land. Denn sie übernehmen Verantwortung für unternehmerischen Erfolg, für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Gesellschaft. Das gilt gleichermaßen für die Beschäftigten in unserem Land. Sie sorgen dafür, dass bei uns aus Ideen Produkte werden, die weltweit Erfolg haben. Sie setzen sich als Pfleger, Ausbilder oder Polizistin für andere ein. Sie engagieren sich oft neben ihrem Beruf noch ehrenamtlich. Damit machen sie sich stark für das Miteinander in unserer Gesellschaft. Die Menschen in unserem Land übernehmen damit Verantwortung, Tag für Tag.

Wir, die Landesregierung, übernehmen Verantwortung dafür, Baden-Württemberg noch stärker zu machen – Verantwortung dafür, dass wirtschaftliche Leistung und gesellschaftliches Miteinander weiter Hand in Hand gehen, Verantwortung dafür, das Fundament unseres Erfolgs langfristig zu sichern. Wir haben in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt: Dieser Verantwortung wird die Landesregierung gerecht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit Jahren. Unsere Wirtschaft bleibt auf Erfolgskurs. Die Menschen in Baden-Württemberg sind zufrieden mit dem Land und der Arbeit der Landesregierung.

Das ist aber kein Grund für Selbstzufriedenheit bei uns hier in der Regierung. Nein, vor allem treibt es uns an. Denn wir wissen: Baden-Württemberg kann es noch besser.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zurufe: Ja!)

Wir arbeiten daran, damit den Menschen in unserem Land noch mehr Wege offenstehen. Wir arbeiten daran, dass die Unternehmen im Land den entscheidenden Schritt vor den anderen tun können, damit sie im Wettbewerb weiterhin vorausmarschieren können. Wir arbeiten dafür, kommenden Generationen ein Land zu hinterlassen, das ökonomisch, ökologisch und gesellschaftlich intakt ist.

Deswegen bringen wir den Haushalt in Ordnung. Deswegen treffen wir Vorsorge und erhalten so die Substanz unseres Landes. Deswegen investieren wir gezielt in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Dafür steht der Entwurf für den Doppelhaushalt 2015/2016. Er weist den Weg hin zu einem lebensofenen, einem lebenswerten, einem starken Baden-Württemberg. Er setzt den haushaltspolitischen Kurs konsequent fort, den wir 2011 eingeläutet haben.

Der Kassensturz vom Frühsommer 2011 und unser Kurswechsel waren bitter nötig. Denn was haben wir damals vorgefunden?

(Oh-Rufe bei der CDU)

Statt solider Finanzen massive Verschuldung, statt Zukunftsfähigkeit einen Sanierungsstau in Milliardenhöhe, statt vernünftiger Vorsorge lauter versteckte Risiken.

(Abg. Winfried Mack CDU: Erblasten! – Weitere Zurufe von der CDU)

Mit dieser Kultur der Verantwortungslosigkeit, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, hat diese Landesregierung Schluss gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie können dies verdrängen, Sie können die Fakten verleugnen, doch die Realität bleibt unerbittlich hart.

(Lachen bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU:
Sie können Eintritt verlangen für diese Rede!)

Im Jahr 2011, nach 58 Jahren CDU-geführter Landesregierung, sah es – das will ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen – wie folgt aus: Unser Land hatte 43 Milliarden € Schulden,

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt haben wir mehr!)

mehrere Milliarden Euro Sanierungsstau, einen Berg von unbewältigten Pensionsausgaben. Sie waren in die Sackgasse gefahren. Ihr einziger Vorschlag war: Weiter wie bisher.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des
Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Doch damit hätten Sie den Landeshaushalt endgültig an die Wand gefahren.

(Lachen bei der CDU)

Ihrer Konzeptlosigkeit haben die Wählerinnen und Wähler zu Recht ein Ende gesetzt.

Wir haben uns der Herausforderung gestellt. Wir haben Verantwortung übernommen. Mit dem Dreiklang aus Konsolidieren, Sanieren und Investieren haben wir einen klaren Kurs vorgegeben und ihn über die Jahre hinweg bis zu diesem Doppelhaushalt 2015/2016 gehalten. Mit dem Finanzplan 2020 und den Orientierungsplänen haben wir dort gehandelt, wo Sie nur geredet haben. Das Verfahren hat sich als richtig erwiesen. Durch die Umsetzung der Vorgaben aus den Orientierungsplänen können 2015 und 2016 über 960 Millionen € eingespart werden.

Auch strukturell betrachtet überzeugt das Ergebnis. Konsolidierungsmaßnahmen aus den Jahren 2012 bis 2016 werden mit Wirkung für das Jahr 2020 voraussichtlich ein Konsolidierungsvolumen von über 1,5 Milliarden € erreichen.

Das beweist: Die Konsolidierung greift. Und der Erfolg gibt uns recht. 2011, 2012, 2016: Drei Mal keine neue Nettoverschuldung in dieser Legislaturperiode.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das ist ein großer gemeinsamer Erfolg dieser Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Doch wir haben verstanden: Genauso wichtig wie die Rückführung der offenen Kreditmarktverschuldung ist es, die implizite Verschuldung des Landes anzugehen. Ich spreche von den milliardenschweren Pensionslasten, die ohne entsprechende Vorsorge zukünftigen Gestaltungsspielraum erheblich einschränken würden. Ich spreche von öffentlichen Gebäuden und Straßen, von öffentlicher Infrastruktur in unserem Land, die viel zu lange sich selbst überlassen wurde.

Uns ist klar: Das heutige Einsparen von Geld beim Erhalt bedeutete die ungleich teurere Sanierung in der Zukunft. Wir nehmen heute Geld in die Hand, damit die kommenden Generationen die schwarz-gelben Versäumnisse der Vergangenheit nicht doppelt und dreifach bezahlen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Im Zeitraum 2011 bis 2016 werden wir rund 2,7 Milliarden € für die Beamtenpensionen zurückgelegt haben, davon allein mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 rund 1,2 Milliarden €. Zudem bauen wir den Sanierungsstau Schritt für Schritt ab. 560 Millionen € seit 2011 und weitere 480 Millionen € in den kommenden zwei Jahren beweisen: Es geht – man muss es nur wollen.

Das nützt den Unternehmen in unserem Land, die auf eine gute Infrastruktur angewiesen sind. Das nützt den Menschen in unserem Land, die schneller und einfacher ans Ziel kommen. Meine Damen und Herren, das ist Haushaltspolitik für einen starken Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn wir dieser Tage über Verantwortung reden, dann können und dürfen wir das Thema Flüchtlinge nicht außen vor lassen. Jeden Tag kommen Menschen zu uns, die alles verloren haben. Ich spreche hier im Namen aller in diesem Haus, wenn ich sage: Diese Menschen verdienen unsere Hilfe, ja, sie verdienen eine Perspektive. Wir alle wissen, vor welchen großen praktischen Herausforderungen die Kommunen in unserem Land stehen. Deshalb nehmen wir allein für die pauschale Kostenerstattung an die Kreise im Doppelhaushalt insgesamt 616 Millionen € in die Hand. Das sind rund 238 Millionen € mehr, als ursprünglich in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden außerdem für eine angemessene Finanzierung der Landeserstaufnahmeeinrichtungen sorgen und ein Sonderprogramm für Kommunen zum Bau von Wohnungen für Flüchtlinge auf den Weg bringen.

Klar ist aber auch: Die Entwicklung der Flüchtlingszahlen ist nicht eindeutig vorherzusagen. Zu viele Überraschungen haben wir alle in Deutschland in den letzten Monaten erleben müssen. Deshalb haben wir im Haushaltsentwurf eine Rücklage für Haushaltsrisiken in Höhe von 700 Millionen € verankert. Darin ist für steigende Flüchtlingskosten eine Vorsorge von 300 Millionen € vorgesehen. Es ist eine Frage der Risikovorsorge und vorausschauender und solider Finanzpolitik, auf solche Entwicklungen einzugehen. Vor allem ist es aber auch politisch ein ganz klares Signal aus Baden-Württemberg in die Gesellschaft hinein: Wir werden unserer humanitären Verantwortung im Umgang mit Flüchtlingen gerecht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wie gesagt, seit 2011 verfolgen wir den Dreiklang in der Haushaltspolitik. Das heißt, neben gutem Sanieren und erfolgreichem Konsolidieren brauchen wir vor allem auch gezielte Investitionen. In den letzten Jahren haben wir da wichtige Impulse setzen können. Wir haben Ernst gemacht mit „Vorfahrt für Bildung“. Wir haben dafür gesorgt, dass ein Studium eben nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Wir sorgen dafür, dass alle Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung bekommen. Wir haben die Kinderbetreuung ausgebaut, damit junge Familien in unserem Land eine Sorge weniger haben, und wir haben in unsere Forschungsinfrastruktur investiert, damit wir das Land der Tüftler und Schaffer bleiben können.

Mit diesem Doppelhaushalt knüpfen wir nahtlos an diese Investitionen an und setzen neue Akzente. Wir investieren, damit den Menschen im Land neue Wege offenstehen. Dafür braucht es vor allem eines: gute und gerechte Bildungschancen für alle. Das darf dann eben auch nicht an höheren Schülerzahlen scheitern. Deswegen lassen wir aufgrund der neuen Schülerzahlenprognose mehr Lehrerstellen im System und sichern so die Unterrichtsversorgung. Wir investieren aber gleichzeitig in Inklusionsangebote und in den Ausbau der Ganztagschulen. Allein in diese Kernbereiche der Schulpolitik investieren wir in den kommenden zwei Jahren 185 Millionen €. Weil wir wissen, wie wichtig die Schule für eine gelungene Integration ist, sieht der Entwurf außerdem knapp 25 Millionen € mehr für Sprachförderung und Vorbereitungsklassen vor.

Weil wir wollen, dass junge Menschen die Chance einer Ausbildung ergreifen können, müssen wir sie für die Berufe begeistern und den Übergang von der Schule in den Beruf erleichtern. Deswegen ordnen wir diesen Übergangsbereich neu. Wir schaffen so mehr Praxisbezug, mehr Begleitung und mehr individuelle Förderung. Denn eines ist klar, meine Damen und Herren: Wir können es uns nicht erlauben, auch nur einen jungen Menschen in diesem Land verloren zu geben. Denn diese Zukunft geht uns alle an!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die jungen Menschen sind die Zukunft unseres Landes. Deswegen investieren wir in ihre berufliche Ausbildung; deswegen investieren wir in unsere Hochschulen. Was wir mit der Streichung der Studiengebühren begonnen haben, setzen wir heute konsequent fort: Wir öffnen die Hochschulen; denn höhere Bildung schafft Chancen, Bildung schafft Perspektiven. Dafür nehmen wir eine ordentliche Menge Geld in die Hand.

Sie alle wissen, dass der Bund ab 2015 die Finanzierung des BAföG vollständig übernehmen wird. Diese Entlastung geben wir 1 : 1 an unsere Schulen und Hochschulen weiter, und zwar schon ab 2015, obwohl sich die Entlastung erst nach 2020 in unserem Landeshaushalt vollständig bemerkbar machen wird, weil Sie in der Vergangenheit BAföG-Finanzierungen verschleppt haben und damit auch eine verdeckte Verschuldung eingegangen sind. Aber wir nehmen das, was die Große Koalition in Berlin beschlossen hat, ernst. Wir setzen die BAföG-Mittel zu 100 % für Bildung ein, denn für uns gilt: Vorfahrt für Bildung!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Wir gehen mit diesem Haushaltsentwurf sogar noch weiter. Mit dem Hochschulbauprogramm investieren wir rund 200 Millionen € zusätzlich in die Sanierung von Hochschulgebäuden. Wir machen den Hochschulstandort Baden-Württemberg mit dem neuen Finanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ zukunftsfest mit einer verlässlichen Grundfinanzierung von insgesamt 1,7 Milliarden € zusätzlich bis 2020.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Investitionen in Bildung sind immer auch Investitionen in unseren Standort. Denn die Unternehmen in unserem Land brauchen die klügsten Köpfe und die fähigsten Hände. Sie brauchen den richtigen Rahmen für Innovation und Qualität „Made in Baden-Württemberg“. Deshalb sind wir gemeinsam mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Arbeitsagenturen neue Wege in der Fachkräftesicherung gegangen – und das erfolgreich. Wir gewinnen weibliche Fachkräfte wieder zurück für den Arbeitsmarkt; wir schaffen mit den Welcome Centern eine ganz neue Willkommenskultur, und dank der regionalen Fachkräfteallianzen gehören Koordinationsprobleme vor Ort der Vergangenheit an.

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf stellen wir zudem sicher, dass unsere Unternehmen auch in Zukunft den anderen den entscheidenden Schritt voraus sein werden. Dabei verfügen wir in Baden-Württemberg über gute Voraussetzungen; denn die Unternehmen in Baden-Württemberg investieren im Schnitt weit mehr in Forschung und Entwicklung als Unternehmen andernorts in Europa. Wir sind deutscher Meister bei den Patentanmeldungen pro Kopf, und wir haben eine einzigartige Forschungsinfrastruktur. Auf diesen Stärken können wir aufbauen.

Doch wir ruhen uns nicht darauf aus. Unser Ziel ist klar: Wir wollen bei den neuen Themen ebenfalls voranmarschieren. Deshalb wollen wir Baden-Württemberg zum Gewinner der Digitalisierung machen. Denn für unseren Standort, für Baden-Württemberg als der industriellen Herzkammer Deutschlands, führt an der vierten industriellen Revolution, an der Industrie 4.0, kein Weg vorbei, weil sie den Unternehmen hilft, effizienter und flexibler zu arbeiten, und weil sie eine einmalige Chance für die Unternehmen ist. Industrie 4.0 wird vom Schlagwort zum Exportschlager – dank der Unternehmer in Baden-Württemberg.

In vielen Unternehmen in unserem Land ist die Digitalisierung schon angekommen. Wir werden mit diesem Doppelhaushalt dafür sorgen, dass alle Unternehmen, insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, die Chance der Digitalisierung nutzen können. Dafür bauen wir die digitale Infrastruktur weiter aus. Wir stellen in den kommenden zwei Jahren für Neubewilligungen für noch schnelleres Internet in der Fläche des Landes über 63 Millionen € zur Verfügung. Wir entwickeln die „Forward IT“-Strategie weiter. Wir bauen eine IKT-Sicherheitsagentur und schützen so unseren Mittelstand vor Datenspionage und Datenmissbrauch. Mit dem „House of IT“ schaffen wir eine großartige Innovationspartnerschaft zwischen Forschung und unserer IKT-Wirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ohne Zweifel sind Industrie 4.0 und die Digitalisierung die großen Themen für die Unternehmen im Land. Doch wir wissen auch, wie wichtig es ist, andere Schlüsselbranchen, wich-

tige Wachstumsfelder, allen voran die Mobilität, auszubauen. Für uns steht fest: Im Südwesten steht nicht nur die Wiege des Autos, sondern hier liegt auch seine Zukunft. Deswegen investieren wir in die Forschung zu neuen Speichertechnologien, zum autonomen Fahren und zu alternativen Antriebstechnologien. So schlagen wir die Brücke zwischen den Branchen, die unseren Standort stark gemacht haben, und denen, die diese Stärke in die Zukunft tragen werden.

Denn eines ist klar – davon bin ich überzeugt, meine Damen und Herren –: Die besten Zeiten unseres Landes liegen noch vor uns.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wir investieren in Chancenvielfalt, wir investieren in die Zukunftsfähigkeit, und wir investieren in unsere Gesellschaft und in ein faires Miteinander der Menschen in Baden-Württemberg. Dabei geht es auch um ganz grundlegende Bedürfnisse: Sicherheit, Vertrauen und Lebensqualität.

Auch dafür zu sorgen ist Aufgabe des Staates. Ohne Zweifel ist Baden-Württemberg ein sicheres Land. Das verdanken wir vor allem den Polizistinnen und Polizisten in unserem Land, die jeden Tag vollen Einsatz bringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Deshalb führen Sie die zweigeteilte Laufbahn kostenneutral ein!)

Wir wollen ihnen mit diesem Doppelhaushalt helfen, ihrer Aufgabe noch besser nachkommen zu können. Deswegen investieren wir rund 60 Millionen € in die Polizeiinfrastruktur, erneuern beispielsweise die Hubschrauberflotte der Polizei. Mit den vorgesehenen Stellenhebungen – es geht um 500 Hebungen im Polizeivollzug und weiteren 235 im Tarifbereich –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das war längst überfällig!)

erkennen wir die gute Arbeit der Polizistinnen und Polizisten in unserem Land auch ganz praktisch an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie ist das mit der kostenneutralen Einführung der zweigeteilten Laufbahn?)

Wir alle wissen auch, welchen Schaden Naturgewalten anrichten können, und deswegen wissen wir um die Notwendigkeit guter Vorsorge. Dafür stellen wir den Hochwasserschutz mit diesem Doppelhaushalt auf eine sichere Grundlage und sorgen für eine solide, nachhaltige Finanzierung. Auch so machen wir unser Land noch sicherer.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne Sicherheit kann kein Vertrauen entstehen, und ohne gegenseitiges Vertrauen kann keine Gesellschaft langfristig bestehen. Steuerhinterziehung zerstört ebenjenes Vertrauen und entzieht dem Gemeinwesen wichtige Mittel – Gelder, die an anderer Stelle dann fehlen. Für mich war schon immer klar: Der Steuerehrliche darf nicht länger der Dumme sein. Wir halten dabei nichts von halbher-

(Minister Dr. Nils Schmid)

zigen Lösungen. Deswegen haben wir das Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat abgelehnt, und deswegen werden wir im kommenden Jahr wie geplant weitere 150 Stellen und 150 Ausbildungsplätze in der Steuerverwaltung schaffen. Denn hier – in einer gut aufgestellten Steuerverwaltung – liegt der Schlüssel zu mehr Steuerehrlichkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Staatssekretär Ingo Rust: Sehr richtig!)

Doch wir sorgen nicht nur für mehr Sicherheit und Vertrauen, wir setzen zugleich neue Impulse für mehr Lebensqualität. Denn das kommt den Menschen in unserem Land unmittelbar zugute. Wir stellen die Weichen für einen zukunftsfähigen Personennahverkehr und für den Ausbau von Straßen, weil Mobilität ein Grundbedürfnis ist und bleibt. Wir investieren mehr in den Naturschutz, damit die Schönheit unseres Landes auch für kommende Generationen erhalten bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir halten Wort und werden die Kulturförderung mit insgesamt 60 Millionen € zusätzlich im Doppelhaushalt berücksichtigen, weil Kunst und Kultur unser aller Leben bereichern.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wie ist das mit den Musikhochschulen?)

Wir investieren in den beiden kommenden Jahren 150 Millionen € in die Wohnraumförderung; denn Wohnraum in Baden-Württemberg muss bezahlbar bleiben. Das ist gerade für junge Familien ein wichtiges Thema.

Das ist Politik für ein zukunftsfähiges, lebenswertes Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist stark. Aber wir sind überzeugt: Wir dürfen nicht dabei nachlassen, noch besser zu werden. Mit diesem Doppelhaushalt setzen wir den eingeschlagenen Kurs – Konsolidieren, Sanieren, Investieren – fort. Wir konsolidieren den Landeshaushalt Schritt für Schritt und bauen das strukturelle Defizit ab – auf dem Weg in eine Zukunft ohne neue Schulden. Wir bauen den Sanierungsstau Stein um Stein ab, und wir investieren, damit Baden-Württemberg lebens- und liebenswert bleibt.

Wir arbeiten dafür, dass den Menschen in unserem Land alle Wege offenstehen, dass die Unternehmen im Land auch weiterhin den entscheidenden Schritt voraus sind. Wir arbeiten dafür, dass wir den kommenden Generationen ein Land hinterlassen, auf das sie stolz sein können. Wir übernehmen Verantwortung. Wir leisten gute Arbeit für ein gutes Land.

Lassen Sie uns daran gemeinsam weiterarbeiten!

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister. – Die Aussprache über den Haushaltsplanentwurf erfolgt in der Plenarsitzung am 12. November 2014.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich noch sagen, dass wir in unseren Reihen heute ein Geburtstagskind haben. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, liebe Frau Kollegin Meier-Augenstein, sehr herzlich zu Ihrem Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Wie denn? Wo denn? Was denn? Die Widersprüche der CDU in der Bildungspolitik – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Rededzeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich noch auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung hinweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erhält Frau Kollegin Boser.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wie denn? – Abg. Guido Wolf CDU: Wo denn? – Zurufe von der CDU: Wie denn? Wo denn? Was denn?)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Chor der CDU war in den letzten Wochen und Monaten bemerkenswert vielstimmig, wenn es um die Thematik der Bildungspolitik in Baden-Württemberg ging. Viele unterschiedliche Akteure aus der CDU haben unterschiedlichste und zum Teil gegensätzliche Ankündigungen dazu gemacht, was sie am Ende im Fall eines Regierungswechsels tatsächlich umstellen würden.

Leider führte das am Ende nicht zu einem schönen Gesang, sondern zu reiner Kakophonie – was der Bildungspolitik in diesem Land absolut nicht guttut.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

So weit, so schlecht. Aber was Sie damit schaffen, ist vor allem eines: Unsicherheit bei den Lehrern, bei den Eltern, bei den Schulträgern zulasten der Kinder.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wer hat denn diese Unsicherheit gebracht? Doch nicht wir!)

Je nachdem, wer sich äußert – wie gesagt, es gibt viele Stimmen im Chor der CDU –, wird jedes Thema hin und her gewendet. Laut Kollegen Wolf ist das Konzept der CDU ein völlig anderes; er sagte, es werde am Ende alles wieder grundlegend verändert. Das stiftet vor Ort Verwirrung und Verunsicherung, und Sie ernten damit auch Kritik, beispielsweise vom Handwerk.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Für Sie gibt es von dort nur Lob?)

(Sandra Boser)

Thomas Strobl hingegen will nur an ein paar Stellen etwas verändern; er will ein paar kleine Rädchen hier und da zurückdrehen. Aber Fortschritt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht anders aus. Mit Ihnen, Herr Kollege Wolf, hat er anscheinend auch noch nicht gesprochen.

Innerhalb der Fraktion gibt es inzwischen zwei Vorschläge dazu, was man denn in der Bildungspolitik alles verändern könnte. Die Parteibasis ist, seitdem sie im letzten Jahr den Vorschlag für ein Zweisäulenmodell gebracht hat und daraufhin zurückgepfiffen wurde, im Moment kaum zu hören. Eine klare Linie ist jedenfalls bei Ihren Ankündigungen bisher nicht zu erkennen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie kommen mir hingegen vor wie eine „Dagegen-Partei“, die alles, was Grün-Rot im Bildungsbereich auf den Weg bringt, grundsätzlich ablehnt und am Ende versucht, es wieder umzudrehen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wenn Sie sich nur so intensiv mit der Grünen-Politik beschäftigen würden! Dazu haben Sie am Wochenende Gelegenheit!)

Es findet keinerlei konstruktiver Austausch und keinerlei konstruktive Mitarbeit in der Frage statt, wie wir die Bildungspolitik in unserem Land weiterentwickeln können.

Man muss sich schon einmal die Frage stellen: Was haben Sie eigentlich in den vier Jahren unserer Regierungszeit getan? Warum haben Sie bis heute kein Bildungskonzept, das Sie uns vorlegen können und anhand dessen Sie erklären können, was Sie tatsächlich kritisieren und was Sie verändern würden? Die von Ihnen so hart kritisierten Gemeinschaftsschulen sollen allem Anschein nach nur eine beschränkte Haltbarkeit haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die müssen ihre Leistungsfähigkeit schon einmal nachweisen!)

Laut Thomas Strobl gibt es am Ende keine neuen Gemeinschaftsschulen mehr, und vom Kollegen Wolf hört man, dass sie ihr pädagogisches Konzept auf jeden Fall wieder ändern sollen. Meine sehr geehrten Herren und Damen von der CDU, warum sagen Sie das dann nicht den Gemeinschaftsschulen vor Ort?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die müssen sich erst einmal bewähren! Sie scheuen doch den Vergleich!)

In der örtlichen Presse liest man ständig Lob und Huldigung von Ihnen für die Gemeinschaftsschulen, wenn Sie diese vor Ort besuchen. Vor Kurzem fand der Tag der Gemeinschaftsschulen statt. Sie waren vor Ort bei den Gemeinschaftsschulen und haben die Arbeit der dortigen Lehrerinnen und Lehrer gelobt. Doch letztlich planen Sie im Hintergrund die Abschaffung und Rückabwicklung der Gemeinschaftsschulen, anstatt mit den Beteiligten ehrlich darüber zu sprechen, was sie von den Gemeinschaftsschulen halten.

Was dies für die Schülerinnen und Schüler und die engagierten Lehrerinnen und Lehrer vor Ort bedeutet, spielt für Sie offensichtlich keine Rolle. Ihr Politikstil beruht nach wie vor auf der Annahme, man könne alles von oben nach unten

durchregieren. Aber das dürfte niemanden überraschen, wenn man bedenkt, wie sich Ihre Politik in den vergangenen Jahren dargestellt hat.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Wie sehen denn nun Ihre Antworten auf die drängenden Fragen im Bildungsbereich aus? Wie sieht Ihre Antwort auf den demografischen Wandel aus? Wie sieht Ihre Antwort auf die Frage der Inklusion aus? Wie wollen Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern? Wie sieht Ihre Antwort auf die Frage einer Stärkung der beruflichen Bildung aus? Wie sieht Ihre Antwort auf die Ganztagschule aus? Wir haben Antworten darauf. Wir haben die Antworten vorgelegt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alle sind begeistert!)

wir haben sie ins Parlament eingebracht. Von Ihnen kommt dazu nichts – kein Wort, kein Ton aus dem sonst so vielstimmigen Chor der CDU.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zu Ihrer Politik sind alle euphorisch!)

Sie sprechen immer wieder davon, dass Sie die Ungleichbehandlung der Schulen abschaffen wollen. Aber in welcher Form das geschehen soll, sagen Sie nicht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr! Wo sind Sie denn bei den Diskussionen?)

Was bedeutet das denn dann für die Schulen? Werden alle Schulen, egal ob klein oder groß, egal mit welchem pädagogischen Konzept, ob Inklusionsschule oder Ganztagschule, gleich ausgestattet? Was soll Ihres Erachtens mit der Grundschulempfehlung passieren? Soll sie Ihrer Ansicht nach wieder verbindlich eingeführt werden, wie die CDU in Nordwürttemberg in den letzten Tagen beschlossen hat? Soll sie dann für Klasse 4 und Klasse 6 eingeführt werden, wie im Konzept der CDU zu lesen ist? Was soll mit der Grundschulempfehlung passieren?

Haben Sie sich überhaupt einmal die Frage gestellt, welche Gründe zu der Zahl von Nichtversetzungen führen? Haben Sie denn einmal geschaut, ob an den Orten, an denen die Zahl der Übergänge hoch ist, die Zahl der Nichtversetzten stark angestiegen ist? Wie erklären Sie sich beispielsweise, dass die Zahl der Nichtversetzten vor allem in Klasse 9, also bei Schülerinnen und Schülern, die noch eine verbindliche Grundschulempfehlung erhalten hatten, stark angestiegen ist?

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

Haben Sie sich einmal die Frage gestellt, warum das so ist?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Oder sagen Sie einfach nur, es müsse am Ende an der Grundschulempfehlung liegen?

Kommen wir noch zum Thema Inklusion. Wir haben hierüber Aktuelle Debatten im Parlament geführt, bei denen die CDU in Person von Frau Kollegin Stolz vehement darauf gedrängt hat, dass endlich ein Gesetz zur Inklusion vorgelegt

(Sandra Boser)

wird. Hingegen höre ich am vorvergangenen Freitag von Ihrem Fraktionsvorsitzenden, wir würden alles übers Knie brechen. Was wollen Sie nun bei der Inklusion? Wollen Sie Kommunen und Schulen alleinlassen, oder wollen Sie tatsächlich konstruktiv mitarbeiten und die Inklusion in diesem Land mitgestalten?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie müssen sich endlich einmal entscheiden, was tatsächlich Ihr Weg in der Bildungspolitik ist. Für den ländlichen Raum schlagen Sie Konzepte vor, die kaum praktikabel sind. Auf der anderen Seite sagen Sie, dass alles so bleiben könne, wie es ist. Die Realschulen sollen Ihres Erachtens künftig Hauptschule und Realschule miteinander vereinen, aber wie das geschehen soll, sagt niemand von Ihnen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Abschlüsse anbieten!)

Nichts als leere Versprechungen, vage Aussagen und Widersprüche von der CDU im Bildungsbereich. Da hätte selbst ich mir mehr von Ihnen erwartet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist aber nett!)

Schenken Sie den Menschen in Baden-Württemberg endlich reinen Wein ein. Sagen Sie, was Ihre Position in der Bildungspolitik ist. Sagen Sie vor allem auch, was das am Ende für Konsequenzen hat: dass Sie die Schulen wieder komplett neu aufstellen wollen, dass Sie den Eltern die von Grün und Rot ermöglichte Mitbestimmung wieder nehmen wollen. Sagen Sie ihnen auch, was das am Ende kostet; auch dazu haben wir von Ihnen noch keine Aussage bekommen. Werden dann die Kosten beispielsweise durch Studiengebühren oder durch Kürzungen bei der Schulsozialarbeit oder der Kleinkindbetreuung gedeckt? Wo nehmen Sie denn das Geld her, wenn Sie am Ende alles obendrauf setzen wollen?

Alles in allem scheint die CDU derzeit im Bereich der Bildungspolitik konzept- und planlos zu sein.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf von den Grünen: Das war schon immer so!)

Sie verunsichern damit die Schulen und die Eltern. Das ist eine Kakophonie sondergleichen. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir in Baden-Württemberg brauchen, sind Kontinuität und Verlässlichkeit im Bereich der Bildungspolitik. Entsprechend sollte – da gehe ich mit dem Kollegen Wolf einig – die Qualität der Bildung im Mittelpunkt stehen. Darauf sollte unsere Anstrengung gerichtet sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir müssen überlegen, wie wir die Qualität an den Schulen in Baden-Württemberg verbessern können,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind auf dem besten Weg, sie zu verschlechtern!)

anstatt eine neue Strukturdebatte aufzumachen. Wir sind in diesen Fragen in den letzten Jahren vorangegangen. Wir haben die offenen Punkte abgearbeitet. Wir sind den Ausbau der Ganztagschule angegangen, wir sind an dem Thema Inklusion, wir haben das längere gemeinsame Lernen in Baden-Württemberg vorangebracht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alle sind begeistert!)

Wir werden diese Bereiche in den nächsten Jahren weiter voranbringen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir haben die Investitionen im Bereich der Bildung in den vergangenen Jahren ausgebaut. Die Bildungsausgaben pro Schüler sind um 18 % höher, als dies noch zu Ihrer Regierungszeit der Fall war. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.

Sie dagegen scheinen in einem Bildungschaos zu versinken. Sie haben keine Antworten auf die drängenden Fragen. Jetzt haben Sie die Chance dazu. Ich bin gespannt, wer von Ihnen heute dazu spricht und was für Ideen wir heute von Ihnen erwarten können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wacker.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh! Dann sind die Fälle geklärt!)

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser Rede von Frau Kollegin Boser bleibt mir nur ein Kommentar:

(Zuruf von den Grünen: „Ausgezeichnet“!)

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wenn wir uns die Bildungspolitik der grün-roten Landesregierung der letzten drei Jahre vor Augen halten und die Presrelage immer aufmerksam verfolgt haben, können wir nur feststellen: Streit, Widersprüche und immer wieder Streit, Widersprüche in dieser Koalition.

Ich möchte es Ihnen nur anhand einiger weniger Überschriften auflisten: „G-9-Ideen lassen Kultusminister kalt“, „Sind Lehrer Heulsusen?“, „Hauskrach bei Grün-Rot“, „Mit Lehrerversorgung ist kaum jemand zufrieden“, „Ungelöste Rechenaufgabe für Grün-Rot“, „Grün-rote Versäumnisse“, „Streit um zweite Säule“, „Kultusminister im Kreuzfeuer“. Meine Damen und Herren, wo hat denn der Streit um die Bildungspolitik stattgefunden? In Ihren Reihen hat der Streit um die Bildungspolitik stattgefunden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich möchte das nur anhand einiger Beispiele aufzeigen. Nehmen wir am besten gleich das Thema Inklusion: Bereits für

(Georg Wacker)

das Schuljahr 2012/2013 hatten Sie dazu einen Gesetzentwurf angekündigt. Die Vorlage wurde mehrmals verschoben. Nach den jetzigen Plänen soll die Inklusion ab dem Schuljahr 2015/2016 in Kraft treten. Sie haben die Vorlage eines Gesetzentwurfs noch in diesem Jahr angekündigt. Wir sind einmal gespannt darauf, ob dieser Gesetzentwurf tatsächlich noch in diesem Jahr von Ihnen eingebracht wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich!)

Der Kultusminister spricht davon, dass für die Inklusion zusätzlich 4 000 Lehrerstellen erforderlich sind. Der behindertenpolitische Sprecher der Grünen, Poreski, sagt sogar in einem Presseinterview, man brauche hierfür keine zusätzlichen Stellen.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Quatsch!)

Im gleichen Atemzug stellt er die Existenz der Sonderschulen für die Zukunft infrage.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Quatsch!)

Wie stellen Sie sich denn die Inklusion vor? Sind Sie sich denn zwischen Grün und Rot einig, ob wir noch Sonderschulen brauchen, ob diese noch gewollt sind und wie viele Lehrerstellen dafür vorgesehen werden sollen? Keine Antwort von Grün und Rot auf diese wichtigen, drängenden Fragen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Wacker, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Poreski?

Abg. Georg Wacker CDU: Gern am Ende meiner Ausführungen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Thema G 8/G 9. 44 Modellstandorte sind von Ihnen willkürlich im Land eingerichtet worden. Es gab hierzu von Anfang an einen Streit zwischen Grün und Rot. Die Grünen waren ohnehin von Anfang an gegen einen weiteren Ausbau des G 9. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Claus Schmiedel, drängte stets auf einen weiteren Ausbau.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Stefan Fulst-Blei, wirbt in Mannheim vehement für den Ausbau von G-9-Standorten. Bis dann plötzlich der Kultusminister kommt und sagt: „Es gibt keine weiteren Standorte.“

Dann geht es bei Ihnen sogar noch so weit, dass Sie einen „außerordentlich freundschaftlichen Umgang“ untereinander pflegen, indem der Kultusminister den SPD-Fraktionsvorsitzenden wie folgt kommentiert – ich zitiere aus der „Schwäbischen Zeitung“ –:

Feuerwehrmann schreit „Feuer“.

Und so ließ der Schulminister die von seinem Parteifreund Claus Schmiedel neu angeheizte Diskussion um das Ende des „Turboabiturs“ ungewöhnlich deutlich abtropfen: Der Fraktionschef Schmiedel sei ein wenig „wie der Feuerwehrmann, der immer zuerst am Brandort ist und Feuer! Feuer! schreit, ...“

Meine Damen und Herren, ist das ein freundschaftlicher Umgang innerhalb der SPD?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Hat es etwas mit Konsens, hat es etwas mit Einigkeit zu tun? Die Gymnasien brauchen eine klare Ansage, ob sie in diesem Land vor dem Hintergrund der flächendeckenden Einführung der Gemeinschaftsschule überhaupt noch eine Zukunft haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Kollege Wacker, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Abg. Georg Wacker CDU: Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Sie gestatten bis zum Ende Ihrer Redezeit gar keine Zwischenfrage?

Abg. Georg Wacker CDU: So ist es, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gut.

Abg. Georg Wacker CDU: Ganz kurios wird es bei dem Thema „Gemeinschaftsschulen/Realschulen“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Im Koalitionsvertrag haben Sie beschrieben, dass die Gemeinschaftsschule eine Schule für alle sein soll.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Die Gemeinschaftsschule hat nach Ihren Vorstellungen die Aufgabe, alle Schularten im Land zu ersetzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Dann haben Sie bemerkt, dass sich die Beliebtheit der Gemeinschaftsschulen bei den Gymnasien sehr in Grenzen hält. Da kam der Ministerpräsident, der von einem Zweisäulenmodell spricht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Rettungsanker!)

Die Realschulen gibt es nach Ihren Überlegungen überhaupt nicht mehr. Dann kommt aber Ihr Kultusminister, der plötzlich ein Herz für die Realschulen entdeckt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Er hat dann in einem Artikel der „Südwest Presse“ auch 500 Stellen angekündigt. Er hat differenzierte Förderungen angekündigt; er hat einen Hauptschulabschluss angekündigt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nichts geschehen!)

Er hat auch gesagt, das Konzept sei mit den Fraktionen abgestimmt. Wir warten auf das Konzept. Wo ist Ihre konkrete Hilfestellung für die Realschulen? Wenn Sie so vorgehen, dann tun Sie etwas, was wir, die CDU-Landtagsfraktion, bereits im November des Jahres 2013 mit einem klaren Konzept beschlossen haben. Wir laden Sie dazu ein, sich unserem Kon-

(Georg Wacker)

zept anzuschließen. Dann können wir einen großen Konsens der Unterstützung der Realschulen in diesem Land bewirken. Wir warten nur darauf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Bravo!)

Offensichtlich sind die Grünen dagegen. Auch hier zeichnet Streit die Bildungspolitik in dieser Koalition aus.

Sie sitzen offensichtlich zwischen den Stühlen. Die Realschulen warten auf Unterstützung. Auch die Gemeinschaftsschulen haben mittlerweile zusätzliche Probleme. Denn Ihre Lieblingsschulart stöhnt mittlerweile unter der pädagogischen Last, die sie zu tragen hat.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es!)

Deswegen darf ich hier zitieren, was Herr Professor Bohl während einer Veranstaltung gesagt hat. Ich zitiere aus dem „Singer Wochenblatt“ vom 8. Oktober des Jahres 2014, und zwar aus einem Artikel mit der Überschrift:

Etwas runter vom Gas gehen

Wo er recht hat, hat er recht. Ich zitiere:

Die zweite Säule im Bildungssystem des Landes sei noch nicht sauber aufgestellt, befand Professor Bohl. Es gebe auch noch keine Forschungen zum individuellen Lernen an den Gemeinschaftsschulen und noch nicht mal einheitliches Unterrichtsmaterial.

Meine Damen und Herren, machen Sie doch erst einmal Ihre Hausaufgaben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Sie kümmern sich noch nicht einmal um die Problemlagen, die bereits Ihre eigenen Gemeinschaftsschulen aufweisen. Deswegen sagen wir: Kehren Sie erst einmal vor Ihrer eigenen Haustür, bevor Sie mit dem Finger auf andere zeigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Frage des Kollegen Poreski. – Bitte, Herr Abg. Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Wacker, ich bin schon etwas erschüttert,

(Zurufe von der CDU)

dass Sie nicht in der Lage sind, sich an die Fakten zu halten. Sie haben mir unterstellt, ich hätte die Existenz der Sonderschulen als solche infrage gestellt. Das ist nicht wahr. Sie haben mir ferner unterstellt, ich hätte behauptet, Inklusion gäbe es zum Nulltarif. Das ist nicht wahr. Das gibt es nicht. Das gibt es auch nicht als Zitat von mir. Das gibt es auch nicht als Zitat unserer Fraktion, die ein Konzept zur Inklusion beschlossen hat. Ich bitte Sie, diese Fakten zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Frage!)

Ich möchte gern von Ihnen wissen, ob Sie sich hier einem Faktencheck unterziehen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Kollege Poreski, wenn Sie schon Ihre Zwischenfrage als Kurzintervention nutzen, dann hätte ich zumindest erwartet, dass Sie sich im Zuge der Inklusion ganz klar auch zu den Sonderschulen in Baden-Württemberg bekennen:

(Beifall bei der CDU)

als wichtige pädagogische Einrichtung, damit die Eltern auch ein echtes Wahlrecht in diesem Zusammenhang wahrnehmen können. Das haben Sie nicht gesagt. – Aber ich gehe auf Ihre Frage ein.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er hat überhaupt keine Frage gestellt!)

Bei dpa hieß es am 12. Mai 2014 – ich zitiere –:

Die vom Kultusministerium ins Gespräch gebrachten 4 000 Stellen für Inklusion hält ...

der Abgeordnete aus dem Wahlkreis Reutlingen

für überzogen, so seien ... Schließungen und Zusammenlegungen

– Sie sprechen von Schließungen, Herr Kollege –

von Sonderschulen nicht eingerechnet.

Langfristig müsse ein inklusives Schulsystem nicht zwingend erheblich teurer sein als das bisherige mit Sonder- und Regelschulen im Parallelbetrieb. Das bedeutet, Sie sagen in der Konsequenz: Man braucht dazu keine zusätzlichen Lehrerstellen. Stehen Sie doch zu dem, was Sie hier selbst gesagt haben.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Frage des Herrn Abg. Lehmann.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Jede Fraktion ist betroffen!)

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Kollege Wacker, Sie haben vorhin das Thema G 8/G 9 angesprochen. Ich habe in den vergangenen Wochen immer wieder vernommen, dass die CDU da ziemlich unentschieden ist. Steht die CDU eigentlich noch zum G 8, oder ist sie mittlerweile für ein Wahlrecht? Das ist eine Frage, die die Menschen hier im Land interessiert. Wo steht die CDU beim Gymnasium? Gibt es mit der CDU eine Beliebigkeit, oder bleibt die CDU beim G 8?

Abg. Georg Wacker CDU: Wissen Sie, Herr Kollege Lehmann, die CDU-Landtagsfraktion hat zu fast allen wesentlichen politischen Fragen eine klare Positionierung in der Bildungspolitik eingenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei den Grünen und der SPD)

(Georg Wacker)

Ich werde in der zweiten Runde noch darauf eingehen. Klar ist, dass zu der Frage G 8/G 9 in Kürze auch hier eine konkrete Positionierung der CDU-Landtagsfraktion ansteht. Sie dürfen gespannt darauf sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Herr Wacker, ich gestehe Ihnen ja zu, dass Sie heute einen Entlastungsangriff versuchen. Aber das, was Sie heute wieder einmal zelebriert haben, ging voll auf Kosten der Kollegien in den Schulen, ist wieder voll in die Strategie verfallen, dass Schularten gegeneinander ausgespielt werden, und ging voll in die Richtung, dass Sie wieder Angst und Unsicherheit durch Falschbehauptungen erzeugen. Sie haben wieder gesagt, wir würden das Gymnasium infrage stellen, was überhaupt nicht der Fall ist. Im Gegenteil: Wir waren diejenigen, die die Gymnasien mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den Kollegien haben Sie das Geld gekürzt!)

Sie wissen auch, dass wir hinsichtlich der Realschulen an einem Programm arbeiten. Da sind wir gar nicht so weit auseinander. Auch da wurde wieder voll Unsicherheit in Richtung Sonderschulen verbreitet. Sie haben gerade das belegt, was unser Finanzminister Ihnen heute Morgen an den Kopf geworfen hat. Sie haben eine Kultur der Verantwortungslosigkeit zelebriert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben den Kollegien das Geld gekürzt!)

– Herr Röhm, Sie sind ein Teil davon. Ich muss es Ihnen leider sagen.

Wir waren in der Tat heute sehr gespannt, zu beobachten, wie die CDU ihre Widersprüche in den zentralen bildungspolitischen Fragen gelöst hat. Ich sage Ihnen, Herr Wacker: Ich lasse Sie da aus Ihrer eigenen Falle nicht heraus. Schauen wir uns doch einmal Ihre, wie Sie sagen, „klare Positionierung“ genauer an.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich an dieser Stelle bereits bei den Herren Strobl und Wolf für ihre Ghostwriter-Tätigkeit für meine heutige Rede ausdrücklich bedanken.

(Abg. Guido Wolf CDU: So sind wir!)

Chaospunkt Nummer 1: Zukunft der Gemeinschaftsschulen. Ich habe es in meiner Rede in der letzten Debatte schon einmal dargelegt. Am 12. September zitierte dpa mit Blick auf den Kollegen Volker Schebesta:

So forderte Fraktionsvize und Schulexperte Volker Schebesta am Freitag, die von Grün-Rot eingeführten Gemeinschaftsschulen nicht gleich wieder zum Auslaufmodell zu machen.

Ich habe mich über diese Aussage sehr gefreut.

Sechs Wochen später lesen wir in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 29. Oktober die Haltung von Herrn Strobl zur Gemeinschaftsschule:

Deshalb wird es nach der Landtagswahl mit uns keine weiteren Gemeinschaftsschulen geben.

Ein Widerspruch, in der Tat. Das hat anscheinend auch Herr Strobl erkannt. Nämlich just gestern hat er in der „Südwest Presse“ die Rückwärtsrolle vollzogen. Dort heißt es:

In der Bildungspolitik werde es keine radikale Abkehr von der Gemeinschaftsschule geben, ...

Und weiter:

Das würde ein „Riesendurcheinander“ anrichten, ...

Herr Wolf wiederum meinte zur Gemeinschaftsschule am 29. Oktober in der gleichen Ausgabe:

Gemeinschaftsschulen, die es gibt, würden wir deshalb bestehen lassen, ihnen aber die Chance zur Weiterentwicklung und Differenzierung eröffnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Gleichzeitig haben Sie angekündigt, dass Sie eine zentrale Weiterentwicklungsoption der Gemeinschaftsschule, nämlich die Oberstufe, plattmachen wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die gibt es doch gar nicht! Die gibt es nicht!)

Was gilt denn jetzt? Kein Auslaufmodell? Abschaffen? Weiterentwickeln? Ich kann Ihnen nur sagen: Allein dieser Stil der programmatischen Selbstfindungsdiskussion zeigt, wie unsicher die Diskussion in der CDU ist, wie verunsichert Sie selbst sind. Das Schlimme ist nur, dass Sie diese Unsicherheit bewusst in die Reihen der Eltern, Schüler und Lehrer bringen wollen. Das weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Chaospunkt Nummer 2: Gleichbehandlung der Schulen. Kollege Strobl:

Die Ungleichbehandlung der Schularten muss beendet werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Mit mir als Ministerpräsident werden alle Schularten gleichermaßen mit Personal und Finanzmitteln ausgestattet.

Diese Aussage belegt zunächst einmal eine fehlende Sachkenntnis, was z. B. die Berechnung von Schlüsselzuweisungen pro Kopf angeht. Ein Stichwort ist hier z. B. das Problem der Fixkostendegression. Das reicht bis hin zu der simplen Frage: Heißt das, dass beispielsweise Sonderschüler mit Regelschülern vergleichbar sein sollen?

Herr Wolf wiederum scheint Gefallen an der Vielfalt gefunden zu haben und findet Gleichmacherei an anderer Stelle dann doch nicht so sinnvoll. „Reutlinger General-Anzeiger“ vom 28. Oktober:

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Wir sind gegen diese Gleichmacherei.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Recht hat er!)

Weiter heißt es in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 29. Oktober:

Man kann nicht das ganze Land nach einem einheitlichen Maßstab von mindestens 16 Schülern pro Klasse bewerten, sondern muss von Region zu Region entscheiden.

(Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auch da hat er recht!)

Auch da frage ich: Was denn nun? Alle gleich behandeln oder doch unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigen?

(Abg. Guido Wolf CDU: Gute Recherche!)

– Genau, Herr Wolf. Vielen Dank dafür.

Chaospunkt Nummer 3 – es geht übrigens noch weiter –: Bildungspolitik als Wahlkampfthema. Strobl kündigt am 29. Oktober große Veränderungen an.

In der Bildungspolitik ist die Landtagswahl deshalb eine Richtungsentscheidung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Allerdings!)

Am 4. November wiederum sagt er, er setze auf sanfte und sensible Maßnahmen, um die seiner Ansicht nach vernachlässigten Schularten, etwa berufliche Schulen, zu stärken. Angesichts der Schülerzahlen gebe es für keine Schule eine Bestandsgarantie.

Kollege Wolf wiederum sagte am 28. Oktober, die CDU gedenke sehr wohl, an einigen Stellschrauben zu drehen, aber schon im Sinne der Kinder sei es nicht sinnvoll, alles wieder komplett zu ändern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auch richtig! Alles richtig!)

Sie werden mir zugestehen, dass dies ein totaler Widerspruch zu Ihrer Aussage ist, die Sie im August, im Sommerloch, gemacht haben.

Auch hier frage ich wieder: Was wollen Sie denn? Alles umkrepeln, an einigen Stellschrauben drehen, sanfte oder sensible Maßnahmen einleiten?

Chaospunkt Nummer 4 ist schließlich die Finanzierung. Ich zitiere jeweils die „Stuttgarter Nachrichten“ vom 29. Oktober:

Strobl: An der Bildung werden wir nicht sparen.

Wolf: Man muss fair einräumen, dass vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen jede Regierung Lehrerstellen abbauen würde. Auch wir müssten das auf Dauer tun. Die Frage ist nur, in welcher Dimension.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Kürzungen im Bereich Bildung stehen für mich jedenfalls nicht an erster Stelle.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Diese Aussage wiederum steht aber im Gegensatz zu der damaligen Regierungspolitik der CDU. Sie wollten gemäß der Drucksache 15/1517 in dieser Legislaturperiode allein 6 228 Lehrerstellen abbauen.

Was ist das jetzt? Erkenntnisgewinn oder doch nur wieder leere Wahlversprechen?

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Nein. Machen wir uns nichts vor.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten 12 000 abbauen!)

Die derzeitige Bildungspolitik der CDU ist ein Torso und an Orientierungslosigkeit nicht zu überbieten. Dass ausgerechnet Sie oder Herr Strobl uns Planlosigkeit vorwerfen, ist schlicht ein Treppenwitz.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein Volltreffer!)

Daher kann ich nur noch einmal empfehlen: Die CDU muss ihre Wahlanalyse noch einmal präzise analysieren, Entschuldigung, muss ihre Wahlniederlage noch einmal präzise analysieren

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

und die Fehler der Vergangenheit schonungslos aufdecken. Herr Mack, dann vergeht auch Ihnen das Lachen.

In der Tat ist es richtig – da stimme ich Ihrem Kollegen Wolf durchaus einmal zu; „Reutlinger General-Anzeiger“ vom 28. Oktober –:

In 58 Regierungsjahren ist die CDU vielleicht auch ein bisschen überheblich geworden und hat sich von den Menschen entfernt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Deswegen werden Sie und Ihre Bildungspolitik auch so gelobt!)

Das Problem ist in der Tat nur, Herr Wolf: Das Entfernen von den Menschen hatte aber auch in Baden-Württemberg bis 2011 handfeste Konsequenzen. Krippenausbau, Ausbau der Ganztagschule, demografische Entwicklung, regionale Schulentwicklung und Inklusion wurden hier vollständig verschlafen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo findet die denn bei Ihnen statt?)

Die Folge war: Ein letzter Platz im Bereich des Krippenausbau, ein letzter Platz beim Ausbau der Ganztagschulplätze. Bis in dieses Jahr hinein war Ganztagschule nur ein Modellversuch. Das haben wir geändert.

Während Ihrer Regierungszeit bestand ein sehr enger Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungserfolg. Das ist auch bei uns eine Baustelle. Aber wir haben uns darangemacht.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Ihre Politik reichte bis hin zu einer desolaten Krankheitsvertretung, und das Ganze noch vor dem Hintergrund eines durchlöchernten, unsolide finanzierten Bildungshaushalts. Ich habe Sie damals als „Lehman Brothers der Bildungspolitik“ bezeichnet. Dazu stehe ich noch heute, und davor können Sie sich nicht wegducken.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Strobl sagt: „Baden-Württemberg ist so ein starkes Land, dass es auf Platz 1 gehört.“ Das klingt manchmal schon nach einer Drohung, wenn man sich vorstellt, was er dann wohl anrichten will. Aber recht hat er. Deswegen hat sich Grün-Rot im Bildungsbereich in diesen zentralen Fragen auf den Weg gemacht, Ihre Erblasten abzuarbeiten. Grün-Rot hat einen Plan,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den kennt bloß keiner!)

und dessen Kompass ist auf Zukunft ausgerichtet. Sie haben keinen Plan und bislang noch nicht einmal einen Kompass. Geben Sie zu: Sie brauchen noch mindestens fünf Jahre, um überhaupt einmal zu lernen, wie Opposition richtig funktioniert.

Danke.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in Baden-Württemberg haben diese fruchtlosen Auseinandersetzungen satt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Die Menschen in Baden-Württemberg wünschen sich vielmehr einen Schulfrieden. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion nimmt die Menschen, nimmt die Wünsche in Baden-Württemberg ernst. Sie hat deshalb am 1. Oktober dieses Jahres als bisher einzige politische Kraft im Land ein konkretes, ein detailliertes Bildungskonzept vorgelegt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die öffentlichen Reaktionen waren bemerkenswert: Arbeitgeber, das Handwerk, Schulleiter unterstützten nicht nur den Vorstoß der FDP/DVP im Allgemeinen, sondern sie forderten alle politischen Kräfte im Land auf, sich aktiv für einen Schulfrieden einzusetzen.

Wie gehen nun die Grünen mit diesem Appell aus der breiten Bevölkerung an die Politik um? Sie beantragen eine Aktuelle Debatte zur Bildungspolitik, aber nicht, um die Chancen auf einen Schulfrieden behutsam auszuloten, sondern um parteipolitisch auf der Union herumzuhacken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion GRÜNE, angesichts der Herausforderungen, vor denen wir in Baden-

Württemberg in der Bildungspolitik stehen, ist Ihr heutiges Verhalten geradezu erbärmlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie werden Ihrer Verantwortung als Regierungsfraktion nicht im Geringsten gerecht.

Wie hat sich Sandra Boser in der Aktuellen Debatte geäußert, die hier am 16. Oktober 2014 auf Antrag der FDP/DVP zum Thema Schulfrieden geführt wurde? Die Grünen würden den Begriff „Schulfrieden“ ablehnen, weil es ja nicht um Krieg gehe. Stattdessen würden die Grünen den Begriff „Schulkonsens“ bevorzugen. Liebe Frau Boser, Ihre ernsthaften Bemühungen um einen Schulkonsens mit der Union waren heute in diesem Haus mit Händen zu greifen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Aber über die grüne Glaubwürdigkeit in Baden-Württemberg hat sich erst kürzlich Jürgen Trittin sehr kompetent geäußert.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Was macht die kleinere Regierungsfraktion in diesem Haus, die SPD? Denn in dieser Frage ist die SPD ja nicht von ganz unerheblicher Bedeutung, sondern sie stellt immerhin den Kultusminister. Nun, die SPD tut das, was sie augenscheinlich am besten kann, nämlich gar nichts.

Erinnern wir uns: Die FDP/DVP hat ihr Schulkonzept für einen Schulfrieden vorgelegt, und da lobte uns sogar der Landesvorsitzende der SPD, Nils Schmid, ganz ausdrücklich. Es sei begrüßenswert, dass die FDP/DVP einen konkreten Vorschlag gemacht habe. Auch der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Herr Dr. Fulst-Blei, lobte die FDP/DVP ganz grundsätzlich für ihr Papier.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das will etwas heißen!)

Sogar der Kultusminister höchstpersönlich lobte in einer Pressemitteilung den politischen Vorstoß der FDP/DVP und konstatierte, die FDP/DVP zeige sich nun mit ihrem Impulspapier für eine überparteiliche Verständigung in wichtigen Punkten pragmatisch.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, heute auf den Tag genau vor fünf Wochen haben wir unser Papier vorgelegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Aber trotz vollmundiger Bekenntnisse über die Wichtigkeit eines Schulfriedens haben weder Grüne noch SPD bisher irgendetwas Konkretes initiiert oder gar vorgelegt. Nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion tragen aber Sie, Herr Kultusminister, die Hauptverantwortung dafür, ob es in Baden-Württemberg nun zu konkreten Verhandlungen über einen Schulfrieden kommt. Herr Kultusminister, der Ball liegt bei Ihnen. Wenn Sie wirklich ein ehrliches Interesse an einem überparteilichen Schulfrieden haben, dann müssen Sie die Initiative ergreifen.

(Dr. Timm Kern)

Im Namen aller Menschen in Baden-Württemberg, die einen Schulfrieden wollen, wende ich mich heute noch einmal an Sie, Herr Kultusminister.

Erstens: Wenn Ihnen wirklich an einem Schulfrieden gelegen ist, warum gehen Sie nicht mutig voran und laden zu entsprechenden Gesprächen ins Kultusministerium ein?

Zweitens: Wenn Ihnen, Herr Kultusminister, wirklich an einem Schulfrieden gelegen ist, warum entlassen Sie dann die Gemeinschaftsschulen im Land nicht in die Freiheit und gestatten ihnen, Kurse nach Leistung differenziert einzurichten? Dies wäre nur ein kleiner Schritt für Sie, aber es wäre ein großer Schritt in Richtung Schulfrieden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich bin sofort mit der ersten Runde fertig. Anschließend darf er gern seine Zwischenfrage stellen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gut.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Drittens: Herr Kultusminister, wenn Ihnen wirklich an einem Schulfrieden gelegen ist, warum laden Sie dann nicht zu Gesprächen über ein überparteiliches Inklusionskonzept ein? Denn gerade in diesem Politikbereich verbietet sich doch die parteipolitische Ideologie, und CDU, SPD und FDP/DVP liegen mit ihren Vorstellungen sehr nahe beieinander. Herr Stoch, Ihre Vorgängerin war Ihnen bei diesem Thema mehr als nur eine Nasenlänge voraus.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was?)

Ich fordere Sie hiermit auf: Bitte nehmen Sie hier und heute einmal konkret zu diesen drei Fragen Stellung. Ich glaube, dass nicht nur ich sehr gespannt auf Ihre Antworten bin.

Jetzt gestatte ich gern die Zwischenfrage.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege. – Sie haben gefragt, warum die Landesregierung oder das Kultusministerium die Gemeinschaftsschulen nicht in die Freiheit entlassen. Ist Ihnen eigentlich entgangen, dass sich die Gemeinschaftsschulen aus freier Entscheidung zu Gemeinschaftsschulen entwickelt haben und sie somit frei sind? Wo ist da die Gängelung? Das kann ich nicht verstehen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben ein Angebot? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das beantworte ich Ihnen gern, Herr Kollege Lehmann. Sie wissen ganz genau, dass bei denjenigen Gemeinschaftsschulen, die sich bisher auf den Weg gemacht haben, sehr häufig vor allem die demografische Not im Mittelpunkt stand und nicht unbedingt das pädagogische Konzept. Es gibt ja mittlerweile selbst aus den Gemeinschaftsschulen heraus den lauten Ruf nach mehr Freiheit, dass man ab einer bestimmten Klassenstufe

(Zuruf von der CDU: Differenzierung!)

oder Lerngruppenstufe auch entsprechend leistungsorientierte Kurse einrichten darf. Das verbietet Ihr Gesetz, und das ist das Gegenteil einer freiheitlichen Bildungspolitik, so wie wir das verstehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das ist deren freie Entscheidung!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Stoch das Wort.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben heute Morgen in dieser Aktuellen Debatte wiederum Gelegenheit, uns über die vielfältigen Aspekte der Bildungspolitik in Baden-Württemberg auszutauschen.

Um gleich an den letzten Redebeitrag des Kollegen Kern anzuknüpfen: Es kann Sie verwundern – aber ich glaube, das tut es nicht wirklich –, wenn ich auch im Hinblick auf das Thema, das von der Fraktion GRÜNE für diese Debatte gewählt wurde, sage: Im Zentrum steht die Frage: Wie soll man überhaupt über Möglichkeiten einer Einigung sprechen, wenn man gar nicht weiß, was der andere – potenzielle – Gesprächspartner überhaupt will, lieber Herr Kollege Kern? Das ist der Kern des Problems.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

– Herr Kern, schauen Sie einmal auf die Größe Ihrer Fraktion, und dann frage ich Sie, wo wir die Gespräche beginnen sollen.

Ich möchte mit einem Zitat beginnen, wenn Sie gestatten, Herr Präsident:

Einer der Vorteile der Unordentlichkeit liegt darin, dass man dauernd tolle Entdeckungen macht.

Dieses Zitat wird dem englischen Schriftsteller Alan Alexander Milne zugeschrieben.

Für einen kreativen Künstler mag dieser Ansatz erfolgversprechend sein, für verlässliche Politik ist das keine Strategie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bereich der Bildungspolitik der CDU scheint dennoch dieser Ansatz weit verbreitet zu sein. Anders als mit kreativem Chaos lässt sich kaum erklären, welche tolle Entdeckungen dort zur Umgestaltung unseres Bildungssystems in den letzten Wochen und Monaten immer wieder gemacht wurden. Immer neue Akteure melden sich zu Wort und überbieten sich dabei mit Vorschlägen, was nach einem möglichen und, wie ich glaube, aus Sicht der Schülerinnen und Schüler, der Eltern sowie der Lehrerinnen und Lehrer nicht wünschenswerten Regierungswechsel im Bildungsbereich alles passieren soll.

Ein Beispiel von vielen: Ende des vergangenen Jahres präsentierten Herr Kollege Wacker und der Fraktionsvorsitzende der CDU, Hauk, ein Eckpunktepapier zu den bildungspolitischen

(Minister Andreas Stoch)

Vorhaben der CDU-Fraktion. Zur Weiterentwicklung des Schulsystems heißt es darin – Zitat –:

Den Schulträgern wollen wir mit den ... drei Organisationsformen „Verbundschule“, „Regionale Verbundschule“ und „Differenzierte Realschule“ attraktive Angebote zur Weiterentwicklung ihrer Schulstandorte machen.

Dann heißt es weiter in dem Papier der CDU-Landtagsfraktion:

Selbstverständlich sollen ... sich

die Schulträger

... auch weiterhin für die bestehenden Organisationsformen Hauptschule, Werkrealschule bzw. Realschule entscheiden können.

Wenn ich richtig mitgezählt habe und jetzt einmal die beruflichen Schulen außen vor lasse, wären wir inklusive des Gymnasiums dann in Richtung eines siebengliedrigen Schulsystems unterwegs. Herzlichen Dank für diesen konstruktiven Beitrag zur Bildungsstruktur!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Am 2. Mai titelte dann dpa – zuhören, Herr Röhm, dann wissen Sie, was wir meinen –:

Strobl prescht in Turbo-Abi-Debatte vor: Fraktion ist zerissen.

In der Meldung lesen wir dann – Zitat –:

Während CDU-Landeschef Thomas Strobl klare Position in der Turbo-Abi-Debatte bezieht, ist die CDU-Landtagsfraktion gespalten. „Bisher sind sehr unterschiedliche Reaktionen wahrnehmbar“.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und wie ist es bei der SPD?)

sagte CDU-Bildungsexperte Georg Wacker ...

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema, wie G 8 in Baden-Württemberg angekommen ist, ist eine Ansammlung von Schlecht- und Fehlleistungen der CDU-FDP/DVP-Regierung, die das Thema G 8 in Baden-Württemberg schlecht implementiert hat. Es hat Jahre gedauert, bis die Schulen auf dieses Thema gut vorbereitet wurden. Diese Erblast besteht für die Schulen dieses Landes immer noch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Am 22. Juli – damit es uns nicht langweilig wird – hieß es in einer Meldung von dpa – Zitat –:

Strobl für längeres gemeinsames Lernen in sechsjähriger Grundschule

Langfristig sollten Kinder nicht mehr nach der vierten Klasse auf eine weiterführende Schule gehen, sondern erst nach der sechsten,

sagte der Landeschef der CDU.

In dieser Nachricht wird – so wörtlich – von einem „Paradigmenwechsel seiner Partei in der Schulpolitik“ gesprochen.

Dieser Vorstoß hatte allerdings sogar für CDU-Verhältnisse nur eine sehr geringe Halbwertszeit; denn bereits nach wenigen Stunden hat Herr Strobl seine Ankündigung wieder dementiert. Obwohl Herrn Strobbs Aussage auf Nachfrage von dpa von einem Sprecher des CDU-Landesverbands zunächst bestätigt wurde, ließ Herr Strobl später verlauten: „Selbstverständlich bleibt die bewährte vierjährige Grundschule bestehen.“ Innerhalb weniger Stunden vier- oder sechsjährige Grundschule. Wir sehen: „Verlässlichkeit“ heißt CDU.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch sein Gegenkandidat – damit das hier nicht einseitig wird –, Herr Wolf, der ja heute bei uns weilt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der ist immer da!)

ist im Rennen um die Spitzenkandidatur kreativ, wenn es um Ansätze in der Bildungspolitik geht.

Am 13. August Guido Wolf bei dpa – dpa scheint hier eine wichtige Rolle zu spielen –: Im Falle eines Wahlsiegs werde das Bildungssystem völlig umgekrempelt. Wörtliches Zitat – freigegeben –:

Das ist nicht nur ein etwas anderes Konzept, sondern ein völlig anderes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Reaktionen aus der Öffentlichkeit, die Reaktionen aus der Wirtschaft, die Reaktionen des Handwerks zeigen, dass dieser Zickzack- und Irrkurs von niemandem in dieser Gesellschaft goutiert wird – nicht an den Schulen, nicht bei den Eltern. Der Landesschulbeirat und der Landeselternbeirat sind entsetzt über diese Art von öffentlichen Mitteilungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen Sie zu einem Kurs der Orientierung und der Verlässlichkeit zurück!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber – das ist für eine CDU durchaus bemerkenswert – am 20. Oktober meldet sich dann, offenbar durch die vielen unterschiedlichen Positionen alarmiert und motiviert, die CDU-Basis zu Wort. Die CDU Württemberg-Hohenzollern ist für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung – dies, nachdem sich Fraktion und Landesverband gerade klar dagegen ausgesprochen hatten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist Meinungspluralismus!)

Daraufhin entdeckte Herr Strobl – ich bitte Herrn Wolf um Entschuldigung, dass ich schon wieder Herrn Strobl zitiere –, vermutlich im Vorfeld der Kürung des CDU-Spitzenkandidaten, auf einmal seine Liebe zur Basisdemokratie. Auf den Vorstoß der CDU Württemberg-Hohenzollern hin schlug er nämlich in der „Schwäbischen Zeitung“ vor, dass die Basis der Landes-CDU künftig über alle wichtigen schulpolitischen Fragen mitentscheiden solle – ich zitiere –:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn da los?)

(Minister Andreas Stoch)

Wie die Beteiligung praktisch umgesetzt werden kann, weiß Strobl zwar noch nicht. Möglich sei aber

– beispielsweise –

ein mitgliederoffener Parteitag, bei dem auch die Mitglieder abstimmungsberechtigt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin verwundert und überrascht – durchaus auch positiv –; denn als überzeugtem Demokraten ist mir der basisdemokratische Ansatz von Herrn Strobl grundsätzlich sympathisch. Wenn künftig allerdings vor jeder bildungspolitischen Entscheidung ein Parteitag der CDU einberufen wird, möglicherweise mitgliederoffen, kommen mir doch ernsthafte Zweifel an der Machbarkeit Ihres Vorhabens.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da brauchen Sie keine Sorge zu haben!)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, um versöhnlich und auch zuversichtlich zu enden, möchte ich mich an die CDU wenden und ihr zumindest dafür danken, dass sie offensichtlich die Zeichen der Zeit erkannt hat und dass nun auf allen Ebenen intensiv über die notwendige Weiterentwicklung unserer Schullandschaft nachgedacht wird.

Wir, die grün-rote Landesregierung, haben, nachdem Sie jahre- und jahrzehntelang auf wichtige Herausforderungen nicht reagiert haben und Strukturveränderungen, insbesondere auch qualitative Veränderungen liegen gelassen haben, ein in sich kohärentes, schlüssiges Gesamtkonzept auf den Weg gebracht,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

das mehr Bildungsgerechtigkeit für Baden-Württemberg

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alle sind begeistert!)

und die Förderung aller Kinder in diesem Land ermöglicht.

Ich würde mir wünschen, dass Sie sich etwas intensiver mit diesen Neuerungen, diesen praxiserprobten und funktionierenden Konzepten beschäftigen, anstatt sich weiterhin mit der Suche nach neuen tollen Entdeckungen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gemeinschaftsschule praxiserprobt?)

in Ihrem politischen Durcheinander zu beschäftigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie nicht wollen, dass CDU für Bildungschaos 4.0 steht, dann sollten Sie sich einmal auf ein Konzept einigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Timm, hast du die Botschaft gehört?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wacker das Wort. – Entschuldigung,

Herr Wacker, ich bin gerade unterbrochen worden. Zuerst spricht natürlich eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Fraktion, die die Aktuelle Debatte beantragt hat. Deswegen spricht zuerst Frau Abg. Boser von der Fraktion GRÜNE.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wusste ja nicht, ob sie noch mal will! Sie hat eigentlich schon alles gesagt!)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Kern, Sie haben den Debattenbeitrag meinerseits wohl nicht verfolgt. Ich hatte keinerlei Absicht, hier die CDU in ihren bildungspolitischen Fragen anzugreifen.

(Zurufe von der CDU: Nein! – Überhaupt nicht!)

Ich habe die Frage gestellt: Was sind denn die bildungspolitischen Antworten der CDU?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das verkraften wir!)

Diese Chance wollte ich heute der CDU geben,

(Oh-Rufe von der CDU – Weitere Zurufe von der CDU)

sich hier hinzustellen und einmal auszuführen, wie die Bildungspolitik der CDU in Baden-Württemberg aussieht. Leider haben wir auch heute wieder nichts dazu gehört.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Nur Chaos von der CDU!)

Es gab keinerlei Antworten. Es gab wieder nur Angriffe und Kritik an der grün-roten Landesregierung. Herr Wacker, das kennen wir schon. Wir kennen die Kritik, die Sie an unseren Bildungskonzepten üben.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Aber hätten Sie doch heute endlich einmal gesagt, was Ihr Gegenentwurf dazu darstellt.

(Abg. Georg Wacker CDU: Ich habe noch Redezeit!)

Bisher haben Sie nichts dazu geäußert.

(Abg. Georg Wacker CDU: Kommt noch!)

Ich glaube, wir werden auch in den nächsten Wochen und Monaten dazu von Ihnen nichts hören. Sie werden nach wie vor in der Bildungspolitik sprachlos sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber Sie werden viel von den Menschen draußen hören!)

Das tut mir leid für Sie, für Ihre Fraktion. Aber wir werden an unseren bildungspolitischen Maßnahmen weiterarbeiten und so das Land weiter voranbringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Glückauf!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Wacker das Wort.

Abg. Georg Wacker CDU: Frau Kollegin Boser, etwas mehr Aufmerksamkeit hätte ich Ihnen schon zugetraut. Sie waren in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses zugegen. Dort ging es um das Thema „Zukunft der Realschule“. Wir haben einen umfassenden Beschlussantrag eingebracht, der genau unser Konzept beinhaltete. Nur haben Sie das mit der grün-roten Mehrheit abgeschmettert. Jetzt können Sie doch nicht einfach behaupten, Sie kennen unser Konzept nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Ich gehe einmal davon aus, dass Sie sich sehr wohl auch mit den Anträgen der Opposition auseinandersetzen.

Ich mache es, Herr Minister, sehr konkret. Dazu spreche ich Sie auch ganz persönlich an. Sie haben selbst aus dem Eckpunktepapier zitiert; es liegt auch Ihrem Haus vor, Sie haben sich auch damit auseinandergesetzt. Wir haben im November 2013 ein klares, schlüssiges Konzept zur Stärkung der Realschule auch mit diesen unterschiedlichen Organisationsformen eingebracht.

Ich darf hier die Eckpunkte kurz aufzählen: Wir wollen ein intensives Beratungssystem bereits in der Grundschule, beginnend ab Klasse 1, sodass dann eine verbindliche Grundschulempfehlung am Ende überflüssig wird und damit die Eltern eine gute Entscheidungsgrundlage für den weiteren Bildungsweg ihres Kindes haben. Wir wollen, dass den weiterführenden Schulen auch die Befunde der Grundschulempfehlungen vorgelegt werden können,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

was für die Diagnosefähigkeit außerordentlich wichtig ist. Das verweigern Sie. Darüber schütteln die Pädagogen bei den aufnehmenden Schulen nur den Kopf; das sage ich Ihnen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau so ist es! Ja!)

Übrigens auch an den Gemeinschaftsschulen beginnt diesbezüglich das Kopfschütteln, wie wir bereits vernommen haben.

Wir wollen eine Orientierungsphase in den Jahrgangsstufen 5 und 6 mit einer durchgängigen Begleitung der Eltern und der Schüler, sodass am Ende eine zweite Bildungsempfehlung steht, und wollen, dass dann ab Jahrgangsstufe 7 differenzierte Angebote in Form von äußeren Differenzierungen in den Kernfächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften gemacht werden, sodass die Schülerinnen und Schüler sowohl zur Vorbereitung des Hauptschulabschlusses als auch zur Vorbereitung des Realschulabschlusses exzellente Angebote haben.

Im Übrigen ist dieses Konzept nur deswegen notwendig geworden, weil Sie die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung überhastet abgeschafft haben und es an den Realschulen eine zunehmende Heterogenität gibt. Bevor die Realschulen große Probleme bekommen, brauchen sie eine Perspektive. Wir zeigen diese Perspektive auf.

Sie wissen, Herr Minister, die AG der Realschulrektoren hat Sie für den 20. November eingeladen. Dort werden Sie über die Zukunft der Realschulen referieren. Die AG der Realschulrektoren hat Ihnen ein Konzept vorgeschlagen, das dem Konzept der CDU-Fraktion sehr ähnelt, das wir bereits im vergangenen Jahr verabschiedet haben.

Jetzt bleibt nur zu hoffen, Herr Minister, dass die Vernunft siegt. Ich kann Sie nur auffordern, dass Sie auch Ihren grünen Koalitionspartner überzeugen. Denn der grüne Koalitionspartner hat aus ideologischen Gründen immer noch Probleme mit Formen der äußeren Differenzierung, wobei Sie aber sehr wohl wissen müssen, Frau Kollegin Boser, dass bereits an den Gemeinschaftsschulen die Erkenntnis wächst: Je älter die Schülerinnen und Schüler an Gemeinschaftsschulen, je unterschiedlicher die Schülerinnen und Schüler werden – wenn die Kinder in die Pubertät kommen – und je unterschiedlicher auch das Anforderungsprofil der Bildungspläne wird, umso wichtiger wird es, Formen der äußeren Differenzierung anzuwenden. Dieser Wunsch wird mittlerweile auch in den Gemeinschaftsschulen Wirklichkeit.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deswegen: Alles das, was Sie hier zitiert haben – Lassen Sie den Gemeinschaftsschulen die Freiheit. Dann werden wir im Grunde eine Entwicklung, eine Orientierung bekommen,

(Glocke des Präsidenten)

die sehr nahe am Konzept der CDU liegen könnte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! – Zurufe von den Grünen)

Deswegen: Zeigen Sie Flagge.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie konkret den Weg der Umsetzung des CDU-Konzepts gehen, dann befinden wir uns auf einem guten Weg. Da können Sie doch nicht einfach behaupten, Sie würden dieses Konzept nicht kennen. Sie diskutieren intern seit vielen Wochen darüber.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Abschluss.

Abg. Georg Wacker CDU: Deswegen bitten wir Sie, auch dies konsequent umzusetzen. Dann ist Baden-Württemberg in der Bildungslandschaft auf einem guten Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kolleginnen und Kollegen! Nur noch zwei, drei Sätze. Herr Kollege Dr. Kern, es freut mich, wie Sie sich über das Lob von uns freuen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Es ist berechtigt!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Ich meine, man kann es der FDP/DVP in diesen Zeiten ja auch nachsehen. Aber wissen Sie, ich bin einfach dankbar, dass Sie mittlerweile aus Ihrem Modus „Alles doof, alles schlimm, alles schlecht“ herausgekommen sind.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: War nie!)

Aber Sie werden zugestehen: In der Tat brauchen wir über das Thema Schulfrieden, wenn sich die CDU nicht bewegt, nicht zu debattieren.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Das hat sich heute an dieser Stelle leider auch gezeigt.

Kollege Wacker, ich gestehe Ihnen durchaus zu, dass Sie im Bereich der Realschulen ein Konzept vorgelegt haben. Ich habe mich übrigens politisch-taktisch gefragt, warum Sie dieses Konzept nicht hier stärker zur Diskussion gestellt haben. Sie haben es stattdessen in einer nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses vorgestellt. Ich habe mich über die Schulter mit Kollegin Boser darüber unterhalten, warum Sie das machen. Gibt es da auch Unsicherheiten? Ich hätte das politisch ganz anders aufgebaut. Das war für uns, ehrlich gesagt, an dieser Stelle auch irritierend. Das war auch ein Schlüssel.

Wir, die SPD, haben Ihnen gegenüber vor einem Jahr den Vorschlag eines Schulfriedens unterbreitet. Ich habe für mich als Fachpolitiker immer gerade auch das Thema Realschulen als eine Möglichkeit dafür gesehen, weil wir da in der Tat nicht weit auseinander sind.

Ich finde es bemerkenswert, dass sich die CDU mittlerweile von der Dreigliedrigkeit komplett verabschiedet hat. Ich finde es bemerkenswert, dass die CDU mit einer Orientierungsphase in den Stufen 5 und 6 mittlerweile auch den Weg eines längeren gemeinsamen Lernens geht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deshalb: Sie haben sich da schon deutlich auf unsere bildungspolitischen Positionen zubewegt.

Aber: Was ich ausdrücklich bei Ihnen noch einmal einfordern möchte – Sie fangen durchaus an, sich Gedanken über die Zukunft der Gemeinschaftsschule zu machen –: Hören Sie auf, diese konsequenterweise bei jeder günstigen Gelegenheit schlechtzureden. Geben Sie ein klares Bekenntnis für die Gemeinschaftsschule ab,

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

dass Sie diese Schulart unterstützen werden,

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

und hören Sie damit auf, permanent Stöcke in den Lauf des Rades hineinzulegen.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Die Lehrkräfte machen eine bemerkenswerte Arbeit. Sie brauchen die Unterstützung von uns allen, weil sie ein zentrales Ziel abarbeiten. Sie sind auf einem guten Weg, nämlich auf dem zu mehr Bildungsgerechtigkeit unabhängig vom Geldbeutel bei uns in Baden-Württemberg.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kultusminister, dass Sie mit keinem einzigen Wort, nicht mit einer Silbe auf meine drei konkreten Fragen eingegangen sind, okay, geschenkt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das unterstreicht die Bedeutung der FDP!)

Aber Sie übersehen völlig und Sie merken gar nicht, dass Sie damit auch über den Wunsch der Bevölkerung nach einem Schulfrieden einfach einmal so hinweggehen. Sie nehmen die Menschen in Baden-Württemberg mit Ihrer Reaktion heute nicht ernst. Sie nehmen die Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen nicht ernst. Vielleicht sollten wir einmal beide zu den entsprechenden Schulen gehen. Dann zeige ich Ihnen, wie die Stimmung in den Häusern ist. Sie haben heute jedenfalls bewiesen, dass Sie nicht wissen, wie die Situation in Baden-Württemberg im Bildungsbereich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Klaus Burger CDU)

Mit Ihrer heutigen Rede haben Sie leider eine große Chance vertan. Sie hätten als erster Kultusminister in die Geschichte Baden-Württembergs eingehen können, der den Mut bewiesen hat, in der Bildungspolitik mit anderen politischen Fraktionen zu einer überparteilichen Übereinkunft zu kommen. Dazu fehlte Ihnen aber ganz offensichtlich heute der Mut, und es fehlte Ihnen vermutlich auch die Kraft, um sich gegen die Ideologen in Ihrer Koalition durchzusetzen.

Die Gründe hierfür liegen für mich auf der Hand: Einen Schulfrieden kann es nämlich nur dann geben, wenn man den Verantwortlichen vor Ort wesentlich mehr Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Bildung überträgt. Hierzu sind aber offensichtlich weder die CDU noch Grüne oder Rote in diesem Land bereit. Ohne Positionswechsel bei der grün-roten Koalition kann es in Baden-Württemberg einen Schulfrieden auch deshalb nicht geben, weil es mit Ihrem starren Zweisäulenmodell vor Ort keinen Schulfrieden geben kann. Wer ein unflexibles, ein starres Strukturmodell von oben vorgibt, wie Grün-Rot dies mit dem Zweisäulenmodell tut, der erstickt einen Schulfrieden vor Ort.

Für einen Schulfrieden vor Ort ist es vielmehr unverzichtbar, dass die Verantwortlichen vor Ort auch über die entsprechende Freiheit verfügen, über die Struktur der Schulen vor Ort selbst zu entscheiden. Wer hier im Landtag von Baden-Württemberg einen Schulfrieden will, der muss auch bereit sein, parteipolitischen Einfluss auf die Bildungspolitik zurückzunehmen, und muss im gleichen Zug den Verantwortlichen vor Ort mehr Entscheidungsfreiheit zubilligen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die heutige Aktuelle Debatte hat leider gezeigt, dass weder die grün-rote Koalition noch der Kultusminister – bislang jedenfalls – zu diesem Verzicht auf eine parteipolitische Einflussnahme auf die Bildungspolitik vor Ort bereit sind. Die Menschen in Baden-Württemberg sollten aber wissen: Wir Liberalen halten unser Gesprächsangebot an die anderen Parteien dennoch aufrecht. Aber nach jetzigem Diskussionsstand

(Dr. Timm Kern)

scheint es leider so, dass zumindest mit diesem Kultusminister in Baden-Württemberg keine Aussicht besteht, dass wir zu einem Schulfrieden kommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Integrationsfeindliche Radikalisierung junger Menschen vermeiden – Präventionsstrategie gegen Islamismus, Extremismus und Radikalismus ausbauen – beantragt von der Fraktion der CDU

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Lasotta.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Integrationsfeindliche Radikalisierung junger Menschen verhindern, Präventionsstrategien entwickeln – das ist ein wichtiges Thema, das uns beschäftigt. Wir haben dieses Thema deshalb auf die Tagesordnung gebracht, weil die Gefahr bestand, dass Präventionsprogramme auslaufen. Ein Beispiel ist das Projekt „Team meX“, das seit sechs Jahren von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesamt für Verfassungsschutz gestaltet wurde. Ich bin ausdrücklich dankbar, Herr Schmiedel und Frau Sitzmann, dass Sie gestern in den Regierungsfractionen beschlossen haben, diese Präventionsprogramme weiterzuführen. Wir meinen, dass wir eine Gesamtstrategie gegen die Entwicklungen, die wir momentan in unserem Land erleben, brauchen.

Warum radikalisiert sich junge Menschen? Im Übrigen geht es nicht nur um die Menschen, die einen Migrationshintergrund haben und zu uns gekommen sind, sondern es gibt auch ganz viele Konvertiten in den salafistischen Bereich hinein.

Wir – Parteien, Politik und Gesellschaft – müssen uns wirklich dringend überlegen, welche Strategien wir für junge Menschen entwickeln, um sie eben überhaupt nicht in diese Radikalisierung hineinzuführen. Wir müssen uns überlegen, wie wir seitens der Gesellschaft eine Antwort darauf geben können, wie ein Wirgefühl entwickelt werden kann. Es ist wichtig, die Hoffnungslosigkeit, die manche Leute haben und die sie anfällig dafür macht, bei Rattenfängern irgendein Wirge-

fühl zu finden, zu durchbrechen, um für sie Perspektiven in unserer Gesellschaft zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deswegen, glaube ich, ist es gut, dass wir hier einen gemeinsamen Konsens haben. Wir haben das Thema aber deswegen auf die Tagesordnung gebracht, weil wir meinen, dass wir gemeinsam noch mehr Anstrengungen unternehmen müssen.

Betrachten Sie einmal, was in den vergangenen Monaten in Deutschland und auch in Baden-Württemberg passiert ist: Es gab die Aktion der Salafisten mit ihrer „LIES!“-Kampagne, die Verteilung des Korans, was teilweise belächelt wurde; aber dahinter stand ja eine radikale Philosophie und standen die jungen Menschen, die in den Dschihad ziehen, nach Syrien ausreisen. Uns alle haben die Nachrichten erschreckt, dass auch Frauen minderjährigen Alters als Bräute quasi dorthin gezogen sind und wir, die Gesellschaft, nicht rechtzeitig vermocht haben, dem entgegenzuwirken.

Es ist zu fragen: Wirken unsere Präventionsprogramme? Was passiert in den Schulen? Findet eine wirkliche Diskussion darüber statt, wie wir eine Radikalisierung erkennen?

Auf der einen Seite gibt es natürlich die Entwicklungen, dass zunehmend verschiedene radikale Gruppen aufeinandertreffen. Wenn Sie die Bilder aus Köln erlebt haben, wo Hooligans und Rechtsradikale sich plötzlich zusammengeschlossen und Straßenschlachten eröffnet haben, dann erleben Sie das als eine Entwicklung, die auch die Menschen in unserem Land zutiefst verunsichert. Wenn eine Scharia-Polizei durch Köln oder durch andere Städte in Nordrhein-Westfalen marschiert und quasi junge Leute davon abhalten will, unsere freiheitliche Gesellschaft zu genießen, müssen wir alle, glaube ich, als Demokraten aufstehen.

Auf der anderen Seite gibt es die rechtsstaatlichen Mittel der Polizei, des Verfassungsschutzes und des Landeskriminalamts. Es gibt auch viele Präventionsprogramme, an denen sie beteiligt sind; auch an rechtsstaatlichen Maßnahmen, um eben solche entsprechenden Umtriebe zu unterbinden, sind sie beteiligt. Uns ist aber wichtig: Wir brauchen eine Gesamtstrategie. Es kann nicht nur bei rechtsstaatlichen Maßnahmen bleiben. Zu Recht haben Sie, Herr Minister Gall, immer darauf hingewiesen, dass der islamistische Extremismus die momentan am stärksten steigende Tendenz in unserer Gesellschaft aufweist und dass viel Radikalisierung stattfindet.

Wir müssen uns aber auch überlegen, wie wir die Menschen mit unseren Präventionsprogrammen erreichen. Es gibt beispielsweise ein Landesnetzwerk gegen den Rechtsradikalismus – richtig und wichtig, und es leistet auch gute Arbeit –, aber hinsichtlich des islamistischen Extremismus haben wir die Strukturen noch nicht entsprechend vernetzt. Deswegen kann es nicht nur dem Landtag überlassen bleiben, dass seitens der Regierungsfractionen – weil wir, die CDU-Fraktion, und die Öffentlichkeit gesagt haben, wir müssen diese Präventionsprogramme weiterführen – Haushaltsanträge gestellt werden, sondern wir brauchen auch eine Gesamtstrategie der Landesregierung, um diesen islamistischen Extremismus stärker bekämpfen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Dr. Bernhard Lasotta)

Es gibt verschiedene Zuständigkeiten. Im Kultusministerium wird viel hinsichtlich der Lehrerfortbildung getan, und im Bereich des Innenministeriums gibt es entsprechende Programme. Aber ich glaube, wir sollten das wie in anderen Bundesländern entsprechend vernetzen. Das Land Hessen hat ein Kompetenzzentrum gebildet, in dem alle Sicherheitsbemühungen und Präventionsstrategien gebündelt werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat ein entsprechendes Programm ausgestaltet, damit im Sozialraum vor Ort Ansprechpartner auch für Aussteiger vorhanden sind. Das haben wir in Baden-Württemberg für den rechtsradikalen Bereich schon etabliert. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass wir das auch für den islamistischen Extremismus brauchen.

Wir brauchen feste Ansprechpartner, eine bessere Schulung der entsprechenden Lehrkräfte, eine bessere Kooperation und Unterrichtung mit den Moscheevereinen. Wir müssen eine gesamtgesellschaftliche Strategie entwickeln, und wir alle im Landtag sollten auch daran arbeiten, dass die Landesregierung vom Landtag aufgefordert wird, es als eine zentrale Aufgabe zu betrachten, die Kompetenzen zu bündeln und besser zu koordinieren.

Ausdrücklich möchte ich sagen, dass es viele gute Programme gibt, die nebeneinander herlaufen, aber die Gesamtstrategie wird nicht erkennbar. Deswegen möchten wir, die CDU-Landtagsfraktion, Sie auffordern, die Kompetenzen zu bündeln, stärker zu koordinieren und auch ein entsprechendes Rückkehrerprogramm zu entwickeln. Das ist etwas, was uns noch fehlt. Was machen wir denn mit denjenigen, die in den Dschihad gezogen sind und jetzt wieder nach Baden-Württemberg oder Deutschland zurückkommen? Wir brauchen Strukturen, um diese Menschen auffangen zu können.

Wir, die CDU-Fraktion, bieten ausdrücklich an, an einer solchen Gesamtstrategie mitarbeiten zu wollen. Ich glaube, wenn man schon einen Schwerpunkt auf die Integrationsarbeit und die Bekämpfung des Extremismus legt und in diesem Bereich ein eigenes Ministerium geschaffen hat, was die Präventionsbemühungen eigentlich sehr gut koordinieren könnte – was bisher nicht geschehen ist –, sollte man sich wirklich einen Ruck geben, um da eine klare Zuständigkeit zu schaffen. Dazu fordern wir Sie auf und bieten gleichzeitig unsere Bereitschaft zur Mitarbeit an.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bei allem Konsens: Der Titel der von der Fraktion der CDU beantragten Aktuellen Debatte ist befremdlich. „Integrationsfeindliche Radikalisierung junger Menschen vermeiden“ suggeriert, dass Integration misslingt, weil sich junge Menschen radikalieren. Dabei ist es umgekehrt. Die Radikalisierung ist das Ergebnis einer misslungenen Integration und Sozialisation.

(Beifall bei den Grünen)

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat deswegen völlig recht. Er sagte gegenüber dem Magazin „Stern“ über die

Salafisten deutscher Herkunft – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Es sind unsere Söhne und Töchter. Ein Großteil wurde hier geboren. Sie sind in unsere Schulen gegangen, in unsere Moscheen, in unsere Sportvereine. Wir tragen für deren Radikalisierung Verantwortung.

Deshalb ist es gut, dass Grün-Rot in den kommenden beiden Jahren 700 000 € für Prävention im engeren Sinn zur Verfügung stellt. Deshalb ist es auch grundsätzlich gut, wenn es Aussteigerprogramme für Salafisten gibt. Das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen war hier Vorreiter. Dort gab es das bundesweit erste Aussteigerprogramm.

Auf Bundesebene gibt es so etwas auch, allerdings finanziell äußerst schwach ausgestattet und in seinem Fortbestand gefährdet. Dazu äußern Sie sich bezeichnenderweise nicht.

Aussteigerprogramme sind sinnvoll, wenn sie gut konzipiert sind – und nur dann. Diesen Hinweis erlaube ich mir als Sozialarbeiter und Pädagoge, der in seinem ersten Berufsleben Erfahrungen mit Sozialarbeit auf der Straße gesammelt hat. Gut gemeint ist nicht zwangsläufig auch gut gemacht. Das sehen wir z. B. an den gescheiterten Extremismusbekämpfungsstrategien deutscher Behörden im Zusammenhang mit dem NSU-Terrorismus. Die Untersuchungsausschüsse anderer Bundesländer haben erschreckenderweise zutage gebracht, dass Gewalt und Terrorismus hier eher noch genährt als effektiv bekämpft wurden. Deshalb ist es sinnvoll und notwendig, dass nun auch der baden-württembergische Teil dieser Geschichte gründlich aufgearbeitet wird.

Ebenso wichtig ist mir ein zweiter Hinweis zu den Aussteigerkonzepten. Solche Programme sind kein Patentrezept, schon gar nicht in der Prävention. Sie taugen nicht als Ersatzhandlung für eine Präventionsstrategie, die sich über die gesamte Biografie junger Menschen erstrecken muss. Wir wissen aus der Sozialforschung einiges über junge radikalisierte Salafisten. Dies sind häufig gescheiterte Existenzen; viele sind ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung. Fast alle, die zu menschenfeindlichen Gewalttätern – übrigens jeglicher Couleur – werden, waren in ihrer Biografie selbst Opfer massiver Gewalt und mussten in gewaltgeprägten Lebensumständen aufwachsen.

Das ändert nichts daran, dass dann, wenn es zu spät ist, der Staat auch konsequent und repressiv eingreifen muss. Aber das löscht bestenfalls ein akutes Feuer, jedoch ganz sicher nicht die Brandursache oder gar den Brandherd.

Also: Die Bekämpfung von Extremismus, die Abwehr von Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist ganz sicher auch eine Aufgabe der Sicherheitsbehörden, in erster Linie aber eine Aufgabe der Bildungs- und vor allem der Sozialpolitik. Deshalb habe ich mich mit meinen Fraktionskollegen darauf verständigt, dass ich in dieser Debatte spreche.

Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen demokratische Werte verinnerlichen. Denn wer den unbedingten Wert der Menschenrechte erkennt, ist gegen menschenfeindliche Ideologie immun. Das Besondere an den demokratischen Werten ist aber: Sie können anders als extremistische Gesinnungen nicht mit Zwang durchgesetzt oder mit Gewalt erzwungen

(Thomas Poreski)

werden. Freiheit und Demokratie müssen erlebt und gelebt werden, damit sie erlernt werden können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist auch der Einsatz für Kinderrechte ein Beitrag zur Prävention. Junge Menschen – nicht zuletzt solche, die aus benachteiligten Verhältnissen kommen – müssen das berechnete Gefühl bekommen, dass sie wertgeschätzt werden, dass ihre Meinung und ihr Einsatz zählen und dass sie in einer bedrängten Lebenssituation von der staatlichen Gemeinschaft nicht im Stich gelassen werden. Dazu gehören auch der Schutz vor Diskriminierung sowie der Schutz vor gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, vor rechtsradikalen Übergriffen und vor Mobbing.

Junge Menschen müssen, um Demokratie zu lernen, sich ausprobieren können, zu eigenem Engagement ermutigt werden, Fehler machen und korrigieren können, ohne dass es gleich bedrohlich für sie wird. Sie müssen auf authentische und streitbare Erwachsene treffen und sich in dieser Auseinandersetzung das Rüstzeug für ein nachhaltiges demokratisches Gemeinwesen erwerben, nämlich Zivilcourage statt Duckmäusertum oder rein destruktiv motiviertem Protest.

Für diese anspruchsvollen Ziele gibt es keine einfachen Patentrezepte, auch keine einfache Gesamtstrategie, aber viele kleine Bausteine – im Kleinen wie im Großen. Die vielfältigen politischen Anstrengungen der grün-roten Koalition sind hier sicher nicht abschließend oder gar perfekt, aber sie können sich sehen lassen:

Wir haben die Mittel für die außerschulische Jugendarbeit nach vielen Jahren der Stagnation massiv erhöht. Denn Kinder und Jugendliche brauchen diese Erfahrungsräume, wo sie Verantwortung übernehmen, die Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit eigenen Engagements erfahren sowie demokratische Spielregeln einüben können. Dafür entwickeln wir gemeinsam mit den Jugendverbänden und der Jugendforschung den „Zukunftsplan Jugend“.

Wir erweitern aus den gleichen Gründen die demokratischen Mitwirkungsrechte für Kinder und Jugendliche in der Gemeindeordnung, und wir laden Sie ein, gemeinsam mit uns die Kinderrechte in der Verfassung zu verankern.

Wir veranstalten fraktionsübergreifend zusammen mit dem Landesjugendring den Kinder- und Jugendlandtag.

Die Landesregierung investiert in die Ganztagsbetreuung, in die Frühen Hilfen für die ganz kleinen Kinder und in offene Treffs, in Nachbarschaftszentren, um möglichen Gefährdungen und gewaltgeprägten Lebenssituationen vorzubeugen und um soziale, nachbarschaftliche Netzwerke zu stärken.

Wir haben hier im Land die assistierte Ausbildung entwickelt und zum bundesweiten Vorbild gemacht, damit auch benachteiligte Jugendliche erfolgreich eine Ausbildung abschließen können. Denn hier besteht Nachholbedarf.

Wir haben die Schulsozialarbeit und die mobile Jugendarbeit intensiv gestärkt. Wir helfen den Schulen, sich so weiterzuentwickeln, dass sie noch besser als bisher auch benachteiligten und ihrer Entwicklung untypischen Jugendlichen gerecht werden können. Das gilt nicht nur für die Gemeinschaftsschulen.

Wir unterstützen das Projekt „Team meX“ der Landeszentrale für politische Bildung als ein bewährtes und wirksames Programm gegen Rechtsextremismus.

Wir sind mit allen gesellschaftlichen Gruppen – von den Lehrerverbänden über die Sozialforschung bis hin zu den Konfessionen – und natürlich auch mit allen demokratischen Gruppierungen und Parteien in intensiven Gesprächen darüber, wie wir die demokratische Zivilgesellschaft mit der Politik des Gehörtwerdens für ein Gefühl der demokratischen Zugehörigkeit, für sozialen Zusammenhalt, für Inklusion und gegen soziale Ausgrenzung sowie gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeder Art stärken können. Diese Debatte ist ein offener Prozess, aber sie trägt auch erkennbar Früchte.

Ich bin mit meiner Fraktion stolz darauf, wie unsere Gesellschaft mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik umgeht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Hier offenbaren sich quer durch alle gesellschaftlichen Schichten eine demokratische Reife und eine Empathiefähigkeit, die bei allen ernstesten Herausforderungen vor allem eines zeigen: Unser Land Baden-Württemberg ist stark und zukunftsfähig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute wird in Stuttgart ein Prozess gegen Jugendliche aus Schramberg eröffnet, die den Islamischen Staat unterstützt haben. Gestern vor drei Jahren ist der NSU in Deutschland bekannt geworden und aufgefliegen. Insofern ist die heutige Aktuelle Debatte eine gute Debatte. Sie hat zwar einen sperrigen Titel, greift aber zum richtigen Zeitpunkt ein wichtiges Thema auf. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Wenn man sich den Titel anschaut, sieht man: Es geht in erster Linie um junge Menschen, um die Verhinderung der Radikalisierung junger Menschen. Junge Menschen sind genau das Potenzial, auf das wir alle im Moment schauen müssen. Wir waren gestern bei den Handwerkern, und da war davon die Rede, wie wichtig die jungen Leute in Deutschland sind und welche Bedeutung sie als Zukunftsträger haben. Heute Morgen hat unser Finanzminister Nils Schmid bei der Einbringung des Haushalts den Satz gesagt:

Wir können es uns nicht erlauben, auch nur einen jungen Menschen in diesem Land verloren zu geben.

Insofern: Das ist ein weiterer Aspekt.

Worum geht es? Es geht um Salafismus und islamistische Gefahr. Da reden wir davon, dass in Syrien derzeit 250 Menschen aus Deutschland aktiv kämpfen: auf der falschen Seite und für eine Ideologie, bei der es einem als Vater von fünf Töchtern, sage ich einmal, regelmäßig wehtut angesichts dessen, was er von dort zu sehen und zu hören bekommt.

Wir reden bundesweit von 250 deutschen Jugendlichen und jungen Menschen, die dort unten für solch schreckliche Ideo-

(Nikolaos Sakellariou)

logien kämpfen. Wir reden in Baden-Württemberg von inzwischen 550 Anhängern in 17 Objekten und Organisationen. Die Zahl ist von 500 auf 550 gestiegen. Es gibt also eine relevante Größe – zumal dieser Personenkreis wächst, bei dem wir aktiv werden müssen.

Was tun wir? Das Erste ist schon angesprochen worden: Bildung, Bildung, Bildung. In die Bildungspläne und in die Fachunterrichte gehören die Themen hinein. Die Themen „Soziales Lernen“ und Extremismus sind in den Bildungsplänen und im Fachunterricht aller Schularten enthalten. Das ist auch gut so.

Das Zweite – das geht über den Bildungsbereich hinaus – ist die Präventionsarbeit. Das ist schon angesprochen worden. Christoph Bayer, Vorsitzender des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung, hat sehr darauf gedrängt, dass die Mittel für die Präventionsarbeit nicht auslaufen, sondern verstetigt werden. Deswegen sind die Fraktionen übereingekommen, diese 350 000 € pro Jahr in eine verlässliche und verstetigte Finanzierung des Projekts „Team meX“ zu investieren, das den Schülerinnen und Schülern Handlungskompetenzen gegen jegliche Form des Rassismus und Fanatismus geben soll. Es ist in den Schulen aktiv, aber auch außerhalb der Schulen, bei der freien Jugendarbeit, und soll gerade solche Kompetenzen entwickeln, die z. B. vermeiden, dass bei einer Karikatur ein Sturm der Entrüstung losgeht. Eine Karikatur ist eine Karikatur. Das muss man aushalten können.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das gehört zu der Kompetenz und Bildung, die wir so frühzeitig wie möglich zu vermitteln haben. Das gilt für gegenseitige Achtung und gegenseitigen Respekt eben auch.

„Schule ohne Rassismus“ ist ein weiteres Projekt, das jetzt verlässlich weiterfinanziert wird. Es geht immerhin um 1 400 Schulen mit über einer Million Schülerinnen und Schülern, die sich diesem Projekt verschrieben haben. Es ist wunderbar und wichtig, wenn sich die gesamte Schulgemeinschaft diesem Thema stellt. Insofern bin ich froh, dass diese Entscheidung so getroffen wurde.

Herr Dr. Lasotta, ich möchte Ihre Anregung gern aufgreifen: Wir haben beschlossen, uns dem Thema Salafismus in einer Anhörung im Innenausschuss zu widmen. Dort ist auch nach meiner Auffassung der richtige Ort, um diese Anregungen und Fragen der Bündelung der Netzwerke im Kampf gegen den Salafismus und gegen die Radikalisierung von jungen Menschen, auf die wir so dringend angewiesen sind, anzugehen. Denn wir müssen junge Menschen stark machen, damit sie eben nicht auf menschenfeindliche Rassisten und Rattenfänger hereinfließen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe, hinter der wir stehen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Islamismus, Salafismus und jede Form des Extremismus überhaupt werden nicht, sondern sind bereits Probleme in Baden-Württemberg und Deutsch-

land. Kollege Sakellariou hat es gerade gesagt: In Baden-Württemberg gibt es ca. 550 Anhänger salafistischer Bewegungen. 300 meist junge Menschen kämpfen in Syrien in dschihadistisch kontrollierten Gebieten. Ich teile die Angst vor dem, was passieren kann, wenn diese Kämpfer mit Kampferfahrung zu uns zurückkehren.

Es zeigt sich also, dass Handlungsbedarf besteht, um unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen. Auf der einen Seite muss das der Schutz vor dem sogenannten „homegrown terrorism“ sein, also vor Menschen, die bei uns aufgewachsen und hier in den Extremismus gegangen sind. Zum anderen müssen aber auch ganz klare Regeln für den Zugang in ein Einwanderungsland wie Deutschland formuliert werden. Neben dem Spracherwerb und der Bereitschaft zum eigenen Broterwerb gehört hier das Bekenntnis zu unserem Rechtsstaat ganz klar dazu. Gleichberechtigung, Religionsfreiheit oder Meinungsfreiheit, auch in Form von Karikaturen, dürfen wir nicht infrage stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Darüber hinaus muss sich die Landesregierung aber den Vorwurf gefallen lassen, dass sie im Bereich des „homegrown terrorism“ lange Zeit das Problem möglicherweise nicht so auf dem Schirm hatte, wie es erforderlich gewesen wäre. Ich möchte Ihnen dafür drei Beispiele geben.

Das erste Beispiel ist die Projektförderung. Wir haben das bereits gehört. Gestern wurde angekündigt, Herr Kollege Poreski, dass Sie die Projektfördermittel nun doch verstetigen. Das ist auch gut so, und dafür lobe ich Sie auch. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Zeitpunkt, zu dem Sie, Herr Poreski, dies angekündigt haben, ist doch völlig offensichtlich. Ihnen ist das Problem erst aufgefallen, als die CDU die Aktuelle Debatte beantragt hat.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sonst wäre diese zeitliche Koinzidenz doch überhaupt nicht zu erklären. Wie konnten Sie die weitere Projektförderung überhaupt so lange infrage stellen? Dank an die CDU übrigens für diese Debatte. Wenn sie das damit erreicht hat, dann war die Debatte schon einmal sehr gut.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte Ihnen aber das zweite Beispiel, bei dem ich Defizite in Ihrer Politik sehe, nicht vorenthalten. Zu einer Zeit, in der Angriffe auf unsere Rechtsordnung, auf unser Wertesystem, aber auch ganz konkret auf Leben in unserem Land angekündigt werden, spielen Sie immer wieder mit dem Gedanken, die Mittel für den Verfassungsschutz zusammenzustreichen. Sind dort in Anbetracht der Bedrohung sechs Islamwissenschaftler im Bereich Islamismus zu viel? Ich sage: Nein. Ich kann mir nur vorstellen, dass diese Diskussionen über den Verfassungsschutz aus einer grundkritischen Haltung der Grünen gegenüber dem Verfassungsschutz resultieren, denn fachlich kann ich überhaupt keinen Grund sehen, zum jetzigen Zeitpunkt die Mittel für den Verfassungsschutz zusammenzustreichen zu wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Andreas Glück)

Das dritte Beispiel, das ich Ihnen nicht vorenthalten möchte und bei dem ich glaube, Defizite in der Politik der Landesregierung zu erkennen: Sie haben es mehrfach verpasst, in die Tätigkeit der Enquetekommission, die gestern beerdigt wurde, Bedrohungen durch jegliche Art von Extremismus einzubeziehen. Neben unprofessionellem Verhalten und einem auf manchen Seiten fragwürdigen Verhältnis zur Wahrheit war es doch genau diese Scheuklappenpolitik, mit der Sie die Enquetekommission in den Sand gesetzt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir fordern von der Landesregierung klare Regeln für den Zuzug. Ich habe es vorhin bereits gesagt, Frau Ministerin Öney: Menschen sind herzlich willkommen, wenn sie ein Bekenntnis zum deutschen Rechtsstaat abgeben, wenn sie bereit sind, die Sprache zu lernen. Sie müssen nicht Schiller rezitieren können, aber sich zumindest im Krankenhaus oder beim Einkaufen verständlich machen können, und sie müssen zum eigenen Broterwerb bereit sein. Darüber hinaus fordern wir ein Rückkehrerprogramm für junge Menschen aus Kampfgebieten. Außerdem fordern wir eine klare Strategie und Präventionsangebote der Landesregierung – auf der einen Seite staatlich, auf der anderen Seite aber auch über die Vereinsförderung –, damit wir jeglicher Art von Extremismus gemeinsam den Kampf ansagen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich möchte – jedenfalls versuche ich es – aus den Wortbeiträgen meiner vier Vorredner Gemeinsamkeiten herausfinden. Das ist nicht richtig schwer. Ich habe sie festgestellt – trotz der einen oder anderen Spitze, Herr Glück, die Sie meinten loswerden zu müssen. Jedenfalls habe ich die Aktuelle Debatte so verstanden – so hat es der Kollege Lasotta als Antragsteller ja auch formuliert –, dass es darum geht, Gemeinsamkeiten zu finden und uns dieser Aufgabe – das ist eine Herausforderung – gemeinsam zu stellen. Dieses Thema taugt weniger dazu, parteipolitische Scharmützel auszutragen. Man kann an der einen oder anderen Stelle logischerweise auch unterschiedlicher Auffassung sein, was richtige oder weniger richtige Ansätze sind; falsche gibt es nach meinem Dafürhalten in diesem Bereich nicht.

Ich will drei Botschaften nennen, die mir meine Vorredner quasi in den Mund gelegt haben und die ich als eine gute Basis für ein weiteres gemeinsames Vorgehen ansehe.

Unisono wurde das Thema bzw. die Problematik erkannt und zum Ausdruck gebracht. Es wurde deutlich gemacht, dass wir gemeinsam in der Verantwortung stehen, junge Menschen gegen Hasspropaganda jeglicher Art, sei es islamistischer oder anderer extremistischer Art, zu immunisieren, sie stark zu machen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Wir müssen deutlich machen, dass die Zukunft der jungen Menschen gerade in einem demokratischen Wertesystem, wie wir eines haben, liegt und nirgendwo sonst.

Die zweite Botschaft ist die, dass wir mit einem Frühwarnsystem, mit Sensoren in der Breite unserer Gesellschaft wahrnehmen müssen, wenn sich Menschen radikalisieren, wenn sich – ich bezeichne dies so – Fehlentwicklungen anbahnen. Wir müssen dann versuchen, solche „Karrieren“ zu verhindern, zu deradikalisieren und die jungen Menschen wieder an die Hand zu nehmen, um sie in diese Wertegesellschaft zurückzuführen.

Die dritte Botschaft ist die, dass ein vorrangiges Ziel auch die Verhütung von Straftaten, die damit einhergehen, sein muss. Dazu ist natürlich die klassische Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden erforderlich. Ein präventiver Ansatz ist jedoch immer auch von außerordentlich großer Dringlichkeit und Wichtigkeit.

Wir müssen hier – so habe ich es jedenfalls verstanden – nicht bei null anfangen. Kollege Lasotta, mich hat ein wenig verwundert, dass hier auf andere Bundesländer verwiesen worden ist. Dort mag es Ansätze geben, die in dem einen oder anderen Bundesland als neu verkauft werden. Wenn ich mir jedoch diese Ansätze anschau, stelle ich häufig fest: Das haben wir schon. Das soll aber ausdrücklich nicht heißen, dass wir nicht von anderen lernen könnten. Wir schauen uns vielmehr sehr genau an, wenn etwas Neues auf das Gleis gesetzt wird bzw. etwas neu initiiert wird. Dann schauen wir, ob es geeignet ist, mit den bei uns bestehenden Präventionsprogrammen verknüpft zu werden bzw. diese zu ergänzen. Vielleicht muss auch der eine oder andere neue Weg gegangen werden.

Dass wir nicht bei null anfangen, wird schon deutlich, wenn wir uns die Bandbreite der präventiven Maßnahmen in unserem Land anschauen. Einige der Programme bei der Polizei, dem Verfassungsschutz, der Landeszentrale für politische Bildung oder im Kultus- und im Hochschulbereich, die ich auch für erfolgreich halte, wurden von meinen Vorrednern bereits genannt. Ich muss diese nicht im Einzelnen wiederholen. Ich will vielleicht nur noch einmal das eine oder andere in Erinnerung rufen, weil diese erfolgreichen Projekte fortentwickelt werden können und fortentwickelt werden müssen – das ist überhaupt keine Frage.

Lassen Sie mich beispielsweise mit der Initiative „Polizei und Moscheevereine“ beginnen. Kollege Lasotta, Sie haben diese Initiative bereits angesprochen. Nach heutigem Stand haben wir 159 Ansprechpartner im Land. Ich denke, man kann schon behaupten, dass dies kein übergesetztes Projekt ist. Dieses Projekt ist vielmehr in der Tat netzwerkartig in der Fläche des Landes verortet. Durch diesen Dialog mit den muslimischen Vereinigungen verfolgen wir – das wissen Sie – das Ziel, über die Arbeit der Polizei Vertrauen in unseren Staat zu schaffen und dort, wo Distanz vorhanden ist, diese zu minimieren. Natürlich ist damit auch die Hoffnung verbunden, dass gerade durch diesen Dialog, durch die Gespräche, durch die regelmäßigen Kontakte elementare Normen und Werte unserer demokratischen Gesellschaft vermittelt werden können.

Wir bieten die Zusammenarbeit mit Vereinigungen unterschiedlicher Art ausdrücklich an. Hier muss auch immer wieder ein Spagat vorgenommen werden hinsichtlich der Fragen, wo bei den Vereinigungen die Grenze zwischen verfassungsrechtlich unbedenklich und verfassungsrechtlich fragwürdig zu ziehen ist, ob man eine Zusammenarbeit grundsätzlich ab-

(Minister Reinhold Gall)

lehnt oder einen ersten Schritt wagt. Hier muss oftmals eine verantwortungsvolle Entscheidung getroffen werden.

Durch diese Zusammenarbeit bieten wir an, Projekte, beispielsweise Vorträge oder Dialogveranstaltungen, kostenlos vor Ort durchzuführen. Wir versuchen auch durchaus erfolgreich, die Menschen zur Mitarbeit in anderen Gremien, beispielsweise in der Prävention, zu gewinnen. Logischerweise verbinden wir damit die Hoffnung, den Kontakt zu anderen Behörden, zu nicht staatlichen Organisationen zu knüpfen, also sozusagen gesellschaftliche Integration in diesem Bereich zu fördern. Natürlich soll dieses Projekt auch dazu beitragen – das darf man nicht verhehlen –, Parallelgesellschaften und Parallelrecht zu verhindern und dort, wo es dies bereits gibt, wieder zurückzuführen. Es geht darum, ideologischen Fehlhaltungen unter Muslimen zu begegnen und deutlich zu machen, dass dort keine Akzeptanz gefunden wird.

Es ist aber keine Frage – so habe ich das heute auch verstanden –, dass man diese Aufgabe nicht nur der Polizei, dem Verfassungsschutz und den staatlichen Institutionen überlassen kann. Es kommt vielmehr darauf an, dass die zivilgesellschaftlichen, bürgerschaftlichen, ehrenamtlichen Organisationen mit eingebunden sind, dass wir durch unser Tun, durch die Projekte, die wir aufsetzen, in erster Linie Multiplikatoren schaffen, dass wir Netzwerke bilden, dass wir eine Verantwortungsgemeinschaft für diesen Themenbereich herstellen.

Deshalb gibt es im Rahmen dieser Maßnahmen für die Ansprechpartner viele Informations- und Weiterbildungsangebote. So ist beispielsweise das Programm „Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ ein sehr gutes Beispiel dafür, dass Bund und Länder hervorragend kooperieren, sodass sie dort, wo dies erforderlich ist, sinnvoll und erfolgreich vorgehen können.

Wahrscheinlich kennen Sie die Broschüren „Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus“ oder „Ich lebe nur für Allah“. Dort geht es darum, sich mit dem Thema Salafismus argumentativ intensiv auseinanderzusetzen und junge Menschen gegen solche Lockmittel stark zu machen.

Wie wir alle wissen, meine Damen und Herren, stellt das Propagandafeld Internet in diesem Bereich ein riesenproblem dar. Dort wird das Internet missbraucht – anders kann ich dies nicht ausdrücken –, um anzulocken, um manchmal auch sehr unterschwellig niedrige Hürden zu bauen, um sich dem Thema Salafismus oder anderen Themenbereichen anzunähern. Deshalb hat das Landeskriminalamt eine Rahmenkonzeption erstellt zur Prävention gegen islamistische Inhalte im Internet und in anderen Medien.

Aus dieser Rahmenkonzeption wurde dann beispielsweise ein Medienpaket entwickelt, das etwa aus Filmen, aus Unterrichtsmaterial besteht, das der Internetpropaganda entgegenwirken soll. Es taugt für schulische und außerschulische Angebote, aber auch für Elternarbeit. Ein wesentlicher Ansatzpunkt des Medienpakets ist auch: Nur mit den jungen Menschen zu arbeiten ist zu wenig. Wir müssen auch die Eltern der jungen Menschen erreichen. Das Medienpaket taugt zur Ausbildung von Multiplikatoren auch außerhalb der Schule, in der Jugendarbeit oder in der Kriminalprävention.

Das haben wir übrigens neu aufgesetzt. Wir haben uns also nicht nur darauf verlassen, Programme, die in der Vergangen-

heit bereits durchgeführt wurden, fortzuführen. Gerade hinsichtlich des Internets haben wir im Juni dieses Jahres diese Rahmenkonzeption und das Medienpaket erstellt. Weitere Initiativen werden selbstverständlich folgen.

Im Jahr 2012 hat das Landeskriminalamt – das ist bisher in der Öffentlichkeit nicht so sehr bekannt, jedoch bei den Fachleuten und bei denen, die tagtäglich damit zu tun haben – in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Interventionsmaßnahmen zur Früherkennung emotionaler Einzeltäter – dieses Programm heißt „FEE“ – aus dem Bereich Salafismus initiiert. Es dient dazu, für identifizierte emotional radikalisierte Einzeltäter aus dem salafistischen Spektrum eine Gefährdungsprognose zu erstellen und aus dieser Gefährdungsprognose auch Handlungsoptionen abzuleiten. Es wird gefragt, wer sich um diese Menschen kümmert und mit welchen Maßnahmen dies versucht wird.

Ich will auch deutlich sagen: Präventive Maßnahmen bedeuten für uns auch, dass wir ganz gezielt – wie es in der Fachsprache heißt – Zielpersonen aus diesem Spektrum ansprechen, dass wir eine Ansprache durchführen, wenn wir erwarten, dass weitere radikalisierende Entwicklungen anstehen – eine gezielte Ansprache, soweit dadurch keine Ermittlungsergebnisse gefährdet werden.

Auch beim runden Tisch „Islam“, den die Integrationsministerin im November 2011 ins Leben gerufen hat und der zwischenzeitlich bereits sieben Mal zusammengekommen ist – erst im Oktober wieder –, sitzen wir gemeinsam am Tisch, also nicht nur muslimische Verbände und Einzelpersonen des muslimischen Lebens, sondern beispielsweise auch das Landeskriminalamt. Hier geht es vordergründig gegenwärtig beispielsweise darum, die interkulturelle Öffnung von Verbänden, von Institutionen zu ermöglichen, das heißt, die gesellschaftliche Integration weiter zu verbessern. Denn dies ist nach meiner Überzeugung ein richtiger Ansatz, um entsprechende Entwicklungen zu verhindern.

Auch dafür gibt es im Integrationsministerium Qualifizierungsprogramme. Eines davon heißt MEMO II – Management & Empowerment in Migrantenorganisationen – und verfolgt das Ziel, dass die Selbstbestimmung junger Menschen wieder gefördert wird, dass die Interessen wieder selbstständig wahrgenommen und nicht von Dritten gesteuert werden.

Meine Damen und Herren – Herr Kollege Lasotta, Sie haben das angesprochen, die anderen Kollegen auch –, ich bin selbstverständlich auch dafür, dass wir uns jetzt sehr intensiv damit befassen, geeignete Programme für Aussteiger aus dem gewaltbereiten Islamismus als präventiven Baustein einzuführen, was der Beendigung islamistischer Karrieren und der Deradikalisierung – so meine ich jedenfalls – dienen kann. Deshalb werden wir uns auf der Innenministerkonferenz intensiv damit auseinandersetzen, wie Bund und Länder Programme besser vernetzen können, damit nicht jeder das Rad, wenn man so will, neu erfindet.

Ich glaube, es gibt ein gutes Vorzeigebeispiel gerade auch aus Baden-Württemberg – es wurde genannt –: Das ist die Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus, BIG Rex. Ob dies 1 : 1 oder mit Änderungen in diesen Bereich implementiert werden kann, werden wir selbstverständlich sehr sorgfältig prüfen.

(Minister Reinhold Gall)

Nicht unerwähnt lassen will ich auch, dass das Landesamt für Verfassungsschutz im präventiven Bereich letztendlich einen wesentlichen Baustein als Kooperationspartner für die Landeszentrale für politische Bildung liefert. Das Projekt „Team meX“ wurde angesprochen – Herr Glück, da liegen Sie einfach falsch. Das, was dort investiert werden soll, ist nicht gestern, sondern im Prozess der Haushaltsaufstellung entstanden. Sonst könnten Sie es letztendlich auch nicht in den Haushaltsberatungen so schnell finden. Dies ist übrigens ein einzigartiges Projekt in der Bundesrepublik Deutschland. Es wurde in der bisherigen Form leider von niemand anderem aufgegriffen. Es geht darum, auch kostenfreie Fachvorträge in der Jugend- und in der Bildungsarbeit über den Bereich des islamistischen Extremismus anzubieten.

Es wurde gefragt, wer zusammenarbeitet oder ob die Programme nebeneinander laufen. Deshalb will ich auch nicht den Hinweis vergessen, meine Damen und Herren: Es gibt beispielsweise auch die „Beratungsstelle Radikalisierung“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Auch dort pflegen wir eine Zusammenarbeit, und es gibt entsprechende Kontakte zwischen dem Landesamt und dem BAMF. Es bestehen Kooperationen zwischen der Polizei, dem Landesamt sowie dem BAMF.

Ich glaube, ganz erfolglos sind wir in diesem Bereich nicht. Nehmen Sie einfach immer wieder einmal zur Kenntnis, dass es uns in Baden-Württemberg gelingt, Ausreisewillige – insbesondere junge Menschen – an der Ausreise zu hindern. Erst jüngst ist uns dies wieder bei einem Minderjährigen aus dem Raum Bodensee, der nach Syrien ausreisen wollte, gelungen. Das ist eben Ausfluss dieser Angebote, die wir machen. Erfreulicherweise stellen wir fest, dass gerade auch diese Anlaufstellen Eltern dazu dienen, erste Kontakte zu knüpfen, um entsprechende Hilfe zu erhalten.

Meine Damen und Herren, ich will am Schluss ausdrücklich das Angebot aufgreifen, dass wir uns bei den vielen Programmen, die wir in der Tat haben, gemeinsam an die Arbeit machen. Wir haben Ansprechpartner beispielsweise an der Hochschule und eine Vielzahl anderer – – Beispielsweise läuft bei der Landesstiftung immer noch ein Programm. Das wurde jetzt erneuert. Das gab es schon 2010. Es wäre 2014 ausgelaufen und wird jetzt entsprechend verlängert. Dabei geht es um Integration durch soziales Engagement, Integration im weitesten Sinn, nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch für deutsche Staatsbürger. Das Programm ist immerhin mit 1 Million € ausgestattet. Es geht um die Frage, wie das Ganze besser miteinander verbunden werden kann, um einen integrativeren Ansatz all dieser Programme zu erreichen. Mit diesen Bemühungen fahren wir fort.

Es wird Mitte Dezember eine Fachtagung geben, bei der es um Wege aus dem gewaltbereiten Extremismus, um die Auseinandersetzung mit Radikalisierung im Rechtsextremismus, aber auch im salafistischen Bereich geht. Jedenfalls erhoffe ich mir von dieser Veranstaltung, dass wir auch weitere Hinweise erhalten, wo wir sinnvollerweise an die bestehenden Programme anknüpfen können.

Ich habe in der Kürze der Zeit deutlich zu machen versucht: Was machen wir, wo gibt es noch Handlungsbedarf? All das zeigt meines Erachtens deutlich – das sollte man trotz aller Probleme, die wir gegenwärtig haben, sagen dürfen –: Unser

Staat ist wehrhaft, was die Bemühungen anlangt, gerade gewaltbereiten Entwicklungen entgegenzuwirken. Vergleichen Sie einmal: 440 bzw. 450 Personen aus Deutschland sind nach Syrien, in den Irak ausgereist – aus Baden-Württemberg waren es 20. Das spricht schon dafür, dass unsere bisherigen Bemühungen erfolgreich sind.

Nicht nur unser Staat, sondern auch unsere Demokratie ist wehrhaft. Jetzt kommt es darauf an, dass wir diese Verantwortungsgemeinschaft auch als solche begreifen, dass sich jeder an seinem Platz, an seiner Stelle, im Rahmen seiner Möglichkeiten in diesen Prozess entsprechend einklinkt. Dann werden wir dieser Entwicklung, jedenfalls mittelfristig, entgegenwirken können.

In diesem Sinn bedanke ich mich für die Signale der Gemeinsamkeit, die gegeben worden sind. Ich sage Ihnen zu: Wir reichen die Hand, wir sind an Gemeinsamkeit gerade bei diesem Thema interessiert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU meldet sich.)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein, es gibt keine Redezeit mehr, Kollege Dr. Lasotta. Die CDU liegt bei minus zwei Minuten 30 Sekunden. Die Redezeit ist im Minus.

(Zuruf: Minus fünf!)

– Okay. Dann haben Sie noch zweieinhalb Minuten. – Bitte schön, Herr Kollege.

(Zuruf von der CDU: Gekonnt, gekonnt! Beispielhaft!)

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Es ist gut, wenn man den Überblick behält. In der ersten Runde galt eine Redezeit von jeweils fünf Minuten. Wenn dann „minus zwei Minuten 30 Sekunden“ angezeigt wird, bleiben bei insgesamt zehn Minuten Redezeit noch zweieinhalb Minuten übrig. So viel zur Mathematik.

Ich möchte mich ausdrücklich für die positive Grundhaltung bedanken, auch die Gemeinsamkeiten zu betonen. Aber die Debatten in der Gesellschaft laufen natürlich ein Stück weit anders. Denn mittlerweile besteht die Gefahr, dass durch den islamistischen Extremismus die Themen Islam und Islamismus verwechselt werden. Dadurch entsteht ein Bild in der Gesellschaft, das nicht den Tatsachen entspricht. Der Großteil der Muslime ist nämlich friedlich.

Auf der anderen Seite schauen wir nicht genau genug hin, wenn es um Radikalisierung und Parallelwelten von bestimmten Moscheevereinen geht, von Gruppierungen, die sich wirklich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Ich glaube, wir brauchen insgesamt eine entspanntere, eine offenere Debatte und nicht gleich Vorwürfe, wenn man kritisch hinschaut, Herr Gall. Ansonsten wird nämlich die Verantwortungsgemeinschaft, die Sie betont haben, ihrer Aufgabe nicht gerecht.

Der zweite Punkt ist: Ich glaube, wir müssen uns schon überlegen, ob die bisherigen Maßnahmen, die wir zur Bekämpfung der Radikalisierung geschaffen haben, ausreichen, wenn man diese vier M nimmt – männlich, muslimisch, Migrations-

(Dr. Bernhard Lasotta)

hintergrund, Misserfolge –, wie es auch Herr Poreski betont hat. Diese „Karrieren“, die da gestaltet werden, entsprechen schon lange nicht mehr dem Bild, das wir ansonsten wahrnehmen, weil teilweise gut ausgebildete Leute sich radikalisieren, weil plötzlich ganz normale Mitbürger konvertieren, bei denen wir gedacht haben, sie seien auf einem ganz normalen Weg. Ich glaube, da müssen wir noch einen Schritt weiter gehen in der Analyse und auch in der Frage, wie wir die Menschen betreuen und wie wir den Zugang zu ihnen bekommen.

Noch einmal: Ich lege Ihnen ans Herz – ich habe das schon im Frühjahr im Bildungsausschuss gesagt, als dort mein Antrag zum Thema Salafismus behandelt wurde –: In NRW gibt es ein Programm, das eine Sozialraumbetreuung vorsieht, das sehr stark aussteigerorientiert ist. Das ähnelt dem, was wir im Bereich des Rechtsradikalismus machen. Hessen hat ein Programm, das stärker auf die Kompetenz und die Bündelung der unterschiedlichen Aufgaben abhebt. Ich erkenne an: Das Landeskriminalamt macht viel, das Landesamt für Verfassungsschutz, die Sozialarbeit – alle sind dabei, aber oft wissen die Beteiligten nicht voneinander, was gemacht wird, und sind die Ansprechpartner vor Ort nicht vorhanden.

Der dritte Punkt: Ihre Rede, Herr Gall, hat eindrücklich gezeigt, dass das Bild, das Herr Sckerl vom Landesamt für Verfassungsschutz – Stichwort „Schlapphüte“ – gezeichnet hat, endgültig ad acta gelegt ist und dass wir den Verfassungsschutz brauchen – nicht nur für Aufklärung und Beobachtung, sondern auch für präventive Maßnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn diese Debatte dazu beiträgt, dass sich die Grünen von diesem Bild verabschieden, wenn die Grünen nicht mehr sagen: „Wir wollen Personal einsparen“, sondern: „Wir schichten dies in eine positive Kraft um, um den Verfassungsschutz auch insgesamt zu stärken, um unsere Kompetenz in Baden-Württemberg, gerade was das Thema Islamismus betrifft, zu stärken“, dann hat die Debatte etwas gebracht. Sie haben jetzt schon viele Sprünge gemacht, und ich fordere Sie von den Grünen auf, nun auch noch den letzten Schritt zu tun. Dann werden wir Ihnen sogar hier im Parlament Beifall zollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Poreski das Wort.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur einige ganz kurze Kommentare: Es ist natürlich rührend, wenn Sie vonseiten der Opposition uns, die Sozialpolitiker der Koalition, unterstützen wollen. Aber für die Bewilligung der 700 000 € – das kann man nachweisen – haben wir diese Unterstützung wirklich nicht gebraucht. Wir haben diese Programme und deren Verstetigung durchaus in internen Verhandlungen durchgesetzt. Das zeigt auch, dass wir Sozialpolitiker in der Koalition einen starken Stand haben.

Zum Thema Verfassungsschutz: Der Mythos, für die Grünen sei der Verfassungsschutz Teufelszeug,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

ist natürlich völliger Unsinn. Was wir uns aber nicht gefallen lassen dürfen – gerade als demokratische Gesellschaft dürfen wir uns das nicht gefallen lassen –, ist, dass eine Debatte über den Verfassungsschutz tabuisiert wird. Ich habe viele Debatten hier im Parlament und auch in Ausschüssen erlebt – Sie waren zum Teil dabei – und habe dabei beispielsweise darauf hingewiesen, dass die Rolle des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit den NSU-Opfern – die zum Teil zu Tätern erklärt worden waren – durchaus einer Aufarbeitung bedarf. Darauf gab es bislang keine Reaktion.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Ich freue mich, dass wir jetzt auf einem anderen Weg sind. Aber die Tabuisierung einer Institution in einem demokratischen Staat führt uns in solchen Debatten auch nicht weiter. Wenn wir wirklich besser werden wollen, müssen wir auch darüber offen diskutieren. Alles andere wäre übrigens, Herr Kollege Glück, auch illiberal.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des
Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Für den Kampf gegen den Extremismus haben wir viele Programme. Diese müssen – da hat Kollege Lasotta völlig recht – miteinander vernetzt sein. Uns ist es aber wichtig – deshalb habe ich vorhin auch diese lange Aufzählung gemacht –, dass sie in eine politische Gesamtstrategie, die in weiten Teilen auch vorhanden ist, noch besser eingebunden und verwoben werden.

Eine ganzheitliche Sozialpolitik kann sich nicht darauf reduzieren lassen, zu sagen: „Wir haben viele Programme; jetzt brauchen wir einfach nur noch mehr Programme.“ Wir brauchen vielmehr einen ganzheitlichen Ansatz, der eines ganz klar erkennt: Über Demokratie und Menschenrechte Menschen zu belehren wird uns nichts nützen, wenn die angesprochenen Menschen dies nicht auch gleichzeitig real in ihrem Leben erleben – beispielsweise dadurch, dass sie vor Diskriminierung geschützt werden, oder dadurch, dass wir in unseren Schulen zu Toleranz und zu Akzeptanz von gesellschaftlicher Vielfalt erziehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 3 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“ – Drucksache 15/6049

b) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

c) Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Vorläufiges Ruhenlassen der Arbeit der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg – Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“ – Drucksache 15/6047

Die Fraktionen haben sich für die Aussprache auf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion verständigt.

Für die CDU-Fraktion darf ich das Wort Herrn Abg. Hauk erteilen.

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die erschreckenden Bilder der Hooligan-Gewaltexzesse in Köln lassen schlimme Erinnerungen an Zeiten aufkommen, die wir alle längst hinter uns geglaubt hatten. Grölende und gewaltbereite Massen verletzen Polizistinnen und Polizisten und zerstören wahllos Eigentum.

Die Vorkommnisse in Köln waren mehr als ein Warnschuss für unsere Demokratie. Es zeigt sich – auch dank der Aufklärungsarbeit der Verfassungsschutzbehörden und der Polizeibehörden –, dass zwischen Hooligans und Rechtsextremen sehr enge Verbindungen bestehen. Vor allem ist es auch möglich, unter Einsatz neuer, moderner Kommunikationsmittel sehr schnell gewaltbereites Aktionspotenzial auf die Straße zu bringen.

Das muss uns alle erschrecken – und das umso mehr, wenn man sich vor Augen führt, dass vor etwa drei Jahren das Mordtrio des NSU aufgefliegen ist, dessen Mitglieder eine andere Form der Gewaltbereitschaft gepflegt haben, nämlich, Morde zu verüben und damit, wenn man so will, sogar Terrorismus auszuüben.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Bedrohung durch Extremisten – egal, welcher Couleur, auch durch Rechtsextremisten – in unserem Staat real. Diese Bedrohung darf nicht verheimlicht oder verniedlicht werden, sondern überall dort, wo Bedrohungslagen bestehen, muss hierüber aufgeklärt werden. Diesen Themen müssen sich auch parlamentarische Untersuchungsausschüsse stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir, die CDU-Fraktion, haben uns, als vor wenigen Monaten darüber diskutiert wurde, wie denn die NSU-Mordserie parlamentarisch zu behandeln sei, einem Untersuchungsausschuss nicht verschlossen. Aber die parlamentarische Mehrheit in diesem Haus hat sich, maßgeblich von der SPD getrieben, für eine Enquetekommission entschieden. Wir haben damals unsere Zusage gegeben, auch hieran konstruktiv mitzuarbeiten. Wir waren von Anfang an skeptisch, aber als konstruktive Opposition haben wir diesen Weg mitgetragen.

Doch die Arbeit der Enquete stand leider von Anfang an unter keinem guten Stern. Die Zusammenarbeit innerhalb der Regierungskoalition war schwierig. Schließlich wurde die Enquete schon bald, noch bevor sie ihre Arbeit eigentlich richtig aufgenommen hatte, durch die Gutachtenaffäre und die äußerst fragwürdige Vorgehensweise der Kollegen Halder, Sckerl und Lede Abal mit Vollgas an die Wand gefahren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass mit dem Untersuchungsausschuss nun ein Neuanfang in dieser Frage gewagt wird. Wir haben uns dem nicht verschlossen, und wir haben eigene Vorstellungen eingebracht. Ich will vor allem auch dem Kollegen Claus Schmiedel herzlich danken, der in der vergangenen Woche mit uns gemeinsam daran gearbeitet und dafür gesorgt hat, dass ein gemeinsamer Einsetzungsantrag zustande kam, ein Antrag, den alle vier Fraktionen in diesem Haus unterschreiben und den sie mittragen können.

Wir wollen diesen Antrag nun befördern, weil wir – wie alle in diesem Haus – höchstes Interesse daran haben, dass die Mordserie aufgeklärt wird, dass die dahinterstehenden Netzwerke aufgeklärt werden und dass Klarheit über die Frage hergestellt wird, warum gerade nach Baden-Württemberg so viele Verbindungen von dem NSU ausgingen. Das ist ja kein bloßer Zufall. Ich glaube nicht, Herr Innenminister, dass dies alles nur Zufall war – so, wie die Ermittlungsgruppe „Umfeld“ es uns als Ergebnis präsentiert hat. Es müssen vielmehr andere Dinge dahinterstehen.

Dazu ist es notwendig, zu schauen, ob die Verfassungsschutzbehörden und das Landeskriminalamt in dieser Frage zusammengearbeitet haben, in welcher Art und Weise dies geschah und wie dort insgesamt ermittelt wurde. Es wird natürlich auch gefragt werden müssen, was denn passiert ist, nachdem vor drei Jahren bekannt wurde, dass die Verantwortung für die Morde in der Täterschaft des NSU liegt, vor allem die Verantwortung für den Mord an Michèle Kiesewetter. Denn dieser Zeitraum ist bislang gänzlich unbeleuchtet geblieben. Dabei wusste man seit November 2011, wonach man suchen musste.

Uns interessiert natürlich schon die Frage: Was haben die Behörden in dieser Zeit denn getan, als man bereits wusste, wonach zu suchen war? Ich danke sehr dafür, dass auch diese Fragen in den Einsetzungsantrag aufgenommen wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Motive der Naziterrorbande und deren Umfeld, deren Netzwerke, all das, was diese Menschen bewegt und motiviert hat und was sie zu diesen schrecklichen Taten veranlasst hat, muss in Gänze betrachtet und aufgearbeitet werden.

Es wurde hier schon einiges getan. Ich habe die Ermittlungsgruppe „Umfeld“ angesprochen. Die Frage ist aber: Hat dies ausgereicht? Deshalb ist auch zu prüfen, ob behördliches Versagen vorgelegen hat, und zwar nicht nur ab November 2011, sondern natürlich auch vorher. Beleuchtet werden müssen Ermittlungspannen und Ermittlungsrichtungen, sowohl solche, die bekannt sind, als auch solche, die unbekannt sind.

Ich glaube, der Untersuchungsausschuss hat jede Menge Arbeit vor sich. Die genannten Fragen müssen gestellt werden. Deshalb werden wir auch dem heute vorliegenden Antrag zur Einsetzung und zum Auftrag des Untersuchungsausschusses einstimmig zustimmen.

Es war in den vergangenen Jahren gute Tradition, dass die Fraktionen bei einer gemeinsamen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses auch einem gemeinsamen Personalvorschlag zugestimmt haben, weil wir das Recht einer jeden Frak-

(Peter Hauk)

tion respektieren und nicht antasten wollen, aus ihrem Kreis diejenigen zu entsenden, die sie für geeignet hält. Diese Tradition muss heute leider unterbrochen werden – nicht wegen der Opposition, sondern wegen des uneinsichtigen und selbstgerechten Verhaltens der Grünen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Frau Präsidentin, ich komme gleich zum Ende.

Ich stelle fest: Der Untersuchungsausschuss kommt, weil die Enquetekommission gescheitert ist. Das Scheitern der Enquetekommission hat Ursachen. Diese sind an bestimmten Namen festzumachen. Diese Namen lauten Sckerl, Lede Abal und Halder. Es ist unerträglich, wenn Menschen, denen man unwiderlegt Unwahrheiten vorhalten muss – sie haben dies auch im Parlament bisher nicht widerlegt –, Mitglied eines Untersuchungsausschusses werden sollen und andere zur Wahrheit verpflichtet.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zurufe von den Grünen – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Wahrheit ist das! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Peter Hauk CDU: Diese Personen belasten diesen Untersuchungsausschuss, sie sind eine schwere Hypothek. Sie können sich von dieser Hypothek ganz einfach befreien. Herr Sckerl, ziehen Sie sich einfach davon zurück. Die Fraktion GRÜNE fordere ich auf, einen anderen Personalvorschlag zu machen. Wir sind damit einverstanden, dass wir über die in Ziffer 4 Buchstabe b der Tagesordnung aufgeführten Wahlen ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Unglaublich!)

Abg. Peter Hauk CDU: ... erst in der nächsten Woche abstimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass sich die Fraktionen im Präsidium auf eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion geeinigt haben.

(Zuruf von der CDU: Kleinkariert!)

– Nein, das ist nicht kleinkariert.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Doch, das ist kleinkariert!)

Das Präsidium hat über die Redezeiten zu entscheiden. Ich bitte die Rednerinnen und Redner, sich an die festgelegte Redezeit zu halten.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt stoppe ich die Zeit aber auch!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Zitat beginnen. Es lautet:

Wir haben eine Frau gesucht, und wir haben sie gefunden.

Dieses Zitat stammt aus dem Jahr 2009. Es stammt vom damaligen Chef des Landeskriminalamts. Er hat damit den vermeintlichen Erfolg beschrieben, die sogenannte Phantommörderin ermittelt zu haben.

Wie wir heute alle wissen, hat sich später herausgestellt, dass die Genspur, die beim Heilbronner Polizistenmord und an 40 weiteren Tatorten gefunden wurde, nicht von einer „Phantommörderin“ stammte, sondern von einer Verpackerin in einer bayerischen Firma, die u. a. Wattestäbchen produziert hat. Deshalb ist dieser Vorgang auch als „Wattestäbchenaffäre“ bezeichnet worden.

Dass es sich bei den Morden des NSU um die Taten von Rechtsterroristen handeln konnte, wurde damals nicht erkannt. Genau deshalb, meine Damen und Herren, weil dies nicht erkannt wurde, weil es bis heute keine befriedigende Antwort darauf gibt, wie so etwas geschehen konnte, ist es richtig und wichtig, dass wir heute gemeinsam die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschließen, der diese und viele weitere Fragen – es sind insgesamt 20 Fragenkomplexe – zu klären hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es geht also um eine Mordserie, die von der Terrorgruppe NSU verübt wurde. Es geht um zehn Morde in der Zeit von 2000 bis 2007, um den Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn, um Morde an Kleinunternehmern ausländischer Herkunft, von denen acht aus der Türkei und einer aus Griechenland stammten. Sie erinnern sich sicherlich an die damalige Debatte über diese Vorfälle. Die Schlagworte lauteten „Dönermorde“, „Halbmond“ oder „Bosporus“. Es wurde über die Ursachen gerätselt. Es wurden Angehörige der Opfer verdächtigt, und immer neue Spuren verliefen im Sand. Die Situation war insbesondere für die Familien der Ermordeten unerträglich.

Auch das ist ein ganz entscheidender Grund, warum wir diesen Untersuchungsausschuss brauchen. Es geht nämlich darum, dass Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund einem System folgend ermordet wurden und die Sicherheitsbehörden viel zu lange gebraucht haben, um dieses System zu erkennen. Erst durch die Enttarnung des NSU im November 2011 wurde das Ausmaß der Mordserie deutlich. Die Öffentlichkeit war und ist zu Recht erschüttert.

(Abg. Joachim Kößler CDU: Wir auch!)

Sie erwartet zu Recht Aufklärung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Diese Aufklärung wollen wir gemeinsam in Baden-Württemberg leisten – besonders in Baden-Württemberg, denn wir sind durch den Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter und den Mordversuch an ihrem Partner bei der Polizeistreife unmittelbar betroffen. Auch in diesem Zusammenhang muss man auf ungeklärte Fragen hinweisen, etwa auf den Ableger des Ku-Klux-Klans in Schwäbisch Hall. Zwei Polizeibeamte waren Mitglied dieses deutschen Ablegers des Klans. Sie durften weiter im Dienst bleiben. Einer davon war der Zugführer der Polizeieinheit der ermordeten Polizistin Kiesewetter. Auch diese Tatsache gilt es zu beleuchten und im Untersuchungsausschuss zu bearbeiten. Daran wollen wir intensiv mitwirken, meine Damen und Herren. Das ist auch ein wichtiger Auftrag.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Frage ist: Mit wem? Mit wem wollen Sie mitwirken? Reden Sie zum Thema! – Gegenrufe von den Grünen, u. a.: Das ist das Thema! – Unglaublich!)

– Das Thema dieser Debatte ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, Herr Kollege Zimmermann. Der Antrag liegt Ihnen vor. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen, dass ich es für ein gutes und wichtiges Signal halte, dass dieser Antrag von allen im Landtag vertretenen Fraktionen gemeinsam getragen wird.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jetzt ist die Zeit um!)

Ich will an dieser Stelle auch der SPD-Fraktion für die Initiative danken, namentlich dem Kollegen Schmiedel, insbesondere für die Federführung bei der Zusammenführung der unterschiedlichen Fragen, die jetzt alle in einem guten Antrag zusammengefasst worden sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zu einem letzten Punkt kommen. Es geht darum, die vielen offenen Fragen sowie die Rolle der Justiz, der Sicherheitsbehörden und des Landesverfassungsschutzes im Untersuchungsausschuss zu beleuchten. Er ist das geeignete Instrument für diesen Blick zurück.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sagen Sie einmal etwas zu Herrn Sckerl!)

Die Enquetekommission, deren Arbeit jetzt ruht, kann das geeignete Instrument sein, um im Anschluss den Blick nach vorn zu richten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt ist die Zeit um!
– Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt ist die Redezeit überzogen!)

Ja, es hat sich gezeigt, meine Damen und Herren, dass es der Enquetekommission nicht gelungen ist, den Blick nach hinten zu wagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie liegt schon zwei Minuten über der Zeit, Frau Präsidentin!)

Das liegt zum einen daran, dass die Rechte einer Enquetekommission unklar sind. Es liegt auch an Fehlern, die vonseiten der grünen Mitglieder gemacht worden sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Welcher Mitglieder?)

Das will ich auch hier zugestehen. Konkret hat der Kollege Wilhelm Halder gegen parlamentarische Gepflogenheiten verstoßen. Er hat diesen Fehler eingestanden. Er hat sich entschuldigt und den Ausschussvorsitz abgegeben.

Auch Kollege Lede Abal hat sich für seinen Fehler entschuldigt, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU – Weitere Zurufe von der CDU – Glocke der Präsidentin)

– Sie sollten mir zuhören.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe. Die Rednerin möchte ich bitten, zum Ende zu kommen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Vier Minuten!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich sage an dieser Stelle ganz klar und deutlich, dass in Bezug auf die Frage, welche Rechte die Enquetekommission hat, die in einer Stellungnahme der Landtagsverwaltung behandelt worden ist, Herr Kollege Sckerl sich nichts hat zuschulden kommen lassen.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Die grüne Landtagsfraktion steht hinter dem Kollegen Sckerl. Wir weisen Unterstellungen, die hier formuliert wurden, zurück. Sie entsprechen nicht der Wahrheit.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bis zur Konsequenz!)

Ich appelliere an Sie und hoffe, ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: ... dass Sie dem parlamentarischen Brauch, Herr Kollege Hauk, den Sie hier als guten Brauch angesprochen haben, dass man den Personalvorschlägen der Fraktionen in diesem Haus einhellig zustimmt, auch dieses Mal folgen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Doppelte Redezeit! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 25. April 2007 gab es den Mordanschlag auf zwei Polizisten in Heilbronn. Für Michèle Kiesewetter endete dieser Mordanschlag tödlich. Erst viereinhalb

(Claus Schmiedel)

Jahre später, am 4. November 2011, wurde durch die Selbsttötung zweier vermutlicher Bankräuber der Zusammenhang zu den Rechtsradikalen und zu den Nazi-Morden insgesamt deutlich.

Dieser lange Abstand von viereinhalb Jahren – zu den anderen Morden noch länger –, in denen diese schrecklichen Taten unaufgeklärt blieben, wirft natürlich Fragen auf, weil bei Morden ansonsten eine extrem hohe Aufklärungsquote herrscht. Warum also ausgerechnet bei dieser Mordserie nicht?

Fragen wirft auch auf, dass sich dieses Mördertrio jahrelang unbemerkt auch in Baden-Württemberg aufhalten konnte. Da muss es Verbindungen, Unterstützungen, Sympathien geben. Sonst hätte dies alles nicht geschehen können.

Fragen wirft es auch auf, wenn sich Ableger des Ku-Klux-Klans in Baden-Württemberg etabliert hatten und es Verbindungen in die Polizei hinein gab oder gibt. Auch stellt sich natürlich die Frage, welche Beziehungsgeflechte aus dieser Szene, aber auch aus der Musikszene oder sonstigen Strukturen in Baden-Württemberg zu diesen Nazi-Mördern geherrscht haben.

Deshalb ist die Einsetzung des Untersuchungsausschusses richtig. Er startet aber mit einer Hypothek, und zwar der Hypothek, dass der erste Aufklärungsversuch über die Enquete-Kommission aus den bekannten Gründen gescheitert ist.

Ich bin gestern schon etwas erschrocken gewesen, Herr Kollege Dr. Rülke, dass, noch bevor der Untersuchungsausschuss eingesetzt wird, angekündigt wurde: Auch dieser Untersuchungsausschuss wird scheitern.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, warum?)

Ich möchte deshalb an alle appellieren: Ein Scheitern dürfen und wollen wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pröfrock?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Deshalb sage ich in aller Deutlichkeit: Dieser Untersuchungsausschuss besteht aus elf Abgeordneten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Noch nicht!)

– Er wird aus elf Abgeordneten bestehen, voraussichtlich unter der Leitung von Wolfgang Drexler.

Nicht nur meine Fraktion, sondern, so glaube ich, auch die Öffentlichkeit erwartet, dass sich diese Abgeordneten allesamt am Riemen reißen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

sich um die Sache kümmern

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

und keine Nebenkriegsschauplätze in den Untersuchungsausschuss verlagern.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dazu ist das Thema zu ernst. Deshalb möchten wir unterstreichen: Wir haben einen sehr positiven Anfang, indem es in wirklich extrem kurzer Zeit gelungen ist, all die Fragen, die von unserer Fraktion, von der CDU, von den Grünen, von der FDP/DVP kamen, in ein Gesamtpaket zu integrieren, das völlig unstrittig ist, aber in der Öffentlichkeit bisher noch keine große Rolle spielt. Wir wollen aber, dass genau diese Fragen in das Zentrum der Arbeit des Untersuchungsausschusses gestellt werden.

Deshalb bitten wir Sie sehr herzlich darum, dass nach dem heutigen Tag die absolute Konzentration auf das erfolgt, was unser Auftrag als Gesamtparlament in dieser Sache ist, nämlich so viel Licht wie möglich in diese schrecklichen Zusammenhänge zu bringen, in die Baden-Württemberg – leider – verstrickt ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war schon ein gewagter Schnitt vonseiten der SPD, dass man nun doch auf einen Untersuchungsausschuss setzt und die havarierte Kommission sozusagen auf der Sandbank zurücklässt.

Das war ein gewagter Schnitt, aber es gab auch ein Aufatmen – das darf man sagen –, und zwar quer durch alle Fraktionen, ein Aufatmen nach den Strapazen und nach den Zumutungen der Enquetekommission. Wir haben jetzt eine Grundlage, wir haben eine Chance für eine neue, bessere Aktion, für eine klarere und zügigere Aktion. Wir haben ohne großes Geplänkel, ohne Hahnenkämpfe und ohne Prestigewettbewerbe einen gemeinsamen Untersuchungsgegenstand gefunden. Das ist eigentlich ein guter Ansatz. Dazu ist von meinen Vorrednern schon viel gesagt worden. Dazu bedarf es keiner Wiederholung, keiner Ergänzung.

Meine Damen und Herren, was passiert jetzt? Jetzt hängen die Grünen dem neuen Gaul gleich einen Mühlstein um den Hals, den er meines Erachtens gar nicht tragen kann. Ein Journalist hat gestern Frau Sitzmann gefragt, was sie denn davon halte, dass man sich mittlerweile in rechten Internetforen über einen Sprecher der Grünen im Untersuchungsausschuss mit seinem merkwürdigen Verhältnis zur Wahrheit oder zur Unwahrheit lustig mache. Frau Sitzmann hat – ich sage einmal so – mit naivem Stolz geantwortet, sie kenne sich nicht aus in rechten Foren.

Liebe Frau Sitzmann, wenn wir da nicht hinschauen wollen, dann brauchen wir überhaupt keinen Ausschuss, um etwas zu untersuchen.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Führen wir uns den Hergang noch einmal kurz vor Augen, nur in Stichworten. Zwei Abgeordnete der Grünen in der Kommission, darunter der Vorsitzende, lügen so glatt und deutlich

(Dr. Ulrich Goll)

vor Journalisten und vor Kommissionsmitgliedern, dass der Vorsitzende anschließend zurücktreten muss und sich der Abgeordnete ebenfalls aus dem Gremium zurückzieht.

So weit, so gut. Man könnte meinen, so weit reicht das gemeinsame Gefühl für Recht und Anstand noch, wenn nicht alles nur taktisch bestimmt war.

Dann aber stellt sich heraus, dass hinter den beiden ein Drahtzieher stand, dass hinter den Lügen ein Drahtzieher stand, dass es eine Anleitung – –

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

– Sie können die Aufforderung, eine Lügengeschichte zu erzählen, in der Zeitung lesen. Da geht es auch nicht um Halbwahrheiten, sondern das war schlicht und einfach die Aufforderung, eine Lügengeschichte zu erzählen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dieser Drahtzieher – bisher ohne Sitz in einschlägigen Gremien – soll jetzt in den neuen Untersuchungsausschuss. Meine Damen und Herren, das ist eine Provokation.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Genau!)

Jetzt kann man sich fragen: Welche Einstellung steckt hinter einer solchen Provokation? Die Antwort ist ganz einfach: Es ist die gleiche Einstellung, die die ganze Gutachtenaffäre prägt

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Es gibt keine Gutachtenaffäre!)

und die jetzt in gewisser Weise in dieser letzten Aktion gipfelt. Ich möchte sie so umschreiben: „Was beliebt, ist auch erlaubt.“

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Wir sind das Gesetz.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn andere schlimme Dinge tun, dann sind das schlimme Dinge. Wenn wir sie tun, ist das alles erklärbar und entschuldigbar.“

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

„Wir legen hohe Maßstäbe an“ – so Frau Sitzmann gestern. „Wir legen hohe Maßstäbe an“ – aber eben nur an die anderen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Joachim Kößler CDU: An die anderen!)

An die Adresse der Grünen gerichtet: Wenn Sie mit dieser Einstellung durchkommen, dann könnte man den Glauben an die Politik verlieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bravo! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Aber es bleibt ein Rest Optimismus, auch weil Ihnen jetzt zum ersten Mal ein bisschen der Wind der öffentlichen Meinung ins Gesicht bläst. Deswegen habe ich noch Hoffnung. Ich habe die Hoffnung, dass schließlich klar wird: Auch für die grünen Freunde der doppelten Moral darf nicht alles erlaubt sein, was beliebt, meine Damen und Herren.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den interfraktionellen Antrag Drucksache 15/6049.

Ein Geschäftsordnungsantrag, bitte schön, Herr Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses abzustimmen. Es ist deutlich geworden: In allen vier Fraktionen herrscht großer Konsens, dass der Untersuchungsausschuss eingesetzt werden soll und dass der Einsetzungsauftrag im Sinne aller Fraktionen gefasst sein soll.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Was aber nicht im Sinne aller Fraktionen ist, das sind die Personalvorschläge.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Geschäftsordnung, Herr Kollege!)

Es ist, glaube ich, auch deutlich geworden, dass die vier Fraktionen unterschiedliche Auffassungen zu diesen Personalvorschlägen haben.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Deshalb lehnen wir es ab, in einem gemeinsamen Vorschlag nun die Personalvorschläge der Grünen durchzuwinken.

Wir beantragen daher eine geheime Abstimmung über die Personalvorschläge.

(Zuruf: Sehr gut!)

Wir beantragen auch, dass über jeden einzeln geheim abgestimmt wird. Denn wir wollen wissen, was die wahre Meinung der Abgeordneten zu diesen Personen ist.

Wir haben von der Landtagsverwaltung die Auskunft bekommen, dass § 97 a der Geschäftsordnung keine ausdrückliche Regelung hierfür vorsehe und man daher vorschläge, hilfsweise § 96 der Geschäftsordnung heranzuziehen. § 96 der Geschäftsordnung regelt aber die Abstimmung über Sachanträge. Aus Sicht unserer Fraktion besagen die Bestimmungen der Geschäftsordnung und des Untersuchungsausschussgesetzes keineswegs, dass das Verfahren bei der Abstimmung über Sachanträge bzw. über Teile von Sachanträgen auf das Verfahren bei der Wahl von Mitgliedern eines Untersuchungsausschusses zu übertragen sei.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

§ 33 der Geschäftsordnung verweist hinsichtlich der Einsetzung des Untersuchungsausschusses auf die Regelungen des Untersuchungsausschussgesetzes. Wenn dort nichts geregelt ist, greift wiederum die Geschäftsordnung. § 4 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes schreibt nur vor, dass die Mitglieder aufgrund der Vorschläge der Fraktionen gewählt werden und jede Fraktion entsprechend ihrer Stärke mit mindestens einem Mitglied vertreten sein muss.

Hinsichtlich des Wahlverfahrens muss § 97 a der Geschäftsordnung Anwendung finden, wo bestimmt wird, dass bei Wahlen geheime Abstimmung stattfindet. Durch Handzeichen kann nur abgestimmt werden, wenn kein Abgeordneter widerspricht – was hier nicht der Fall ist. Hieraus geht nur hervor, dass eine Fraktion ein Vorschlagsrecht bezüglich einer bestimmten Zahl von Mitgliedern im Untersuchungsausschuss hat, aber kein Recht, dass der Vorschlag in genau dieser Zusammensetzung gewählt wird.

Unabhängig davon ist die FDP/DVP-Fraktion der Auffassung, dass eine Übertragung des Verfahrens bei der Abstimmung über Sachanträge bzw. über Teile von Sachanträgen auf das Verfahren bei der Wahl von Mitgliedern eines Untersuchungsausschusses nicht gerechtfertigt ist.

Da wir aufgrund der geschilderten Rechtslage der Ansicht sind, dass es sich bei der Einzelwahl um ein Abgeordnetenrecht des Landtags von Baden-Württemberg handelt und dieses Recht den im Landtag vertretenen Fraktionen zusteht, behalten wir uns für den Fall, dass unserer Rechtsauffassung nicht gefolgt wird, eine Klärung vor dem Staatsgerichtshof vor.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort zur Geschäftsordnung darf ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei erteilen.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion bezieht sich auf die dargestellte Position der Verwaltung. Ich will an dieser Stelle aber insbesondere auch grundsätzliche politische Erwägungen hervorheben, warum wir den Vorschlag auf Einzelabstimmung ablehnen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Es handelt sich um die autonome Entscheidung einer Fraktion. Dies steht für uns ganz oben. Hier hat jede Fraktion ihre Verantwortung, die sie auch wahrnimmt. Daher kann es unseres Erachtens nur um eine Abstimmung im Sinne einer Annahme oder einer Ablehnung eines Gesamtvorschlags gehen. Die SPD lehnt daher diesen Teil des Antrags der FDP/DVP ab.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Schwarz für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktionen sind – abgeleitet aus Artikel 21 des Grundgesetzes – eigenständige verfassungsjuristische Personen. Sie haben das Recht, ihre Angelegenhei-

ten selbst zu regeln. Dazu gehört auch, dass die Fraktionen selbst darüber entscheiden, welche Personen sie in Gremien entsenden.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Diese Befugnis der Fraktionen ist verfassungsrechtlich ganz klar abgesichert. Sie können das auch gern nachlesen. Ähnlich hatte auch schon Professor Kirchhof in einem Gutachten aus dem Jahr 2001 argumentiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jeder blamiert sich, so gut er kann!)

Deswegen hält unsere Fraktion an den bisherigen Gepflogenheiten hier im Landtag fest. Das Recht auf geheime Wahl, das es nach § 97 a der Geschäftsordnung gibt, ist klar. Sie wird so durchgeführt. Den Antrag der FDP/DVP aber, die einzelnen Personen geheim zu wählen, lehnen wir ab, da wir dem Status der Fraktionsautonomie hier höheres Gewicht beimessen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde vorschlagen, dass wir entsprechend der Tagesordnung vorgehen und zunächst über den interfraktionellen Antrag Drucksache 15/6049 abstimmen. Wenn dann das Thema „Separate Wahl“ ansteht, stimmen wir darüber entsprechend dem Antrag der FDP/DVP ab.

Deshalb stelle ich jetzt den interfraktionellen Antrag Drucksache 15/6049 zur Abstimmung. Wer dem interfraktionellen Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

Wir wählen zunächst die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Dem Untersuchungsausschuss gehören elf ordentliche und elf stellvertretende Mitglieder an.

Es liegen vier Wahlvorschläge der Fraktionen für die Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder vor (*Anlagen 15 bis 18*). Ich lasse zunächst über den Wahlvorschlag der CDU abstimmen. Wer dem Wahlvorschlag –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der FDP/DVP-Antrag ist der weiter gehende! – Unruhe bei der CDU)

– Also möchten Sie grundsätzlich, bei jedem Wahlvorschlag, separate Abstimmung?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Antrag war, über jede einzelne Person abzustimmen! – Gegenruf von der CDU: Geheim! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Was ist eigentlich die Meinung der Landtagsverwaltung?)

– Bei jedem Wahlvorschlag, auch beim Wahlvorschlag der CDU und beim Wahlvorschlag der FDP/DVP. Dann lasse ich über diesen Vorschlag auf separate Wahl abstimmen.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

(Widerspruch bei der CDU – Zurufe von der CDU:
Geheim! – Geheime Abstimmung!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind zwei Punkte. Das eine ist die geheime Wahl, und das andere ist die separate Wahl. Ich lasse jetzt über den Vorschlag, dass man separat wählt, abstimmen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja! Genau!)

Wer diesem Antrag auf separate Wahl zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Zuruf von der CDU: Minderheit!)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es gibt auch noch Enthaltungen!)

– Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt komme ich zu dem Antrag, dass wir grundsätzlich geheim abstimmen. Wenn geheime Wahl gewünscht wird, werden wir geheime Wahl durchführen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Darüber brauchen wir nicht abzustimmen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist beschlossen!)

– Genau.

Dann kommen wir jetzt zu dem Wahlvorschlag der Fraktion der CDU. Wenn Sie geheime Wahl wünschen, dann werde ich jetzt Mitglieder für eine Wahlkommission, die die Wahl begleitet, bestimmen. Ich darf Herrn Abg. Dr. Bullinger, Frau Abg. Heberer, Frau Abg. Kurtz, Frau Abg. Lindlohr und Herrn Abg. Locherer bitten, diese geheime Wahl zu begleiten.

Es befinden sich zwei Wahlkabinen im hinteren Bereich des Plenarsaals,

(Unruhe)

der nicht einsehbar ist,

(Minister Franz Untersteller: Stopp!)

also hinter der Wand, die sich hinter dem Präsidium befindet. Dort erhalten Sie auch den Stimmzettel und den Wahlumschlag.

(Abg. Claus Schmiedel SPD meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

Herr Abg. Schmiedel.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir haben doch den Wahlvorgang schon eröffnet!)

– Nein.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Präsidentin! – Der Wahlvorgang ist noch nicht eröffnet.

(Zuruf: Doch!)

– Nein. Es wurde nur darauf hingewiesen, wo gewählt wird.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das war eine rein lokale Information.

Ich halte es für unnötig, dass wir viermal hintereinander in die Wahlkabine gehen. Wir können doch alle vier Wahlzettel zusammen ausfüllen. An den Listenvorschlägen ändert sich ja nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen sowie der Ministerin Katrin Altpeter und des Ministers Franz Untersteller – Minister Dr. Nils Schmid: Das kann man machen!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein guter Vorschlag.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Das bedeutet, dass wir über alle vier Wahlvorschläge gemeinsam abstimmen. Es ist ganz klar, dass pro Wahlvorschlag eine Stimme abgegeben wird.

Das ändert aber nichts am Prozedere sowie daran, dass sich zwei Wahlkabinen im hinteren Bereich des Plenarsaals befinden. Die Stimmzettel werden ausgeteilt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo sind die Stimmzettel? Wie sehen sie aus? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt alles geklärt. Die Stimmzettel werden Ihnen ausgehändigt. Kollege Locherer, der Mitglied der Wahlkommission ist, nimmt vom Rednerpult aus den Namensaufruf gemäß § 97 a der Geschäftsordnung vor. Die aufgerufenen Abgeordneten bitte ich, sich nach und nach in den hinteren Bereich des Plenarsaals zu den Wahlkabinen zu begeben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte hören Sie mir doch zu!

(Zurufe: Pst!)

Sie erhalten dort von Herrn Abg. Dr. Bullinger die Stimmzettel und einen Wahlumschlag. Frau Abg. Kurtz hält in einer Liste fest, wer die Stimmzettel und den Wahlumschlag entgegengenommen hat.

Füllen Sie bitte die Stimmzettel in einer der beiden Wahlkabinen aus, indem Sie bei dem Wahlvorschlag der jeweiligen Fraktion Ihre Stimmabgabe – also Ja oder Nein oder „Enthaltung“ – vermerken.

Bitte beachten Sie folgende Hinweise: Nicht beschriebene Stimmzettel oder solche, auf denen „Enthaltung“ vermerkt ist, gelten als Stimmenthaltung.

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

Gewählt ist, wer mehr Ja- als Neinstimmen erhält.

Bitte gehen Sie nach dem Verlassen der Wahlkabine den Durchgang weiter zur Regierungsbank auf der anderen Seite und weiter zum Rednerpult, wo die Wahlurne bereitsteht.

Frau Abg. Heberer kontrolliert den Einwurf der Stimmzettel in die Wahlurne. Frau Abg. Lindlohr wird in einer Namensliste festhalten, welche Abgeordneten gewählt haben.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Die Mitglieder der Wahlkommission bitte ich, ihre Stimme am Schluss abzugeben.

Wir treten nun in die Wahlhandlung ein. Ich bitte Herrn Abg. Locherer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf und Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, alle anwesenden Abgeordneten haben ihre Stimme abgegeben. Deshalb schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Wahlergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Ich unterbreche die Sitzung, bis das Wahlergebnis feststeht.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:14 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:40 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, das Wahlergebnis liegt nun vor.

Ich gebe zunächst das Wahlergebnis für den Wahlvorschlag der CDU bekannt:

An der Wahl haben sich 134 Abgeordnete beteiligt.

Auf den Wahlvorschlag sind 131 Jastimmen entfallen, mit Nein haben drei Abgeordnete gestimmt; niemand hat sich enthalten. Ungültig waren null Stimmzettel.

Dieser Wahlvorschlag hat also mehr Ja- als Neinstimmen erhalten. Damit sind die vorgeschlagenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder gewählt.

Ich gebe das Wahlergebnis für den Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE bekannt:

An der Wahl haben sich 134 Abgeordnete beteiligt.

Auf diesen Wahlvorschlag sind 68 Jastimmen entfallen; mit Nein haben 65 Abgeordnete gestimmt; ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Ungültig war kein Stimmzettel.

Der Wahlvorschlag hat also mehr Ja- als Neinstimmen erhalten. Damit sind die vorgeschlagenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder gewählt.

Ich gebe das Wahlergebnis für den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD bekannt:

An der Wahl haben sich 134 Abgeordnete beteiligt.

Es gab 127 Jastimmen, sechs Neinstimmen und eine Enthaltung.

Der Wahlvorschlag hat also mehr Ja- als Neinstimmen erhalten. Damit sind die vorgeschlagenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder gewählt.

Ich gebe das Wahlergebnis für den Wahlvorschlag der Fraktion der FDP/DVP bekannt:

An der Wahl haben sich wiederum 134 Abgeordnete beteiligt.

Es gab 129 Jastimmen, drei Neinstimmen und zwei Enthaltungen. Ungültig war kein Stimmzettel.

Damit sind das vorgeschlagene Mitglied und das stellvertretende Mitglied gewählt.

(Unruhe)

Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Wahlkommission bedanken. Sie war bei der Auszählung eine „schnelle Truppe“. Sie hat das sehr professionell gemacht. Wir bedanken uns ganz herzlich.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Wir kommen nun zur Wahl des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses. Nach § 6 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes steht der Fraktion der SPD das Vorschlagsrecht für die Wahl des Vorsitzenden zu. Die Fraktion der SPD schlägt Herrn Abg. Wolfgang Drexler zur Wahl vor.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir müssen es nicht geheim machen!)

Sind Sie mit einer offenen Wahl einverstanden? –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei Herrn Drexler schon!)

Ja.

Dann möchte ich diejenigen, die Herrn Abg. Wolfgang Drexler zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchten, um das Handzeichen bitten. –

(Zurufe von der SPD: Oi!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Herr Abg. Drexler einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Kollege Drexler,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja.

(Zuruf: Wie in der Kirche!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. Ich gratuliere Ihnen zur Wahl und wünsche Ihnen für diese wichtige Arbeit sehr viel Erfolg.

Wir haben nun den stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zu wählen. Das Vorschlagsrecht dafür steht der Fraktion der CDU zu. Sie schlägt Herrn Abg. Thomas Blenke vor. Ich gehe davon aus, dass auch hier offene Wahl gewünscht ist.

(Zuruf)

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Wer Herrn Abg. Thomas Blenke zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kollege Blenke einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich frage auch Sie – wo ist er denn? –,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Hier!)

Herr Kollege Blenke, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Thomas Blenke CDU: Ja.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Auch Ihnen gratuliere ich ganz herzlich und wünsche Ihnen viel Erfolg.

Wir haben nun noch über den interfraktionellen Antrag Drucksache 15/6047 abzustimmen, mit dem der Landtag die Feststellung trifft, dass die Arbeit der Enquetekommission bis zur Beschlussfassung des Landtags über den Abschlussbericht des soeben eingesetzten Untersuchungsausschusses ruht. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Somit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung – Drucksache 15/5294

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur – Drucksache 15/5923

Berichterstatter: Abg. Winfried Mack

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese LBO-Novelle macht das Bauen in Baden-Württemberg und die Mieten teurer. Diese LBO-Novelle ist ein Griff in die obrigkeitstaatliche und in die grüne Mottenkiste.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Man muss sich nur anschauen, was die Zeitungen titeln. Die FAZ titelt: „Jetzt kommt die Zwangsbegrünung“. Und weiter: „Konjunktur für Gärtner und Juristen“. Und „Die Welt“ titelt: „Die absurde Efeunovelle der grün-roten Regierung“.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die LBO ist spezielles Polizeirecht. Das Baupolizeirecht nutzen jetzt die Grünen, um ihr Wahlprogramm aus den Achtzigerjahren endlich hier ins

Gesetzblatt zu bringen. Aus dieser Mischung aus Baupolizeirecht und grünem Urwuchs ist ein geradezu lächerlicher Gesetzentwurf entstanden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Dazu ein paar Kostproben: Fassaden- und Dachbegrünung für alle, das ist einfach Unfug. Was soll das bringen? Das Ministerium hat erklärt, das soll den Luftfeuchtehaushalt eines Quartiers ausgleichen. Aber kommt im Sommer die Hitzeperiode, dann ist der Dachgarten längst trocken. Die Begrünung des innerstädtischen Bereichs muss am Boden erfolgen. Es ist einfach unerlässlich, dort diese Begrünung zu machen. Wir brauchen mehr Wasseroberflächen, mehr Brunnen und entsiegelte Parkplätze. Aber wo wird über diese Fragen entschieden? Im Bebauungsplan und im Gemeinderat. Das Baugesetzbuch des Bundes besagt, genau dort muss es hin, genau dort wird es entschieden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

In § 9 Absatz 1 Nummer 25 Buchstabe a des Baugesetzbuchs finden Sie bereits die Regelung der Dach- und der Fassadenbegrünung.

Eine weitere Kostprobe: Zwangsverpflichtung zu zwei überdachten diebstahlgesicherten ebenerdigen Fahrradstellplätzen pro Wohnung. Mit solchen Kinkerlitzchen beschäftigt sich die Landesregierung von Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Fahradstellplätze – das totale grüne Muss. Sie können nicht durch Gemeinderatsbeschluss vermieden werden, sie können nicht abgelöst werden; nicht einmal durch ein Fahrradparkhaus können sie abgelöst werden. Hingegen darf jetzt die Zahl der Pkw-Stellplätze auf null gesetzt werden. Das Fahrrad kann man leichter wegpacken, aber das Auto kann man nicht wegpacken. Deswegen, liebe Grüne: Wir müssen endlich einmal den Leuten ihre Freiheit lassen, welches Verkehrsmittel sie wählen wollen, und dürfen nicht immer alle Leute grün bevormunden in diesem Land.

(Beifall bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schwarz?

Abg. Winfried Mack CDU: Bitte schön, Herr Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Mack, Sie haben das Thema Stellplätze angesprochen. Wenn Sie in den Entwurf der Landesbauordnung schauen, stellen Sie fest, dass das als örtliche Bauvorschrift ausgeprägt ist. Das heißt, dass die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte darüber entscheiden können, wie sie mit dem Thema Stellplätze umgehen. Haben Sie, hat die CDU-Fraktion so wenig Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung? Ich bin doch sehr darüber verwundert, Herr Kollege, wie Sie den Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung handhaben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Minister
Franz Untersteller: Er hat den Entwurf doch gar nicht
gelesen!)

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Kollege Schwarz, zum einen zum Thema Vertrauen: Mein Vertrauen in Sie ist gerade ziemlich auf null, und zwar deshalb, weil Sie gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“ aus der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur berichtet haben und dadurch in der Berichterstattung ein völlig falscher Eindruck entstanden ist. Ich habe den Eindruck, Sie sind bei Herrn Sckerl in die Schule gegangen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Schwarz?

Abg. Winfried Mack CDU: Wenn es nicht auf meine Redezeit angerechnet wird, sehr gern.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein, natürlich nicht.

Abg. Winfried Mack CDU: Bitte schön, Herr Schwarz, noch eine Zwischenfrage.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Mack, ist Ihnen bekannt, dass über die Gesetzesberatung im Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur ein Bericht verfasst wurde und dass dieser Bericht gestern Nachmittag öffentlich zugänglich war und somit auch den „Stuttgarter Nachrichten“ zugänglich war und dass ihn jeder im Internet lesen kann?

(Beifall bei den Grünen)

Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt haben Sie eine schöne Aussage.

(Unruhe bei den Grünen)

Dieser Bericht ist heute auf den Bänken gelegen, und Sie haben einfach einen kleinen Ausschnitt wiedergegeben, jedoch einen völlig falschen Eindruck erweckt.

(Zurufe von den Grünen)

Ich möchte fortfahren. – Weitere Vorschriften kommen in diesem LBO-Gesetzentwurf hinzu. In Kuhställen ist künftig eine Alarmanlage einzubauen. Für den Hühnerstall ist ein Fluchtplan auszuarbeiten. Als ob der Landwirt nicht in besonderer Weise um das Wohl seines Viehs besorgt wäre, kommen jetzt die Grünen mit solchen Vorschriften.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Da lachen die Hühner!)

Nur bei einer Sache wird der Nachbarnschutz und werden alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften ausgesetzt. Wenn man ein niedliches, kleines Kleinwindrad in seinen Garten stellen will, hat man nach diesem Gesetz einen Anspruch darauf. Man darf keinen Apfelbaum zum Nachbarn hin pflanzen, man darf kein Gartenhaus größeren Ausmaßes in seinen Garten bauen, aber ein Kleinwindkrafttrad darf man in seinen Garten bauen. Dazu sagt die offizielle Gesetzesbegründung wörtlich, mit diesem „Rechtsanspruch“ zur Errichtung von Kleinwindanlagen solle

die Abweichung von bauordnungsrechtlichen Vorgaben wie z. B. den Abstands- oder Brandschutzvorschriften erleichtert werden.

Man muss sich einfach einmal auf der Zunge zergehen lassen, was das für ein Rechtsverständnis ist. Einerseits schreibt man alles vor – Efeu usw. –, und auf der anderen Seite, wenn es um 10 m hohe Kleinwindanlagen im Garten geht, gelten der Nachbarnschutz und der Brandschutz nicht mehr. Das ist grüne Politik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir lehnen dieses Gesetz heute im Ganzen ab. Denn wenig an diesem Gesetz ist akzeptabel und widerspruchsfrei. Dass der Massivholzbau jetzt in allen Gebäudeklassen ermöglicht wird, ist zwar richtig,

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

aber wenn Bauen mit Holz etwas Gutes ist, warum schränken die Grünen dann ständig die Bewirtschaftung der Wälder ein?

(Abg. Karl Rombach CDU: So ist es!)

Die CDU ist nicht der Meinung, man könne eine fortschrittliche und ökologisch sinnvolle Baupolitik betreiben, indem man das Baupolizeirecht derart überreizt. Ihre LBO-Novelle, Herr Minister Hermann, kommt daher wie Oberwachtmeister Alois Dimpfelmoser im „Räuber Hotzenplotz“.

(Unruhe bei den Grünen – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Dimpfelmoser benutzte übrigens auch immer das Fahrrad, und er hatte auch eine Pickelhaube auf.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Also hier der Dimpfelmoser und dort, wenn Sie wollen, der Räuber Hotzenplotz.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir von der CDU wollen eine zukunftsfähige Baukultur. Wir glauben, dass man die nicht über mehr Vorschriften erreicht, sondern über einfachere, klarere und besser verständliche Vorschriften. Da haben wir doch noch einiges zu leisten, beispielsweise wenn es um eine wirklich fortschrittliche Energiepolitik im Bauwesen geht.

(Glocke der Präsidentin)

Wenn man diesen Gesetzentwurf anschaut – –

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Mack, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Abg. Winfried Mack CDU: Jawohl, mache ich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wenn man diesen Gesetzentwurf anschaut, sieht man eines: Das Motto der grün-roten Regierung lautet „Gemeinsam weniger erreichen“ – so, wie es in der Werbekampagne von Minister Untersteller heißt.

(Minister Franz Untersteller: Mein Gott!)

(Winfried Mack)

Weil das so ist, ist das Motto der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg:

(Glocke der Präsidentin)

In 16 Monaten ist Wahl. Da heißt es: Zukunft statt grüne Motenkiste.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Lachen bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Lindlohr.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Fabelstunde des Kollegen Mack jetzt zur Sache.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Stefan
Fulst-Blei SPD – Zurufe von der CDU)

Wir beraten über die Novellierung der Landesbauordnung. Wir werden überkommene Regelungen in der Landesbauordnung streichen, beispielsweise das bisherige Verbot von Holz als Baustoff bei größeren Gebäuden, und wir werden gute Regeln für neue Anforderungen an das Bauen aufnehmen, beispielsweise zur Barrierefreiheit. Wir bringen also die Landesbauordnung auf die Höhe der Zeit, und deshalb unterstützt meine Fraktion dieses grün-rote Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

In der Vorrede der CDU nicht vorgekommen und auch in der GesamtAbstimmung von ihr nicht mitgetragen sind die Vereinfachungen, die wir in der Landesbauordnung vornehmen. Dafür zwei Beispiele:

Erstes Beispiel: Geneigte Dachflächen müssen in geeigneter Weise bei der Ermittlung eingerechnet werden, wie die Abstände zwischen Gebäuden zu halten sind. Das ist Bestandteil der Landesbauordnung.

Was haben CDU und FDP/DVP bei der letzten Novelle der Landesbauordnung vor vier Jahren dazu beschlossen? Herr Kollege Mack war der zuständige Sprecher für die damalige Regierungsfraktion CDU. Sie haben damals einen furchtbaren baden-württembergischen Sonderweg mit einer komplizierten Formel beschlossen. Alle Praktiker waren damals dagegen. Sie haben es trotzdem gemacht. Heute vereinfachen wir mit grün-roter Mehrheit diese Formel. Wir nehmen uns der Formel der Musterbauordnung an. Statt komplizierten schwarz-gelben gibt es einfache grün-rote Regelungen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Zweites Beispiel: Holz als Baustoff; ich habe es schon erwähnt. Hier gab es bisher ein Verbot, Holz bei höheren Gebäuden einzusetzen. Dieses Verbot aus schwarz-gelber Zeit schaffen wir ab. Mehr Freiheit!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Klaus Herrmann CDU: Brandschutz!)

– Ja, Herr Kollege Herrmann ist auch nicht auf der Höhe der Zeit. Das Verbot war nämlich ohne sachlichen Grund. Holz

kann bei richtigem Einsatz die erforderliche Brandfestigkeit und die erforderliche Standfestigkeit erbringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Dazu gibt es Zertifikate. Damit fördern wir diesen ökologischen, kostengünstigen und heimischen Baustoff.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir modernisieren die Landesbauordnung entlang der Anforderungen aus der Gesellschaft. Das zeigt sich bei der Barrierefreiheit. Dazu haben wir im Ausschuss noch eine Änderung zum Gesetzentwurf der Landesregierung beschlossen. Aufgrund dieser Änderung muss künftig nicht nur – wie bisher geregelt – die barrierefreie Erreichbarkeit, sondern auch die barrierefreie Nutzbarkeit der Wohnung und ihrer Funktionsräume gegeben sein. Das nehmen wir nicht einfach so aus dem Raum. Wir legen hier eine DIN-Norm zugrunde, die die Architektinnen und Architekten, die Planerinnen und Planer gut kennen.

Diese Änderung kostet etwas. Das sollten wir hier ehrlich ansprechen. In einem Neubau ein Bad mit mehr Platz zu bauen kostet mehr, als ein sehr kleines Bad zu bauen. Aber diesen Kosten steht ein hoher Wert gegenüber. Die Wohnung hat für ihre Bewohner einen höheren Nutzen, und wir brauchen diese Wohnung in der älter werdenden Gesellschaft. Wie viel teurer ist es denn, diesem Bedarf nicht jetzt mit einer Regelung für den Neubau entgegenzukommen, sondern abzuwarten und in Kauf zu nehmen, dass nach und nach Wohnungen auf barrierefreien Standard umgebaut werden müssen? Letzteres ist viel, viel teurer. Deswegen nehmen wir hier eine Neuausrichtung vor.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt kommen wir zum Bereich der Mobilität und der Modernisierungen hier. Herr Kollege Mack hat im Vorfeld und auch hier einen großen Popanz aufgebaut. Er beschwört das grüne Begrünungsgespenst. Das liegt wahrscheinlich daran, dass er selbst Angst vor den Grünen hat oder irgendwie Pickel bekommt, weil er sich von seinem Platz verdrängt sieht.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dabei sieht jeder, der den entsprechenden Absatz in der Novelle der Landesbauordnung liest, dass die Begrünung im Neubau nur dann zum Zuge kommt, wenn es keine Grünfläche gibt und wenn es zumutbar ist.

Was steht in der Zeitung? Sie haben dazu einiges zitiert. Aber entgegen dem, was Sie zitiert haben, steht in der „Süddeutschen Zeitung“ von heute, man habe den Eindruck, die Landesregierung traue sich gar nicht so richtig viel. Also, Sie sehen: Ihre Deutung ist nur eine von mehreren.

Wenn die CDU für Bürokratieabbau sein könnte, nämlich bei den Verfahrenserleichterungen für solare Bauten am Gebäude, die wir hier vorsehen, ist sie dagegen. CDU-Einsatz für Bürokratieabbau: nicht vorhanden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Andrea Lindlohr)

Wo sich der Kollege Mack aber endgültig mit der hervorgeholten Ideologiekeule selbst eins überbrät, ist beim Thema Fahrradstellplätze. Ich lese aus der Landesbauordnung vor:

In Wohngebäuden der Gebäudeklassen 3 bis 5 müssen zur gemeinschaftlichen Benutzung zur Verfügung stehen ...

leicht erreichbare und gut sowie möglichst ebenerdig zugängliche Flächen zum Abstellen von Fahrrädern; diese Flächen dürfen auch im Freien liegen, wenn sie wettergeschützt sind.

Das ist Bestandteil der Landesbauordnung. Wer hat sie verabschiedet? Schwarz-Gelb. Wer hat sich überhaupt schon einmal dem Thema Fahrradabstellplätze gewidmet, das von Herrn Kollegen Mack hier gerade als „Kinkerlitzchen“ bezeichnet wurde? Kollege Mack hat die Vorschrift hierzu selbst beschlossen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

Das stammt aus Landesbauordnungsnovellen aus Ihrer Regierungszeit. Sie hätten es streichen können. Sie haben es aber nicht gemacht. Sie haben die Vorschrift zu den Fahrradabstellplätzen in der Landesbauordnung – gültig ab 2010 – hier im Parlament Ende 2009 so beschlossen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Nein, gerade nicht. – Was wir jetzt vorsehen, entspricht gesellschaftlichen Anforderungen. Immer mehr Leute haben immer mehr und immer teurere Fahrräder. Im Neubau sollten wir diesen Anforderungen Rechnung tragen. Es gibt jetzt schon die Pflicht. Wir werden hier jetzt präziser und machen eine örtliche Bauvorschrift daraus, die pro Wohnung zwei Stellplätze, die eine wirksame Diebstahlsicherung ermöglichen, vorsieht. Die CDU ist dagegen. Aber dass die Leute stattdessen ihr Fahrrad in die Wohnung mitnehmen sollen, wie mir ein Verband einmal sagte, kann wohl nicht Ihre Position sein.

Allergrößtes Unverständnis haben wir dafür, dass Sie nicht bereit sind, unserem Vorschlag zu folgen, dass die Kommunen in Zukunft selbst in ihren Satzungen regeln können, wie viele Kfz-Stellplätze sie pro Wohnung vorsehen. Sie gehen nicht auf die Anforderungen ein. Dieser Vorschlag gibt den Kommunen mehr Rechte. Er verbilligt das Bauen. Aber Sie sind dagegen. Damit zeigen Sie: Sie sind nicht bei der Sache.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des
Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich das Wort Herrn Abg. Maier.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt eine Rede von Herrn Mack gehört, einem Politiker, der es so richtig ausnutzt,

einmal richtig draufzuschlagen, aber wahrscheinlich keinem Praktiker, der mit der LBO überhaupt einmal gearbeitet hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Für mich war die LBO jahrzehntelang Arbeitsinstrument. Wir hatten in unserer Stadt Baurechtszuständigkeit. Ich kann sagen, dass das, was hier vorliegt, eine maßvolle Änderung und Weiterentwicklung der Landesbauordnung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es!)

Das Spektakulärste haben wir schon ins Gesetz geschrieben. Das ist die Rauchwarnmelderpflicht. Sie tritt ab 1. Januar 2015 in Kraft und ist eine gute und sichere Sache.

Aus der Sicht des Praktikers sieht man in der Novelle der LBO vor allem folgende Themen: Es gibt verbesserte Regelungen zu den Abstandsflächen. Wir schaffen Erleichterungen bei den Grenzbebauungen. Die Anzeigepflicht bei Grundstücksteilungen erleichtert die Arbeit der Genehmigungsbehörden. Wir treffen Vorkehrungen zum Brandschutz bei der Tierhaltung. Das ist nicht lächerlich, sondern es bringt auch in Bezug auf die Versicherung Vorteile. Wir schaffen Klarheit bei der Verwendung von Bauprodukten.

Wir beseitigen Rechtsunsicherheiten bei erneuerbaren Energien. Es gibt Verfahrenserleichterungen bei der nachträglichen Wärmedämmung, Klarstellungen beim Kenntnisgabeverfahren und eine Ausweitung des kommunalen Satzungsrechts. Nach diesen neuen Vorschriften kann man den nachwachsenden Baustoff Holz stärker beim Bauen verwenden.

Dass das gar nicht so schlecht ist, wie vonseiten der Opposition getan wird, sieht man daran – ich berichte jetzt ausdrücklich aus der Sitzung des Ausschusses –, dass die CDU im Ausschuss von 32 Punkten, die wir verändert haben, 18 Punkten zugestimmt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Streichen Sie die anderen 14, und wir stimmen zu!)

Diese Gesetzesnovelle greift aktuelle Veränderungen und künftige Entwicklungen auf. Sie geht auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft ein. Die Mobilität ändert sich. Neben einem zunehmenden Autoaufkommen verzeichnen wir eine Zunahme der Zahl von Fahrrädern, vor allem von hochwertigen Fahrrädern und Elektrofahrrädern. Dafür braucht es Platz. Es geht nicht, dass sie in der Garage über, unter oder neben das Auto gestellt, irgendwo hineingepresst werden. Es sind auch andere Anforderungen an Stellplätze gestellt. Es werden Autostellplätze vorgesehen. Warum sollen nicht auch Fahrradstellplätze vorgesehen werden? Es ist höchste Zeit, dass das kommt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Rapp?

Abg. Klaus Maier SPD: Bitte, ja.

(Minister Franz Untersteller: Es kann jetzt nur noch besser werden!)

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Herr Kollege Maier, ich habe eine Frage bezogen auf das, was vorher gesagt wurde. Sie haben stringent die Barrierefreiheit angesprochen. Jetzt haben wir es von den Fahrradabstellplätzen und von der Reduzierung der Zahl der Pkw-Stellplätze. Gehen wir jetzt davon aus, dass jemand, der mit Behinderung lebt, grundsätzlich nur Fahrrad fährt, oder kann er vielleicht auch die Möglichkeit haben, mit dem Pkw ans Haus zu kommen?

(Zurufe, u. a.: Wohnwagen!)

Abg. Klaus Maier SPD: Wir haben an alles gedacht, an alle Menschen, die Probleme haben, und an alle Menschen, die andere Fahrzeuge als Autos haben. Wir haben hier den Gemeinden einen ganz großen Freiraum gelassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Diese LBO ist sehr gut praktikabel.

Zur Begrünung: Das wird natürlich immer als Aufreger genommen. Aber schauen Sie das jetzige Baurecht an. Wir haben das Recht auf Betonwüste. So sieht es auch manchmal in den Städten aus. Es ist höchste Zeit, dass wir uns weiterentwickeln. Bei jeder modernen Stadtplanung sehen Sie, dass Grün verwendet wird, dass die Architekten und auch die Bauherren sich größte Mühe geben, bessere Lebensqualität in die Städte zu bringen. Das unterstreichen wir. Wir geben hier den Fingerzeig, dass mehr Grün in die Städte kommt und damit die Lebensqualität verbessert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Das Gesetz hat auch eine sehr soziale Seite. Das war vor allem uns Sozialdemokraten wichtig. Ich bedanke mich da auch bei meiner Kollegin Sabine Wölfle, die immer gedrängt und gedrückt hat, dass man hier auch etwas Richtiges hineinbringt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mussten Sie gedrängt werden?)

Das ist die neue Regelung. Wir gehen auf den demografischen Wandel, auf die Bedürfnisse der älteren Menschen und der Menschen mit Behinderungen ein.

Mit der LBO greifen wir die Energiewende auf. Wir unterstützen sie. Wir geben den Bauherren hier mehr Möglichkeiten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Windrad!)

Bei allen großen Aufregerthemen, die jetzt hochgespielt werden, aber eigentlich Kleinigkeiten sind, erkennt man bei genauem Hinsehen, dass dieses Gesetz nichts Unmögliches verlangt. Bei der Begrünung, bei den Fahrradabstellplätzen, bei behindertengerechten Wohnungen, sogar bei den Bäckereien mit Sitzgelegenheiten – das war in der Anhörung ein großes Thema – haben die Genehmigungsbehörden genügend Spielraum und Flexibilität, um Härten zu vermeiden oder um besondere Umstände zu berücksichtigen.

Wir hören dann immer das Klage lied vom teuren Bauen. Ich habe schon in der ersten Lesung gesagt: Teuer wird das Bauen, wenn man etwas unterlässt und es später nachholen muss. Dazu, dass man vorausschauend und richtig baut, dient auch die Gesetzesnovelle.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich nenne nur zwei Beispiele. Denken wir an ältere Menschen. Der Bau von behindertengerechten Wohnungen bringt volkswirtschaftlich unheimlich viel, wenn Menschen mit Behinderung oder ältere Menschen dadurch länger in der eigenen Wohnung bleiben können und nicht in ein Pflegeheim müssen. Das hat das Prognos-Institut eindeutig festgestellt.

Wer bei der Begrünung immer auf die Kosten schaut – da kann man auch Rabatt bekommen –, sollte auch die neue Rechtsprechung zur gesplitteten Abwassergebühr bedenken. Da wird Begrünung positiv angerechnet. Es gibt also auch Win-win-Situationen. Diese Landesbauordnung nimmt sie auf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Novellierung der Landesbauordnung war eine umfangreiche Arbeit. Es fand ein breiter, interessanter Dialog statt. Es liegt ein guter Gesetzentwurf vor. Ich danke Ihnen, Frau Staatssekretärin Splett, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese Arbeit. Wir werden zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vorgesehenen Novellierungen der Landesbauordnung sind Meilensteine des Bürokratieaufbaus.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie sind sozial und ökologisch fragwürdig. Es ist klar – Sie erwarten es ja auch nicht anders –, dass wir von der Opposition das kritisieren. Aber ich will jetzt einmal diejenigen zitieren und anführen, die sich tagtäglich damit beschäftigen.

Wie bereits in der ersten Lesung – es ist mir wichtig, dies ins Protokoll zu bringen – zitiere ich die Gesamtbewertung des Baden-Württembergischen Handwerkstags:

Die Einführung neuer Pflichten sieht der BWHT äußerst kritisch. Statt Anreize für mehr Wohnungsbau zu setzen, werden potenzielle Bauherren abgeschreckt. Bauen soll komplizierter, regulierter und teurer werden. Wir sehen nicht, wie unter diesen Bedingungen mehr Wohnraum geschaffen werden soll.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die LBO-Novelle verfolgt zwar hehre Ziele, überlässt die Kosten dafür aber den Bauherren und somit unmittelbar auch den Mietern und mittelständischen Betrieben.

(Zuruf des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Wir haben dazu bereits die Beispiele gehört: Fahrradabstellplatzpflicht, Fassadenbegrünung, faktische Abschaffung des

(Jochen Haußmann)

Kenntnisgabeverfahrens. Das alles trägt dazu bei, dass sich die Gesamtprojektkosten erhöhen.

(Abg. Klaus Maier SPD meldet sich.)

– Herr Maier, ich habe gesehen, dass Sie sich gemeldet haben. Ich kann jetzt aber keine Zwischenfrage zulassen, weil ich sonst zeitlich mit meinen Punkten nicht durchkomme. Vielleicht ist am Ende meiner Ausführungen noch genügend Zeit.

Ich bin Ihnen von Grün-Rot ausdrücklich dankbar, dass Sie die öffentliche Anhörung am 24. September zugelassen haben. Für eine Regierung des Gehörtwerdens

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Selbstverständlich!)

ist das selbstverständlich, ganz genau. Es ist dann noch einmal ein Unterschied, ob man die Punkte, die in der Anhörung zur Sprache kommen, auch aufnimmt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Überhört!)

Ich möchte drei Punkte herausgreifen. Die wohnungswirtschaftlichen Verbände haben erhebliche Bedenken zum Thema Fassadenbegrünung. Es drohen Mehrkosten, insbesondere bei der späteren aufwendigen Pflege und Unterhaltung, die vor allem die Nebenkosten der Mieter erhöhen. Nach Ihrer Auffassung ist die Landesbauordnung sozial und ökologisch. Das stelle ich hier ganz bewusst infrage.

Die Einschränkung des Kenntnisgabeverfahrens trifft vor allem Familien, die Reihenhäuser kaufen oder bauen. Denn bei ihnen kommt es, auch wenn vom Bebauungsplan her das gesamte Baufenster ausreicht, immer automatisch bei den einzelnen Häusern, vor allem bei den Mittelhäusern, zu Überschreitungen. Da schlagen Sie zu. Wir wissen, dass dann die Gebühren gegenüber dem Kenntnisgabeverfahren sehr deutlich, teilweise um ein Mehrfaches ansteigen und die Familien belasten. So etwas bezeichnen Sie dann als eine soziale Novellierung der LBO.

Der Baden-Württembergische Handwerkstag hat ganz vehement die Belastung der Bäckereien durch die Problematik der Barrierefreiheit angesprochen. Er fürchtet, dass es nicht zuletzt dadurch, aber auch durch andere Formalitäten wie Mindestlohn usw., die Sie alle mitentwickelt haben, zunehmend zu einem Rückgang der Bäckereifacets insbesondere im ländlichen Raum kommt.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Dies ist ein beeindruckender Beitrag zur sozialen Novellierung der LBO.

Der Deutsche Mieterbund sieht die Fassadenbegrünung bei Mehrfamilienhäusern kritisch und spricht davon, dass es durch die kostensteigernden Regelungen der LBO noch schwieriger wird, bezahlbare Wohnungen zu bauen. So etwas bezeichnen Sie dann als soziale Novellierung der LBO.

Zu den Zielsetzungen der LBO gehört das Thema „Sicherheit beim Bauen“. Die LBO soll Verfahren beschleunigen, sie soll günstiges Bauen ermöglichen. Die jetzige Novellierung der

Landesbauordnung verabschiedet sich von den eigentlichen Zielsetzungen der LBO.

Gestatten Sie mir am Ende noch einen Hinweis auf eine Forderung der Landesvereinigung Bauwirtschaft. Sie sagt:

... schwierige Rahmenbedingungen bremsen nach wie vor das Wachstum auf dem Bau. Hier ist die Politik gefordert, künftig vernünftige Weichen zu stellen.

Anstatt Impulse für den Wohnungsbau zu setzen, sorgt Grün-Rot mit dieser LBO-Novellierung für einen weitgehenden Eingriff in die Eigentumsrechte, der das Bauen teurer macht, ökologisch garniert mit Efeu an den Fassaden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett das Wort.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf hat sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt, die LBO sozial und ökologisch zu modernisieren. Wir setzen damit um, was wir uns zu Beginn der Legislaturperiode vorgenommen haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

Ein wichtiges Ziel hierbei ist es, das Angebot an barrierefreiem Wohnraum zu vergrößern. Bauvorgaben in der LBO sind ein wesentliches Instrument, um dies zu erreichen. Der Markt allein richtet es nicht, weil es hier um zukünftige Bedarfe geht.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Da die Anforderungen in der derzeitigen Landesbauordnung dem gestiegenen Bedarf nicht Rechnung tragen, muss hier angepasst werden. Auch bezüglich des Klimaschutzes, Naturschutzes und Umweltschutzes besteht ein deutliches gesetzliches Defizit, auf das wir nun reagieren. Wir wollen die Landesbauordnung zukunftsfähiger machen, indem wir Veränderungen im Mobilitätsverhalten unterstützen, z. B. durch eine Verbesserung der Fahrradinfrastruktur.

Meine Damen und Herren, auch außerhalb des Landes ist man inzwischen darauf aufmerksam geworden, dass wir hier eine Gesetzesnovelle haben. „Efeu an Fassaden, Dächer über Radständen“ titelte neulich „Die Welt“. Richtig daran ist: Wir wollen etwas verändern. Wir wollen eine zeitgemäße, moderne Landesbauordnung. Dabei regeln wir Dinge mit Augenmaß und ohne die Landesbauordnung insgesamt zu überfrachten.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Denn Neuregelungen stehen Vereinfachungen gegenüber. Das wurde auch schon angesprochen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Im Moment nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Würde ich an Ihrer Stelle auch nicht!)

Mit der Gesetzesnovelle greifen wir gesellschaftliche Entwicklungen auf. Wir sorgen dafür, dass vorhandene sinnvolle technische Lösungen, die bislang nicht in ausreichendem Umfang zur Anwendung kommen, bei Neubaumaßnahmen vorgesehen werden.

Der heutigen zweiten Lesung gingen viele Gespräche und eine intensive Auseinandersetzung mit zahlreichen Stellungnahmen voraus. In ganz vielen Fällen beschreiten wir einen Mittelweg zwischen unterschiedlichen Anforderungen und Wünschen, die an uns herangetragen wurden. Auch deshalb geht der Vorwurf, dass die Novellierung ideologiegetrieben sei, vollkommen ins Leere.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Schön, wenn Sie das glauben!)

Meine Damen und Herren, der Verkehrsausschuss hat nochmals wichtige Verbände zu dem Gesetzentwurf angehört. Aus unserer Sicht haben sich daraus keine neuen Erkenntnisse oder Sachverhalte ergeben,

(Lachen des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist das der Mittelweg?)

die eine Änderung des Gesetzentwurfs erforderlich machen würden.

Im Übrigen – das möchte ich hier auch einmal festhalten – liegen uns keine Änderungsanträge der Opposition vor. Da gab es keinen Inhalt, es gab nur Polemik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Auf wesentliche Punkte dieser Anhörung möchte ich eingehen. Die wichtigste soziale Maßnahme im Gesetzentwurf ist die Verbesserung der Barrierefreiheit im Wohnungsbau. Dies wurde bereits angesprochen. In den Wohnungen sollen zukünftig die Wohn- und Schlafräume sowie Bad und Küche nicht nur mit dem Rollstuhl zugänglich, sondern künftig auch barrierefrei nutzbar sein. Dies soll in mehr Wohnungen der Fall sein, indem schon in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen eine Etage barrierefrei eingerichtet werden soll.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Badewanne ist dann eben!)

Die Verbände vor allem der Wohnungswirtschaft wenden sich unter Hinweis auf die Kosten gegen eine Ausweitung der Barrierefreiheit im Wohnungsbau.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Barrierefreies Bauen lässt sich leider nicht immer ohne jegliche Mehrkosten umsetzen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das merkt man!)

aber der Gesetzgeber hat bereits in der jetzt gültigen Vorschrift Vorsorge getroffen, indem er bei unverhältnismäßigen Mehrkosten keine Barrierefreiheit verlangt. Daran ändern wir nichts.

Daher beruht die Kritik mancher Verbände, man müsse künftig allein wegen der Barrierefreiheit Aufzüge einbauen, auf einem Missverständnis. Man hätte den Gesetzestext einmal genau anschauen müssen.

Außerdem sollte man nicht aus den Augen verlieren, dass mehr barrierefreier Wohnraum mehr Komfort für uns alle bedeutet. In barrierefreiem Wohnraum können ältere Menschen länger in ihren vertrauten Wänden leben. Dies entlastet öffentliche, aber auch private Haushalte in erheblichem Umfang bei den Pflege- und Unterbringungskosten. Und es ist natürlich viel günstiger, neu barrierefrei zu bauen, als später teuer umzubauen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann baut es der Schwabe von sich aus! Der braucht Sie nicht dazu!)

Ein ergänzender Hinweis noch zur Änderung von § 39 Absatz 3: Ausnahmen von der gesetzlichen Verpflichtung, öffentlich zugängliche Gebäude umfassend barrierefrei herzustellen, sollen künftig nur im Einzelfall erfolgen dürfen. Diese Änderung ist eine notwendige Klarstellung der bereits geltenden Rechtslage. Daher wird weder die Rechtslage noch die bewährte Handhabung bei der Zulassung kleinerer Bäckereien mit Sitzgelegenheiten in irgendeiner Weise nachteilig berührt. Die diesbezügliche Kritik des Handwerkstags – das war dessen Hauptkritikpunkt bei der Anhörung – beruht ganz klar auf einem Missverständnis.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Ziel der Novelle ist es, die Nachhaltigkeit im Baurecht zu stärken, denn gerade mit baubezogenen Maßnahmen kann ein spürbarer Beitrag zum Klimaschutz, zum Naturschutz und zum Schutz der Umwelt geleistet werden. Der Gesetzentwurf wird dieser ökologischen Zielsetzung durch unterschiedliche Maßnahmen gerecht. Die vielleicht wichtigste Maßnahme ist die Aufnahme einer allgemeinen Pflicht zur Schaffung von Fahrradstellplätzen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man so sagen!)

Die meisten Verbände halten im Übrigen diese Maßnahmen in der Sache für richtig. Trotz dieser Erkenntnis beklagen einige, dass es das Bauen verteuern würde. Auch hierzu ist zu sagen: Das wird im Vergleich mit den Gesamtbaukosten regelmäßig nicht wirklich ins Gewicht fallen. Außerdem wurde diese Regelung mit Augenmaß formuliert. Die Pflicht, beim Neubau zwei Fahrradstellplätze pro Wohnung einzuplanen, gilt nicht, wenn die Stellplätze nach Art, Größe oder Lage der Wohnung nicht erforderlich sind.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie einmal ein Beispiel!)

Dem Klima-, Natur- und Umweltschutz dienen aber auch noch weitere Maßnahmen, die wir vorsehen wollen, so insbesondere die bauordnungsrechtliche Erleichterung der Nutzung regenerativer Energien, die erweiterte Verwendung von Holz als Baustoff und nicht zuletzt die Pflicht zur Begrünung von baulichen Anlagen. Es gilt schon heute – das merken Sie, wenn

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Sie einmal in die LBO schauen –, dass die nicht überbauten Flächen der bebauten Grundstücke Grünflächen sein müssen, soweit diese Flächen nicht für eine andere Verwendung benötigt werden. Wir ergänzen diese Regelung um die Aussage: Wenn so dicht gebaut wird, dass neben dem Gebäude kein Platz für Grün ist, dann soll das Gebäude nach Möglichkeit begrünt werden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Herr Mack, haben Sie einmal versucht, eine Fassadenbegrünung im Bebauungsplan vorzuschreiben?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist das unsere Idee?)

Das geht nämlich nicht so einfach. Deswegen braucht es diese Änderung in der Landesbauordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Zeigen Sie mir den wilden Wein!)

Gerade in so dicht bebauten Quartieren beeinflusst Begrünung das Kleinklima positiv, erhöht die Aufenthaltsqualität und ist ein Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, ja!)

Es gibt Verbände, die bemängeln, dass die gesetzlichen Anforderungen zu unklar seien. Auch hier gilt: Es gibt viele erprobte kostengünstige Lösungen – bis dahin, dass Kosteneinsparungen bei der Außenfassade möglich sind, wenn man gut plant. Die Vorschrift ist so offen formuliert, damit die Situation im Einzelfall betrachtet und eine jeweils passende gute Lösung gefunden werden kann.

Der Gesetzentwurf sieht auch verschiedene verfahrensmäßige Änderungen vor. Vor allem soll das Kenntnisgabeverfahren sachgerecht eingeschränkt werden. Dies ist ganz klar eine Kompromisslösung. Insbesondere der Städtetag und die Architektenkammer fordern nämlich unter Hinweis auf den Verwaltungsaufwand und die Missbrauchsmöglichkeiten die komplette Abschaffung des Verfahrens. Dagegen verlangt die Wohnungswirtschaft eine ungeschmälerete Beibehaltung. Wir wollen das Kenntnisgabeverfahren künftig nur dann zulassen, wenn die Festsetzungen des Bebauungsplans eingehalten werden, denn nur dann ist es tatsächlich vorteilhaft.

Verfahrensmäßige Erleichterungen bringt die Erweiterung der Liste der verfahrensfreien Vorhaben mit sich. So sollen Außenwandbekleidungen sowie Bedachungen einschließlich der Wärmedämmmaßnahmen und Solaranlagen auf Gebäuden immer verfahrensfrei möglich sein. Dies ist Entbürokratisierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Durch die künftige Anzeigepflicht bei Grundstücksteilungen werden die Baurechtsbehörden in die Lage versetzt, baurechtswidrigen Teilungen rechtzeitig zu begegnen. Diese Anzeigepflicht ist nötig, aber auch ausreichend; einer Wiedereinführung der früheren verwaltungsaufwendigen Genehmigungspflicht bedarf es nicht.

Abschließend noch ein Wort zu dem allgemeinen Einwand, durch den Gesetzentwurf würde das Bauen und Wohnen verteuert. Es ist keineswegs so, dass der Gesetzentwurf nur Re-

gelungen beinhalten würde, die zu Verteuerungen führen können. Im Gegenteil, er enthält natürlich auch Regelungen, die die Baukosten senken. Ich nenne die neue Möglichkeit der Kommunen – die insoweit auch nicht mehr bevormundet werden –, die Kfz-Stellplatzverpflichtung bei Wohnungen bis auf null abzusenken. Wir beenden also den Asphaltierungszwang, den Sie bisher vorgeschrieben hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Auch die Aufnahme weiterer baulicher Anlagen in den Katalog der verfahrensfreien Vorhaben senkt Baukosten. Im Übrigen zeigt eine aktuelle Studie der Bau- und Immobilienbranche, dass die Stellschrauben zu den Neubaukosten nicht in den in der Kritik befindlichen einzelnen Regelungen der LBO liegen. Die größeren Stellschrauben liegen im Bereich der Finanzierung und der Abschreibung von Bauvorhaben. Was die Mieten betrifft, ist entscheidend, wie wir das Mietrecht ausgestalten.

Meine Damen und Herren, vieles von dem, was zum Gesetzentwurf in letzter Zeit gesagt und geschrieben wurde, hat sich so nicht als haltbar erwiesen. Das gilt auch für die Märchen, die Herr Mack heute hier erzählt hat, beispielsweise was den Brandschutz in Ställen angeht.

Wir haben den Schutz von Klima, Natur und Umwelt auch beim Bauen zu berücksichtigen; das sollte auch bei Ihnen in der Opposition angekommen sein. Wir haben nach vielen Gesprächen einen sehr ausgewogenen Gesetzentwurf vorgelegt. Ich bitte Sie alle um Unterstützung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5294. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur, Drucksache 15/5923. Der Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit Änderungen in Artikel 1 Nummer 15 zu § 35 zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung der Landesbauordnung

der aus den Nummern 1 bis 32 besteht, und dazu die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur, Drucksache 15/5923.

Ich schlage Ihnen vor, die Nummern 1 bis 32 bei der Abstimmung zusammenzufassen und damit über Artikel 1 insgesamt abzustimmen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 1 mit den Nummern 1 bis 32 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur, Drucksache 15/5923, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung der Allgemeinen Ausführungsverordnung
des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur
Landesbauordnung

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –
Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2
mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –
Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3
mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. November 2014 das folgende
Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung für Ba-
den-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu
erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist
mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
– Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes –
Drucksache 15/5870**

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben vereinbart,
in der Ersten Beratung keine Aussprache zu führen. Die Lan-
desregierung verzichtet auf eine mündliche Begründung des
Gesetzentwurfs.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/5870 zur
weiteren Beratung vorberatend an den Innenausschuss und
den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst und
federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft
zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist
es so beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
– Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Be-
hinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz –
L-BGG) – Drucksache 15/5936**

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben vereinbart,
in der Ersten Beratung keine Aussprache zu führen. Die Lan-
desregierung verzichtet auf eine mündliche Begründung des
Gesetzentwurfs.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/5936 zur
weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Sozial-
ordnung, Familien, Frauen und Senioren zu überweisen. – Es
erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
– Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch
Privatinitiative (GQP) – Drucksache 15/5935**

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Staatssekretär
Rust.

Staatssekretär Ingo Rust: Frau Präsidentin, liebe Kollegin-
nen und Kollegen! Wenn man sich fragt: „Was macht eine
Stadt, eine Kommune heute lebenswert und attraktiv?“,
kommt man relativ schnell auf das Thema Einkaufsmöglich-
keiten zu sprechen und ist sich einig, dass diese möglichst zen-
tral und vielfältig in den Ortskernen und Stadtzentren vorhan-
den sein sollten.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das finden Sie auch in den allermeisten Städten und Kommu-
nen in unserem Land.

Aber viele Einkaufsstraßen verändern ihr Gesicht. Alteinge-
sessene Familienunternehmen in Innenstädten sehen sich neuer
Konkurrenz gegenüber. Wir erleben das auch in den Groß-
städten. Kürzlich gab es einen großen Bericht über die Situa-
tion in Stuttgart.

Einkaufszentren ziehen mit ihrem gebündelten Angebot im-
mer mehr Menschen an. Häufig bilden sich auch neue Ge-
schäftszentren vor den Toren einer Stadt. Diese Entwicklung
mag für Kunden erfreulich sein, aber sie geht auch zulasten
der Innenstädte. Erhöhter Erneuerungsbedarf, Leerstand und
sinkende Bereitschaft, dort zu wohnen, mindern die Attrakti-
vität innerörtlicher Geschäftslagen.

Hinzu kommt noch ein weiterer Wettbewerbsnachteil: Die
großflächigen Einzelhandelszentren verfügen in der Regel
über ein professionelles Gesamtmanagement, ausreichende
Parkraumangebote und häufig auch über einen gemeinsamen
Etat für Marketing, für Veranstaltungen, über Budgets für Si-
cherheit und Sauberkeit. Inhabergeführte Einzelhandelsunter-
nehmen haben diesem Wettbewerbsvorteil leider nichts ent-
gegenzusetzen.

Wenn immer mehr Geschäfte aufgeben, oder wenn ein Fila-
list an den anderen grenzt, nimmt die Lebendigkeit unserer
Innenstädte deutlich ab. Immer weniger Kunden nutzen die
Innenstädte für den Einkauf. Dies geschieht auch in Städten,
die mit großem Aufwand ihre Innenstadtquartiere städtebau-
lich erneuern. Wir unterstützen die Kommunen bereits seit
mehr als 40 Jahren mit hohem Aufwand und mit hohen Lan-
des- und Bundesmitteln bei der städtebaulichen Erneuerung
ihrer Quartiere, und dies durchaus auch mit Erfolg.

(Staatssekretär Ingo Rust)

Doch auch ein noch so aufwendig sanierter Stadtkern kann nicht verhindern, dass die Attraktivität von Stadtzentren und Stadtteilzentren sinkt. Dieser Tendenz muss auf anderem Weg begegnet werden. Ausgehend von den positiven Erfahrungen aus Nordamerika, aber auch aus Hamburg als dem ersten Bundesland mit einem sogenannten BID-Gesetz – „Business Improvement District“ – und weiteren deutschen Bundesländern möchte die Landesregierung daher ein zusätzliches Instrument zur Aufwertung von Quartieren anbieten. Ich sage bewusst „anbieten“; niemand ist verpflichtet, so etwas zu machen. Aber wir haben Nachfragen. Wir haben mittlerweile ganz konkrete Nachfragen von drei Städten in Baden-Württemberg, die einen solchen Business Improvement District gern hätten, eine Plattform, auf der sich Private verstärkt in die Verbesserung ihres Quartiersumfelds einbringen können.

Die Ermächtigungsgrundlage dafür ist § 171 f des Baugesetzbuchs. Der Name, den wir hierfür gewählt haben, mag etwas sperrig sein. Wir wollten aber nicht den englischen Begriff „Business Improvement District“ dafür verwenden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gut so!)

sondern einen deutschen Begriff. Es ist, meine Damen und Herren, ein Angebot für alle Grundstückseigentümer in Innenstädten, Stadtteilzentren und sonstigen städtebaulichen Entwicklungsbereichen. Sie können Maßnahmen zur Steigerung der Funktionsfähigkeit des Quartiers selbst entwickeln und in Abstimmung mit der Kommune auch durchführen.

Das GQP ist die Rechtsgrundlage, damit sich diese Quartiersgemeinschaften in Innenstädten und Stadtteilzentren bilden können, die bei der Gemeinde einen Aufwertungsbereich beantragen. Die Quartiersgemeinschaften schlagen dabei in einem Maßnahmen- und Finanzierungskonzept geeignete Maßnahmen vor. Das können gemeinsame Entwicklungskonzepte oder auch Dienstleistungen wie beispielsweise ein Hol- und Bringdienst sein. In einer älter werdenden Gesellschaft gewinnt dieses Thema immer mehr an Bedeutung. Wir bemerken vor allem auch im ländlichen Raum, dass ein solcher Hol- und Bringdienst beim Einkaufen ein ganz wichtiger Beitrag für die Infrastruktur vor Ort ist.

Denkbar sind auch gemeinsame Werbemaßnahmen. Dies wird in manchen Städten schon umgesetzt; ich denke beispielsweise an eine außergewöhnliche Weihnachtsbeleuchtung für das Weihnachtsgeschäft in einem bestimmten Geschäftsquartier.

Sie sehen, der Kreativität der Akteure vor Ort sind keine Grenzen gesetzt.

Für ein solches Antragsverfahren muss sich erstens eine Quartiersgemeinschaft bilden, und zweitens müssen 15 % der Grundstückseigentümer, die gleichzeitig über mindestens 15 % der Fläche im Quartier verfügen, hinter dem Antrag stehen. Natürlich bleibt die Stadt bzw. die Gemeinde jederzeit Herrin des Verfahrens; sie kann einen solchen Antrag auch ablehnen.

Die Gemeinde kann eine auf maximal fünf Jahre befristete Satzung über die Bildung eines eigentümergelegenen Aufwertungsbereichs erlassen. Grundvoraussetzung hierfür ist aber, dass eine qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der Grundstückseigentümer mit zwei Dritteln der Fläche im Auf-

wertungsbereich dem zustimmt. Auch da gibt es also eine hohe Hürde, die wir eingeführt haben, um auch die Sicherheit zu haben, dass möglichst viele in diesem Quartier hinter dem Projekt stehen.

Zwischen Gemeinde und Quartiersgemeinschaft wird ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Einhaltung der Pflichten, Ziele und Aufgaben beschlossen. Einzelne Grundstückseigentümer können das Aufwertungsgebiet dann nicht verhindern. Genau daran sind private Initiativen bisher gescheitert. Dabei kam es immer wieder vor, dass sich Einzelne „davongestohlen“ haben. Sie haben zwar von den Aktivitäten im positiven Sinn profitiert, haben diese aber nicht mitfinanziert und haben auch das Konzept nicht finanziell mitgetragen.

Um dieses Risiko zu minimieren, wollen wir mit diesem Gesetzentwurf vorbeugen. Die Finanzierung der standortbezogenen Maßnahmen erfolgt jährlich durch eine Sonderabgabe von allen Grundstückseigentümern im eigentümergelegenen Aufwertungsbereich. Der Verteilungsmaßstab wird dabei von der Gemeinde festgelegt.

Keine Sonderabgaben fallen für Grundstücke des Gemeinbedarfs an, für die kein Zusatznutzen erkennbar ist, die keinen wirtschaftlichen Nutzen davon haben oder die nicht wirtschaftlich genutzt werden oder die – das ist uns, der Landesregierung, besonders wichtig – ausschließlich dem Wohnen dienen. Bei gemischt genutzten Grundstücken ist der Anteil der Wohnnutzung dann von der Abgabepflicht ausgenommen. Bei unbilligen Härten kann auch eine Befreiung von der Sonderabgabe erfolgen. Das führt zu einer hohen Flexibilität für die Kommune vor Ort.

Eine Landesförderung ist damit nicht verbunden – übrigens wurde eine solche von denjenigen, die bisher bei uns angefragt haben und die Interesse bekundet haben, auch gar nicht eingefordert.

Die Gemeinde überwacht die ordnungsgemäße Mittelverwendung anhand von Verwendungsnachweisen und einer eigenen Prüfung. Bei Verstößen kann sie die Satzung aufheben und den öffentlich-rechtlichen Vertrag kündigen.

Bei der öffentlichen Anhörung, die wir zu dem Gesetzentwurf durchgeführt haben, haben zwölf der 24 angeschriebenen Verbände und Organisationen eine Stellungnahme abgegeben. Den Gesetzentwurf begrüßen sechs Verbände, zwei weitere sehen in ihm große Chancen, die Attraktivität von Innenstadtquartieren zu verbessern. Eine kritisch-neutrale Position nahmen drei Verbände ein.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Gesetz eröffnen wir neue Spielräume. Wir schreiben niemandem vor, dass er etwas tun muss, aber wir ermöglichen den Kommunen im Land, die so verfahren möchten, und den Gewerbetreibenden, vor allem den vielen kleinen Einzelhändlern in unseren Stadtzentren, die dies möchten, einen solchen Business Improvement District umzusetzen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Gurr-Hirsch?

Staatssekretär Ingo Rust: Sehr gern.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich bin schon davon ausgegangen, dass Sie dies gestatten; herzlichen Dank. – Mich würde interessieren, um welche drei Städte es sich dabei handelt, damit ich mir ein Bild machen kann.

Danke.

Staatssekretär Ingo Rust: Wir haben von Stuttgart eine Nachfrage, wir haben von Bad Urach eine Nachfrage, und die Antwort darauf, welches die dritte Stadt war, werde ich Ihnen nachliefern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war bestimmt Tübingen mit Boris Palmer! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Da gibt es noch viel mehr! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hollenbach?

Staatssekretär Ingo Rust: Ja.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Herr Staatssekretär, Sie führten gerade aus, dass eine solche Quartiersregelung der Zustimmung durch zwei Drittel der Betroffenen bedürfe. Wenn ich den Gesetzentwurf richtig lese, steht dort eine Negativbeschreibung. Hier heißt es nämlich:

Erheben mehr als ein Drittel ... Einwendungen ..., ist der Antrag von der Gemeinde abzulehnen.

Man geht also nicht von einer Zustimmung aus, sondern man geht von der Ablehnung aus. Diese Darstellung unterscheidet sich von Ihrer Darstellung.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: So ist es! Das ist falsch!)

Staatssekretär Ingo Rust: Gut, ganz formal gesehen ist es so. Aber ich bin davon ausgegangen, dass, wenn ein Drittel widerspricht und zwei Drittel nicht widersprechen, diese zwei Drittel dies unterstützen. Denn sonst hätten sie ja widersprochen.

(Zurufe: Genau! – Abg. Manfred Hollenbach CDU: Dann müssen Sie das so in den Gesetzestext schreiben!)

Staatssekretär Ingo Rust: Sie können mir gern erklären, was der Unterschied ist und weshalb jemand nicht widerspricht, wenn er eigentlich dagegen ist. Mich würde interessieren, warum sich jemand daran gehindert fühlen könnte, zu widersprechen, wenn er dagegen ist. Das müsste man dann noch einmal darstellen, welchen Grund jemand haben könnte, nicht zu widersprechen, obwohl er dagegen ist.

Aber noch einmal, meine Damen und Herren: Ich halte das geplante Gesetz für ein wichtiges und dringendes Instrument für die Kommunen, die dies umsetzen wollen. Haben Sie – gerade auch Sie, Herr Hollenbach – doch bitte Vertrauen in die kommunalen Mandatsträger, in die Rathäuser, in die Bürgermeister.

(Abg. Klaus Maier SPD: Genau!)

Denn ein Antrag kann jederzeit von der Kommune abgelehnt werden. Es wird also nur dort zustande kommen, wo die Kommune und die Einzelhändler – und zwar zwei Drittel der Einzelhändler – nicht widersprechen – dann formuliere ich es eben so –, und wenn die Kommune dafür ist. Warum wollen Sie es diesen Kommunen verwehren? Ich finde, das ist ein hervorragendes Instrument, um dies den Menschen zu ermöglichen.

In diesem Sinn bitte ich Sie um Unterstützung für diesen Gesetzentwurf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache über diesen Gesetzentwurf in der Ersten Beratung eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was unter dem für uns geradezu preußisch klingenden Titel „Stärkung der Quartiersentwicklung“ daherkommt, ist nichts anderes als ein Konzept, das vor 30 Jahren in den USA als „Business Improvement District“ entstand und das bei uns in den letzten zehn Jahren in mehreren Bundesländern – die Hansestadt Hamburg war Vorreiter – bekannt wurde.

Grundstücksbesitzer, Handel- und Gewerbetreibende, Dienstleister und Freiberufler können ihren Stadtteil und ihr Quartier gemeinsam gestalten und so den Standort aufwerten und ihn wettbewerbslich attraktiver machen. Sie müssen den Kommunen dann Maßnahmen- und Finanzierungskonzepte vorlegen. Der Gemeinderat erlässt eine Satzung, sodass auch die, die nicht mitmachen wollen – im Gesetzentwurf als „Trittbrettfahrer“ abqualifiziert –, mit eingebunden werden und alle ihren Beitrag zur Verbesserung der Standortqualität und der Wettbewerbsstruktur des Quartiers leisten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Das hat irgendwie Charme. Aber gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht. Die Eigentümer müssen sich in einer Art BGB-Gesellschaft zusammensetzen, über investive und nicht investive Maßnahmen ein Verfahren festlegen und die Lagevorteile einzeln ermitteln – viel Raum für Streit. Dann können 15 % der Eigentümer auf Vermögen und Eigentum anderer einwirken. Das ist neu. Im Wohnungseigentumsgesetz – WEG – kennen wir qualifizierte und einstimmige Beschlüsse; im Gesellschaftsrecht braucht es dafür Dreiviertelmehrheiten, bei einem Squeeze-out müssen sogar 95 % der Eigentümer zustimmen. Das macht auch Sinn. Wie kommt man dann auf die Idee, dass 15 % der Eigentümer in einem Quartier über das Geld von 85 % bestimmen können?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Darum geht es doch gar nicht! Sie sollen einen Prozess einleiten! – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ein Käse! – Abg. Klaus Maier SPD: Nichts verstanden!)

(Dr. Reinhard Löffler)

Wenn 15 % eine „Lange Einkaufsnacht“ oder überdachte Fahrradstellplätze haben wollen, müssen, damit dies abgelehnt wird, 33 % dagegen sein. Wo ist denn da die Logik? Wem fällt denn so etwas ein? Ist denn die Mengenlehre in der Gemeinschaftsschule abgeschafft?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die ist schon lange abgeschafft!)

Für mich ist eine Mehrheit noch immer erst dann gegeben, wenn die 50 % überschritten werden. Es wäre sinnvoll, sich hier am WEG zu orientieren.

Es ist auch wenig hilfreich, dass Eigentümer, die nicht mitmachen wollen, sich auf unbillige Härte berufen müssen, da der Gesetzentwurf diesen unbestimmten Rechtsbegriff nicht definiert.

Der Gewinner sind die Kommunen. Sie sind die eigentlichen Trittbrettfahrer. Sie unterstützen, wie hier in Stuttgart, neue Einkaufszentren und vernachlässigen ganze Stadtteile. Jetzt sollen die Betroffenen in Privatinitiative alles selbst richten. Die Kommune erlässt großzügig eine Satzung und kassiert dafür noch eine fette Gebühr – und das, obwohl die Eigentümer Erschließungsbeiträge entrichten, Gewerbesteuer und Grundsteuer zahlen, neben den Abgaben für Straßenreinigung oder für die Inanspruchnahme des öffentlichen Raums.

Malls und Shoppingcenter sind hipp und erweisen sich als Verbrauchermagnete. Der Einzelhändler hat das Nachsehen. Läden, auch in guten Lagen, schließen für immer – nicht nur in Stuttgart, und es geht auch nicht nur um Karstadt. Die Innenstädte aller deutschen Großstädte werden sich immer ähnlicher. Überall finden sich die gleichen Franchise-Läden, Fast-Food-Ketten und Drogeriemärkte – alle wegen der Corporate Identity mit gleicher Fassadenarchitektur. Unsere Innenstädte sehen im ganzen Land gleich langweilig und uniform aus.

Der Einzelhandel wird jetzt gezwungen, sein Geld auszugeben, weil die Kommunen die gewachsenen Einzelhandelsstrukturen vernachlässigen. Die Kommune muss sich ja finanziell nicht beteiligen. Was passiert bei Haftungsfragen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mein Gott!)

Was passiert, wenn der Finanzierungsrahmen überschritten ist? Der Onlinehandel wirkt als zusätzlicher Brandbeschleuniger, und Sie haben als Antwort hierauf ein kommunales „Entenklemmergesetz“. Fällt Ihnen in der Regierung nicht mehr ein, als Gesetze von anderen Bundesländern abzuschreiben, Gesetze, die keine nachhaltige Wirkung gezeigt haben? Seit zehn Jahren gibt es solche Gesetze, und gerade einmal 31 Business Improvement Districts gibt es – drei pro Jahr.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Keinen in Baden-Württemberg!)

Das ist wahrlich keine Erfolgsgeschichte.

Es gibt auch andere Konzepte. Dazu gehören aber nicht die seit Jahren von den Grünen befeuerten Montagsdemonstrationen der S-21-Gegner, die beim Einzelhandel in der Königstraße und am Marktplatz zu erheblichen Umsatzeinbußen führen. Vielmehr denke ich da an das ehrenamtliche Engagement der Handels- und Gewerbevereine oder an Citymanager

wie Hans Pfeifer, ehemaliger SPD-Oberbürgermeister von Freudenstadt, der mit der City-Initiative für Stuttgart – CIS – vorgemacht hat, wie es gehen kann. Er hat kreative Ideen zusammen mit dem Einzelhandel entwickelt, ohne kommunale Satzung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein glühender Befürworter des Gesetzes! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sogar bei der Anhörung!)

Vielleicht sollten Sie ihn einmal befragen. Die Kommune muss sich dabei engagieren und darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Die Kommunen haben drängendere Probleme zu lösen, wie etwa die Nahversorgung im ländlichen Raum vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft. Da aber kommt von Ihnen nichts.

Mit Ihrem Gesetzentwurf erweisen Sie dem Einzelhandel einen Bärendienst, und Sie wiegen die Kommunen in den Winterschlaf. Diese werden erst dann wieder erwachen, wenn die Innenstädte verödet sind.

(Glocke der Präsidentin)

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt ist er aber schon fertig!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ja, Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr geehrter Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass der von Ihnen gerade so herausragend gelobte Hans Pfeifer ein glühender Befürworter des geplanten Gesetzes ist und dass er schon längst darauf wartet, dass es endlich verabschiedet wird?

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Er hat es aber ohne ein solches Gesetz geschafft, in der Innenstadt gute Arbeit zu leisten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er weiß, dass es in Stuttgart nicht nur die Königstraße gibt! Es gibt z. B. auch Bad Cannstatt!)

– Er hat ja auch nicht nur die Königstraße im Blick. Ist das so? Es gibt auch Botnang oder Zuffenhausen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er kennt sich aus! – Vereinzelt Heiterkeit)

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Lindlohr.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das im Entwurf vorliegende Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative ist ein Gesetz des Ermöglichens. Es gibt allen, die gute Ideen haben, eine neue Möglichkeit, ihre Stadtteile und ihren Ein-

(Andrea Lindlohr)

zelhandel attraktiv zu gestalten. Wir von Grün-Rot unterstützen sehr gern Bürgerinnen und Bürger mit guten Ideen, und wir unterstützen gern auch Kommunen mit guten Ideen. Darum unterstützen wir dieses Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir haben es vom Staatssekretär gehört: Die Lage im Einzelhandel ist nicht einfach. Es gibt die Einkaufszentren auf der grünen Wiese; das ist die „altgediente“ Konkurrenz. Es gibt daneben seit einigen Jahren den wachsenden Onlinehandel. Natürlich ist in einer Marktwirtschaft Konkurrenz erst einmal nichts Schlimmes.

(Lachen des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Aber mit diesem Gesetz wollen wir ermöglichen, dass sich die innerstädtischen Quartiere in dieser Konkurrenzsituation selbst helfen können. Das ist nur fair.

Wir alle messen die Attraktivität einer Stadt oder eines Stadtteils an der Lebendigkeit. Gibt es dort Geschäfte? Gibt es ein Café? Stehen etwa Büros leer? Mit diesem Blick gehen wir durch die Städte und bewerten sie. Wir sagen: „Hier ist alles in Ordnung“ oder aber: „Hier geht es wohl bergab.“ Die Quartiere, die den Stempel aufgedrückt bekommen, es gehe offenbar bergab, haben es äußerst schwer, wenn es darum geht, attraktiv für das Wohnen zu sein und neue Investitionen anzuziehen oder Menschen zu finden, die dort Arbeitsplätze schaffen.

Die Attraktivität ist also ein wichtiger Schlüssel für die Entwicklung der Stadtteile und der Städte und Gemeinden. Da gibt es schon viele private Initiativen – wir haben es gehört: Cityinitiativen, Gemeinschaften, die sich bilden, um im Bereich des Einzelhandels Maßnahmen einzuleiten, um die Attraktivität zu steigern. Die Weihnachtsbeleuchtung in einer durchgehenden Straße ist beispielsweise ein solches Thema, ebenso wie viele andere Ideen, die es im Land schon gibt.

Aber es ist eine Tatsache, dass sich die Struktur gerade im innerstädtischen Einzelhandel so wandelt, dass es immer seltener vorkommt, dass der Geschäftsführer eines Ladens gleichzeitig auch der Besitzer und Eigentümer der Immobilie ist. Es gibt immer mehr Erbgemeinschaften. Daher verstärkt sich die Tendenz, dass die einen initiativ werden und bezahlen, während die anderen davon profitieren, aber selbst nicht mitziehen. Dieses Problem nimmt zu. Wir haben beispielsweise in einer Anhörung, die wir, die Fraktionen, vor längerer Zeit zu der Grundidee „Business Improvement Districts“ durchgeführt haben, gehört, dass, wenn Citymanager auf Geschäfte zukommen, vonseiten des Besitzers oder der Verwaltungsgesellschaft gesagt wird: Der eigentliche Besitzer dieses Gebäudes ist inzwischen ein amerikanischer Fonds, und der darf gar nichts geben. Die Kapitalmarktgesetze wirken da dagegen: Nur wenn es eine Pflicht ist, kann sich die Besitzerin, der Besitzer des Gebäudes an dem Projekt beteiligen.

Das ist eben ein Wandel, und den greifen wir hier auf. Das Instrument kennen sicherlich viele von Ihnen. Wir haben es gehört: In sieben Bundesländern gibt es solche Gesetze. Ich weiß nicht, was den Kollegen Löffler dazu bewegt, zu sagen, die Business Improvement Districts beispielsweise in den Stadtteilen von Gießen seien nicht in Ordnung.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

Das sind durchaus Erfolgsgeschichten. Das haben Sie hier in Abrede gestellt.

Nun gibt es einzelne Kritikpunkte, z. B. die Frage, ob Maßnahmen der kommunalen Daseinsvorsorge ausgelagert werden. Sie haben gehört: Es gibt das Maßnahmen- und Finanzierungskonzept. Dieses Konzept müssen die Mitglieder des Business Improvement Districts, die Eigentümerinnen und Eigentümer der betroffenen Immobilien, aufstellen. Ich frage Sie: Welche privaten Eigentümerinnen und Eigentümer werden hergehen und sagen: „Mit dem Geld, das wir mit einer Umlage einziehen, wollen wir hier einmal neue Wasserrohre verlegen.“? Das würde doch niemand machen. Es ist klar, dass die Kommune sich anschauen muss, was die Privaten, die mit dem Maßnahmen- und Finanzierungskonzept über dieses Geld entscheiden, machen. Aber der Vorschlag kommt von den Privaten. Da sie keinerlei Interesse haben, der Kommune Leistungen abzunehmen, werden sie das auch nicht machen. Deswegen ist dieser Punkt in dem Gesetz völlig in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Es gibt auch die Frage, wer entscheidet: Die Eigentümer oder gegebenenfalls die Pächter? Die Landesregierung schlägt mit diesem Gesetzentwurf – auch in Absprache mit dem Justizministerium – vor, dass es die Eigentümer sind. Wir wollen das beisammen lassen: Wer bezahlt, entscheidet auch. Es wäre sehr heikel, dieses Prinzip aufzugeben. Es macht Sinn, dass diejenigen, die die Umlage mit leisten müssen, auch die sein müssen, die entscheiden.

Was die Frage der Mehrheit betrifft, Kollege Löffler: Ein Drittel Widerspruchsquorum heißt, dass man dem Mehrheitsprinzip schon weit entgegengekommen ist. Es beinhaltet, dass es eine zu große Härte wäre, wenn eine absolute Mehrheit von 50 % plus einer Stimme bereits darüber entscheiden könnte. Bei dem vorgesehenen Quorum müssen zwei Drittel einverstanden sein, sodass umgekehrt ein Drittel das Widerspruchsquorum ist.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das ist völlig unlogisch!)

Also ist Ihr Vergleich hier fehl am Platz. Wir haben hier eine hohe Hürde, um das auf den Weg zu bringen. Das ist aber auch angemessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir greifen veränderte Strukturen auf, die gerade durch die Besitzverhältnisse entstehen. Wir geben eine Möglichkeit, wie durch private Initiative und schlaue Kommunen zusammen der Einzelhandel gestärkt werden kann und die Stadtteile und die Städte, die Einzelhändlerinnen und Einzelhändler, die Besitzer von Immobilien in unserem Land in diesen Stadtteilen zusammen für die Attraktivität ihres Stadtteils eintreten können. Dieses Gesetz des Ermöglichens sollten wir sehr positiv beraten.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Maier.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich zitiere den Textileinzelhändler Ralf Gerber aus Kirchheim unter Teck. Er hat eine Vision für mittelgroße Städte. Diese Vision lautet: Hauseigentümer und örtliche Einzelhändler ziehen an einem Strang und entwickeln die Innenstadt wie ein modernes Einkaufserlebniszentrum.

(Zurufe von der CDU)

Eine tolle Vision. Ich sehe überall Zuspruch. Aber dieser Textileinzelhändler und andere Einzelhändler, die eine solche Vision haben, brauchen ein Werkzeug, um die Vision umzusetzen. Dieses Werkzeug liefern wir ihnen mit dem neuen Gesetz, das heute eingebracht wurde, mit dem Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Dieses Gesetz hat zwei ganz wichtige Merkmale, die immer gern verwechselt und durcheinandergebracht werden. Erstens: Es ist eine freiwillige Sache, kein Zwang. Niemand wird gezwungen, von diesem Gesetz Gebrauch zu machen, und es wird auch niemand durch dieses Gesetz gezwungen, seine Stadt zu entwickeln. Das ist das eine.

Das Zweite: Dieses Gesetz ist höchst demokratisch – da gab es auch eine Schiefelage in der Diskussion –, und zwar aus drei Gründen. Erstens: Die Initiative muss jemand aus dem Quartier ergreifen. Dafür braucht man 15 %. Wer weiß, wie es in Städten beim Einzelhandel, bei den Handels- und Gewerbevereinen zugeht, der weiß auch, dass man froh ist, wenn bei der Hauptversammlung 15 % der Mitglieder überhaupt da sind und mitmachen, sich aktiv einbringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

15 % sind ein relativ großes Quorum, um zu sagen: Wir wollen hier initiativ werden.

Dann kommt die zweite Stufe – ich glaube, das ist auch ganz wichtig und muss in dieser Verbindung gesehen werden; dann sieht man auch die Rechtsausführung von Herrn Löffler wieder relativiert –: Es kommt der Gemeinderat zum Zuge, der die durch die Bevölkerung dieser Stadt gewählte Vertretung ist. Diese gewählte Vertretung hat es in der Hand, aus dieser Initiative eine Satzung zu entwickeln und das Ganze überhaupt richtig umzusetzen. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Wir geben etwas nach unten weiter,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

wir geben etwas an die Kommunen weiter. Wir sollten, glaube ich, auch in den Sachverstand dieser Gemeinderäte vertrauen. Das machen wir in der grün-roten Koalition auf jeden Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Umsetzung dieser Satzung im Gemeinderat braucht Mehrheiten. Da haben wir unsere 50 % plus x; die braucht man.

Jetzt kommt sogar noch ein Drittes dazu: Wenn die Betroffenen in relativ großer Zahl – mindestens ein Drittel – nicht ein-

verstanden sind, dann kann man das noch abbremsen. Die Eigentümer haben also hinterher noch eine Chance, auf die Bremse zu treten. Denn wenn man nicht mindestens zwei Drittel beisammen hat, dann hat es auch keinen Wert. So kann ein Drittel, wenn sie sich zusammentun, sagen: „Es geht nicht, wir bremsen ab.“

Sie sehen drei Stufen einer großen demokratischen Entwicklung.

Es ist noch wichtig, zu sagen: Es wird nichts durch Private ersetzt, was für die Kommunen verpflichtend ist. Was in der Quartiersentwicklung gemacht wird, ist das Sahnehäubchen obendrauf. Es geht um das, was die Kommune nicht machen kann, weil es sonst ungerecht gegenüber dem einen oder dem anderen wäre, um das, was die Einzelhändler zusammen als Gemeinschaft gut machen können. Das wird obendrauf gesetzt, und das macht das Quartier erst richtig interessant und attraktiv.

Es hat auch überhaupt nichts mit Abgaben, Steuern und Sonstigem zu tun. Das ist alles eine ganz andere Seite in der kommunalen Finanzwirtschaft. Hier geht es um das Sahnehäubchen, um das Quartier interessant zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben eine weitere Bremse drin: Das Ganze ist auf fünf Jahre befristet. Wenn alles, was man in die Hand nimmt, scheitert, ist nach fünf Jahren Schluss. Der Schaden hält sich damit in Grenzen. Aber wir wissen aus anderen Quartiersentwicklungen, dass in der Regel nach diesen fünf Jahren mit großer Begeisterung weitergemacht wurde. Wir kennen niemanden, der nicht verlängert hat. Es ist immer mit großer Begeisterung weitergemacht worden.

Große Begeisterung war am Anfang bei der Anhörung in manchen Bereichen da. Manche waren skeptischer, z. B. die Handwerkskammer oder der Einzelhandelsverband. Wir haben mit ihnen diskutiert. Die Handwerkskammer steht jetzt voll dahinter, die IHKs stehen dahinter, der Einzelhandelsverband – der hatte noch ein paar Dinge anzumerken –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Städtetag steht dahinter!)

Städtetag, Gemeindetag. Wir haben eine breite Unterstützung von Einrichtungen und von Organisationen, die sagen: Macht es; gebt den Städten und Gemeinden dieses Werkzeug, gebt es den Einzelhändlern, gebt es Handel und Gewerbe.

Wir werden hier einen Aufbruch erleben und sehen, wie sich die Städte positiv weiterentwickeln. Deswegen stehen wir hinter diesem Gesetz und werden es unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Reith.

Abg. Niko Reith FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin etwas auf die Folter gespannt worden. Es dauerte gerade etwas länger bis zu meiner ersten Rede heute. Manchen war die Spannung zu groß; diejenigen sind schon weg.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall der Abg. Klaus Burger CDU und Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

(Niko Reith)

Anwohner, Gewerbetreibende und Kommunalpolitiker überall im Land kennen das Problem: Das heimatliche Quartier bedarf dringend einer allgemeinen Aufwertung, um sich weiterentwickeln zu können oder auch nur die Attraktivität früherer Jahre wiederzuerlangen. Konzepte für Innenstadtentwicklung sind dringend nötig. Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg haben das schon erkannt.

Eine Möglichkeit ist ein Rechtsrahmen, wie er 2004 in Hamburg geschaffen wurde; wir haben das vorhin schon gehört. Für den Stadtstaat scheint das auch so zu funktionieren. Mittlerweile haben zehn deutsche Bundesländer eine solche Regelung eingeführt. Die Erfahrungen damit sind aber sehr unterschiedlich. Hamburg ist da eher eine Ausnahme.

Um es gleich zu sagen: Ohne die Bereitschaft vor Ort, ohne die Bereitschaft der Betroffenen geht es nicht. Ob es dafür wirklich eine Möglichkeit zum gesetzlichen Zwang braucht, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Außer Zweifel steht, dass sich in der Vorlage der Landesregierung viel Unausgegrenztes findet. Dabei sind die bisher sehr unterschiedlichen Erfahrungen mit entsprechenden Gesetzen ein klares Indiz, dass die Ausgestaltung der neuralgische Punkt ist, der über die Akzeptanz entscheiden wird.

Viele Fragen bleiben offen. Selbst die Zielsetzung des Gesetzes ist fraglich. Eigentlich dienen Regelungen wie das GQP der Unterstützung privater Initiativen durch die Ausweisung eigentümergezogener Aufwertungsbereiche. Von dieser Grundidee ist im Entwurfstext auffälligerweise keine Rede. Stattdessen ist die Ausweisung eine reine Ermessungsentscheidung der Kommune.

Nicht nur an dieser Stelle kann einem der Verdacht kommen, dass das Gesetz in der vorliegenden Fassung eher der Entlastung von Kommunen als der Stärkung des Bürgerwillens dienen soll.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Private Quartiersaufwertung kann nie ein Stadtentwicklungskonzept ersetzen. Sie muss vielmehr Teil eines solchen Konzepts sein. Private Initiativen dürfen nicht zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben wie etwa der Reinhaltung des öffentlichen Raums gedrängt werden. Umgekehrt ist es ebenso undenkbar, dass sich eine Quartiersgemeinschaft hoheitliche Aufgaben – aus welcher Motivation heraus auch immer – aneignet. Für mich sind dies Selbstverständlichkeiten.

Des Weiteren sehen wir mit diesem Entwurf ein ganz praktisches Hindernis, das viele Bürger von der Beantragung eines Aufwertungsbereichs abschrecken wird: Der bürokratische Aufwand durch jährlich vorab einzureichende Maßnahmen- und Finanzierungspläne ist unangemessen hoch. Damit wird die aktive Bürgergesellschaft im Keim erstickt. Neue Belastungen durch Bürokratie und Gebühren sind das Letzte, was die Innenstädte brauchen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Paradoxerweise legt Rot-Grün an anderer Stelle

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

– Grün-Rot, Entschuldigung – schon eine gefährlich naive Begeisterung an den Tag. Ein Quorum von gerade einmal 15 % als Grundlage für die Ausweisung eines eigentümergezogenen Aufwertungsbereichs ist angesichts der erheblichen Belastungen, die sich daraus ergeben können, unangemessen. Dies würde bedeuten, dass bereits eine halbwegs organisierte Minderheit ihre Vorstellungen für alle verbindlich durchsetzen könnte. Dass die erforderliche Ablehnungsrate hingegen mehr als doppelt so hoch sein muss, ist ein weiterer Mosaikstein, der das Bild der Unausgewogenheit des vorliegenden Gesetzentwurfs verdeutlicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eine solch folgenreichende Dominanz einer Minderheit ist für uns nicht tragbar.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sichtbar wird dies auch an dem, was nicht im Gesetz steht. Es mag folgerichtig sein, dass Grundstückseigner als Entscheider zu definieren sind, da sie auch die Kosten tragen und gegebenenfalls beschlossene Veränderungen verwirklichen müssen. Doch sie sind nicht die Einzigen, die Entwicklungen anstoßen können und möchten. Die Bewohner des betroffenen Quartiers sind bei der Konzept- und Maßnahmenplanung einzubeziehen. Bürgerbeteiligung ist mehr, als sich Vorträge von Regierungsvertretern anhören zu dürfen.

Zu wenig berücksichtigt werden zudem die Gewerbetreibenden. Dabei sind es gerade sie, die im Positiven wie auch im Negativen vom Zustand ihres Quartiers wie auch von den Entwicklungsmaßnahmen selbst betroffen sind.

Sie sind es auch, die im Wettbewerb mit innerstädtischen Einkaufszentren und Fachmärkten auf der grünen Wiese das fundamentalste Interesse an einer attraktiven Quartiersstruktur haben. Darum müssen ihnen ebenso Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Dass viele Vertreter von Grün-Rot ein generelles Misstrauen gegenüber der Wirtschaft hegen, ist bekannt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ach!)

Dass dieses Misstrauen selbst kleine Handwerksbetriebe und Einzelhändler betrifft, überrascht mich dann doch.

Meine Damen und Herren, für die FDP/DVP-Fraktion ist die Steigerung der Attraktivität der Innenstädte ein wichtiges Anliegen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Jawohl!)

Wir vertrauen dabei auf private Kraft und Kreativität. Diese wird durch den hier geplanten rechtlichen Rahmen nicht gesteigert.

Wo Innenstadtentwicklung funktioniert, brauchen wir das Gesetz nicht, und wo sie nicht funktioniert, werden auch zusätzliche Bürokratie und neue Vorschriften nichts ändern.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/5935 zur weiteren Beratung vorberatend an den Innenausschuss und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen und Punkt 8 der Tagesordnung somit beendet.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg – Drucksache 15/5937

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben vereinbart, in der Ersten Beratung keine Aussprache zu führen. Die Landesregierung verzichtet auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/5937 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die Sitzung schließe, darf ich auf Folgendes hinweisen:

Zehn Minuten nach Ende der Plenarsitzung findet die konstituierende Sitzung des neuen Untersuchungsausschusses „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“ im Königin-Olga-Bau, Sophie-Scholl-Saal – Raum 501 im fünften Obergeschoss – statt.

Im Anschluss an die konstituierende Sitzung des neuen Untersuchungsausschusses – sie dauert ca. 30 bis 45 Minuten – findet eine Sondersitzung des Innenausschusses, ebenfalls im Sophie-Scholl-Saal, statt.

Ebenfalls im Anschluss an die Plenarsitzung tagen die drei regulären Ausschüsse: der Petitionsausschuss, der Integrationsausschuss und der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 12. November 2014, um 10:00 Uhr statt.

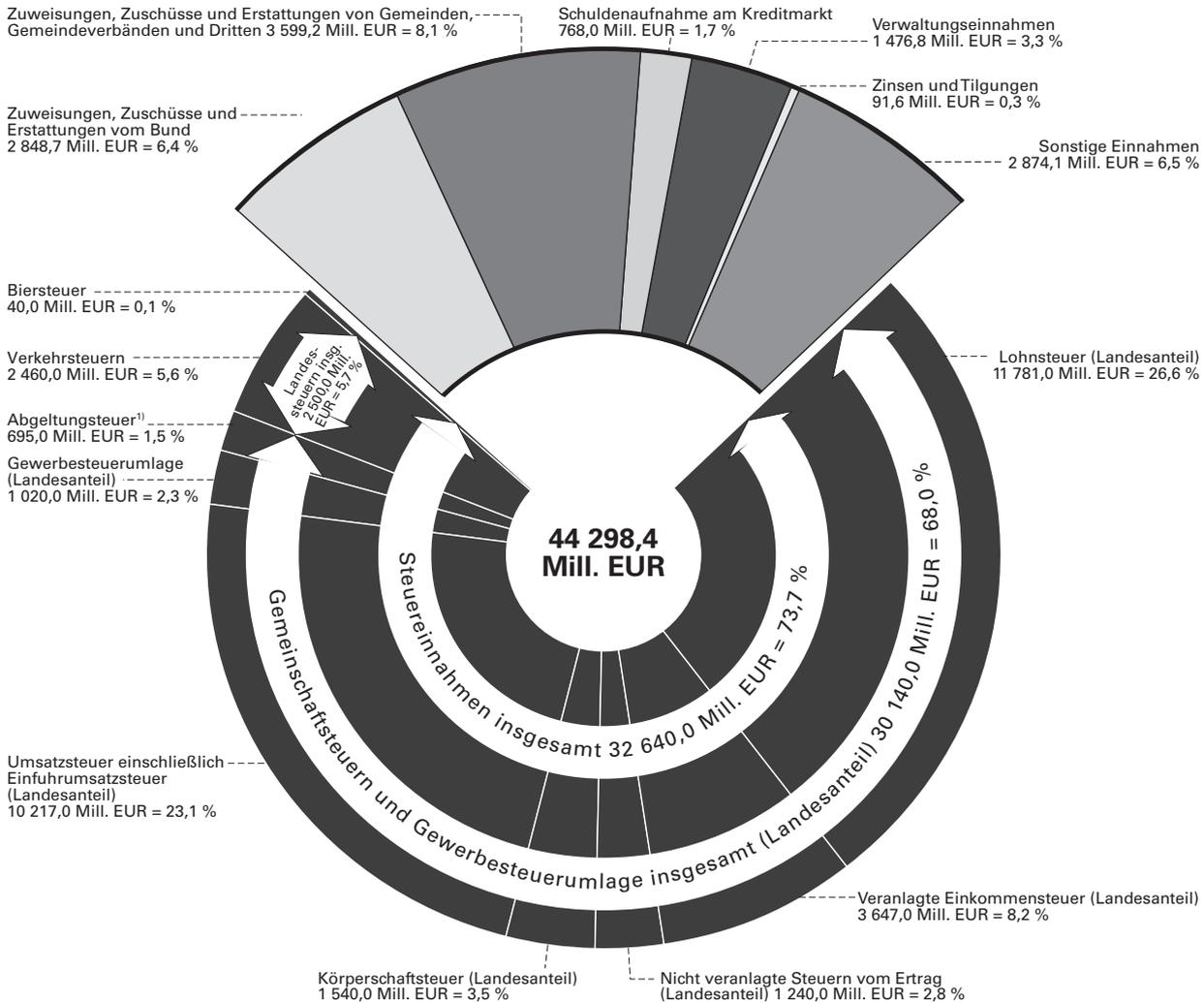
Ich danke Ihnen ganz herzlich und schließe die Sitzung.

Schluss: 15:07 Uhr

Einnahmen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16

Anlage 1

Planentwurf 2015



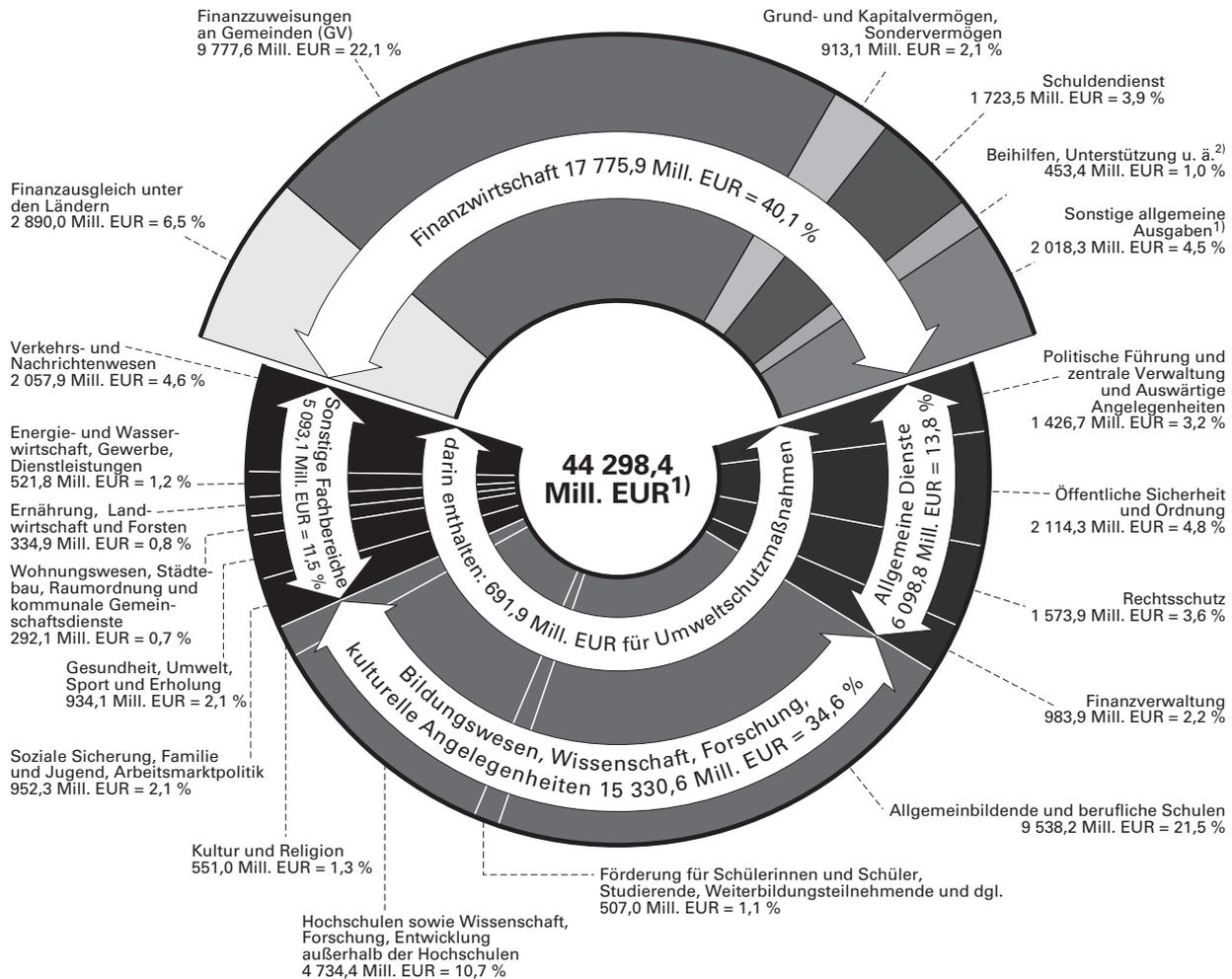
Planentwurf 2016

Einnahmen insgesamt.....	44 404,6 Mill. EUR = 100 %	b) Landessteuern insgesamt	2 500,0 Mill. EUR = 5,6 %
1. Steuereinnahmen insgesamt	33 620,0 Mill. EUR = 75,7 %	davon:	
davon:		Verkehrsteuern.....	2 460,0 Mill. EUR = 5,5 %
a) Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage		Biersteuer	40,0 Mill. EUR = 0,1 %
insgesamt (Landesanteil)	31 120,0 Mill. EUR = 70,1 %	2. Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen	
davon:		a) vom Bund	2 799,0 Mill. EUR = 6,3 %
Lohnsteuer (Landesanteil).....	12 448,0 Mill. EUR = 28,0 %	b) von Gemeinden, Gemeinde-	
Veranlagte Einkommensteuer		verbänden und Dritten	3 701,7 Mill. EUR = 8,3 %
(Landesanteil)	3 800,0 Mill. EUR = 8,6 %	3. Verwaltungseinnahmen.....	1 500,7 Mill. EUR = 3,4 %
Nicht veranlagte Steuern vom		4. Zinsen und Tilgungen.....	91,6 Mill. EUR = 0,2 %
Ertrag (Landesanteil)	1 370,0 Mill. EUR = 3,1 %	5. Schuldenaufnahmen	
Körperschaftsteuer (Landesanteil)	1 575,0 Mill. EUR = 3,5 %	am Kreditmarkt.....	0,0 Mill. EUR = 0,0 %
Umsatzsteuer einschl. Einfuhr-		6. Sonstige Einnahmen.....	2 691,6 Mill. EUR = 6,1 %
umsatzsteuer (Landesanteil)	10 160,0 Mill. EUR = 22,9 %		
Gewerbesteuerumlage			
(Landesanteil)	1 050,0 Mill. EUR = 2,4 %		
Abgeltungsteuer ¹⁾	717,0 Mill. EUR = 1,6 %		

¹⁾ Auf Zins- und Veräußerungserträge.

Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16
Planentwurf 2015

Anlage 2



Planentwurf 2016

Ausgaben insgesamt ¹⁾	44 404,6 Mill. EUR = 100 %	3. Sonstige Fachbereiche insgesamt	5 179,9 Mill. EUR = 11,7 %
1. Allgemeine Dienste insgesamt	6 217,0 Mill. EUR = 14,0 %	davon:	
davon:		a) Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	989,1 Mill. EUR = 2,2 %
a) Politische Führung und zentrale Verwaltung und Auswärtige Angelegenheiten	1 481,6 Mill. EUR = 3,3 %	b) Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	962,0 Mill. EUR = 2,2 %
b) Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 131,9 Mill. EUR = 4,8 %	c) Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	308,7 Mill. EUR = 0,7 %
c) Rechtsschutz	1 599,5 Mill. EUR = 3,6 %	d) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	335,8 Mill. EUR = 0,8 %
d) Finanzverwaltung	1 004,0 Mill. EUR = 2,3 %	e) Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	534,0 Mill. EUR = 1,2 %
2. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten insgesamt.....	15 500,8 Mill. EUR = 34,9 %	f) Verkehrs- und Nachrichtenwesen	2 050,3 Mill. EUR = 4,6 %
davon:		In Ziff. 1 – 3 enthalten: 686,9 Mill. EUR für Umweltschutzmaßnahmen.	
a) Allgemeinbildende und berufliche Schulen	9 742,5 Mill. EUR = 21,9 %	4. Finanzwirtschaft insgesamt.....	17 506,9 Mill. EUR = 39,4 %
b) Hochschulen sowie Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	4 711,1 Mill. EUR = 10,6 %	davon:	
c) Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	495,5 Mill. EUR = 1,1 %	a) Finanzausgleich unter den Ländern	3 000,0 Mill. EUR = 6,7 %
d) Kultur und Religion	551,7 Mill. EUR = 1,3 %	b) Allgemeine Finanzzuweisungen an Gemeinden (GV)	10 132,0 Mill. EUR = 22,8 %
		c) Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	928,5 Mill. EUR = 2,1 %
		d) Schuldendienst	1 808,5 Mill. EUR = 4,1 %
		e) Beihilfen, Unterstützung u. ä. ²⁾	449,1 Mill. EUR = 1,0 %
		f) Sonstige allgemeine Ausgaben ¹⁾	1 188,8 Mill. EUR = 2,7 %

1) Nach Abzug der Globalen Minderausgaben.
 2) Den anderen Bereichen nicht zuordenbar.

Die Einzelpläne nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16

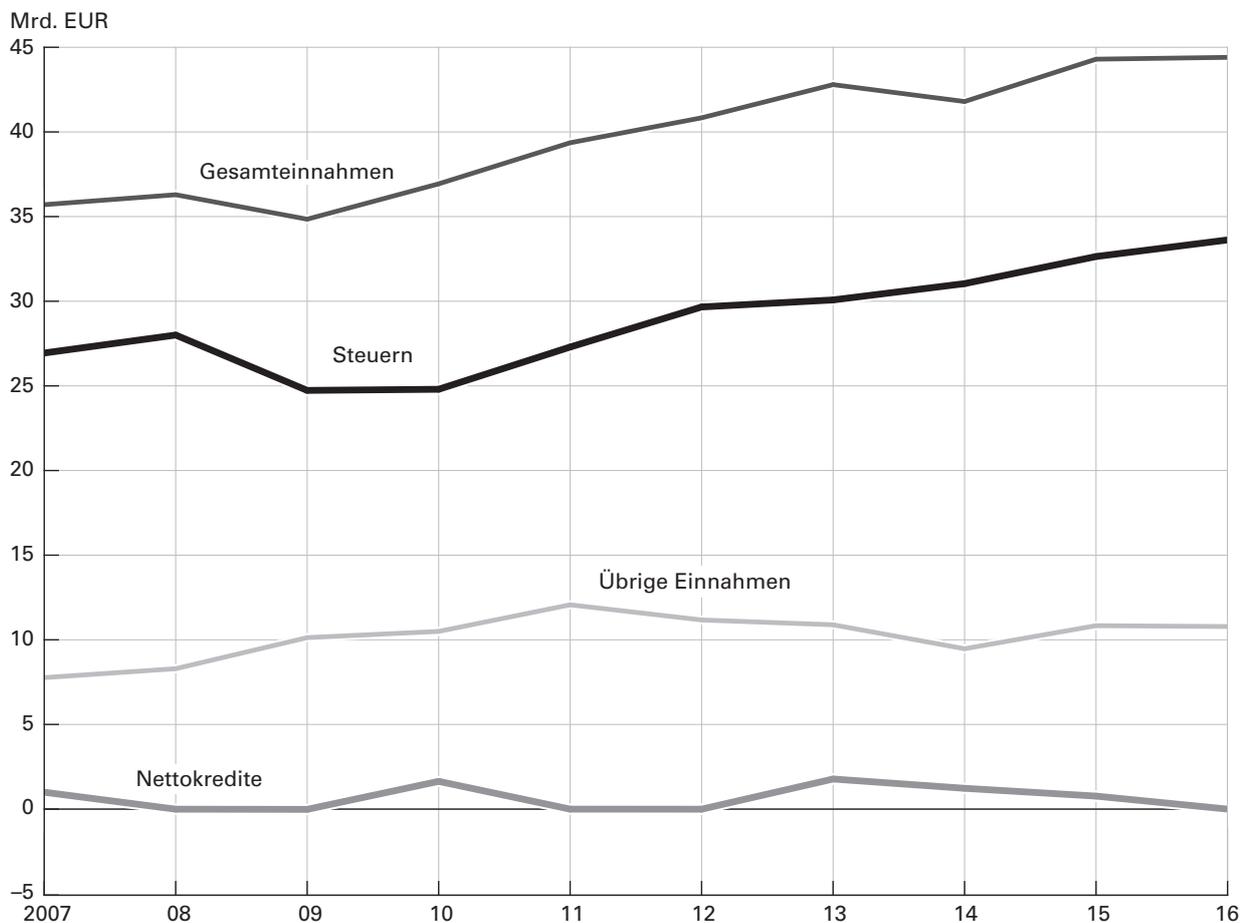
Anlage 3

Planentwurf 2015	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR
Gesamtsumme	44 298 423 400	44 298 423 400
Einzelplan 01: Landtag	699 000	75 129 400
Einzelplan 02: Staatsministerium	2 376 000	44 708 000
Einzelplan 03: Innenministerium	138 246 300	2 622 035 600
Einzelplan 04: Ministerium für Kultur, Jugend und Sport	25 607 800	9 887 796 000
Einzelplan 05: Justizministerium	803 708 300	1 619 855 700
Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	292 604 800	1 420 761 400
Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)	199 672 500	573 999 200
Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	220 068 800	830 520 900
Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	53 218 700	1 365 051 700
Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	151 904 700	441 778 100
Einzelplan 11: Rechnungshof	1 000	21 907 800
Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung	40 568 905 300	18 165 108 900
Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur	1 036 131 500	1 887 312 400
Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	805 255 000	5 002 092 700
Einzelplan 15: Ministerium für Integration	3 700	339 987 600
Einzelplan 16: Staatsgerichtshof	20 000	378 000

Planentwurf 2016	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR
Gesamtsumme	44 404 586 600	44 404 586 600
Einzelplan 01: Landtag	699 000	79 848 900
Einzelplan 02: Staatsministerium	2 345 400	41 401 700
Einzelplan 03: Innenministerium	140 472 800	2 637 891 100
Einzelplan 04: Ministerium für Kultur, Jugend und Sport	25 633 900	10 074 744 100
Einzelplan 05: Justizministerium	817 850 300	1 645 076 600
Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	307 219 700	1 443 081 800
Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)	205 672 500	591 533 100
Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	233 994 200	848 884 000
Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	52 921 300	1 423 436 800
Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	149 961 500	437 046 000
Einzelplan 11: Rechnungshof	1 000	22 387 700
Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung	40 669 027 900	17 954 681 300
Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur	1 046 749 500	1 876 781 900
Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	752 013 900	4 969 307 300
Einzelplan 15: Ministerium für Integration	3 700	358 106 300
Einzelplan 16: Staatsgerichtshof	20 000	378 000

Entwicklung der Einnahmen des Landes 2007 bis 2016

Anlage 4



Jahr	Gesamteinnahmen	Steuern	Übrige Einnahmen	Nettokredite
	Millionen EUR			
2007	35 704	26 941	7 766	997
2008	36 291	28 002	8 294	- 5
2009	34 846	24 733	10 129	- 16
2010	36 934	24 799	10 496	1 639
2011	39 360	27 294	12 068	- 2
2012	40 834	29 661	11 178	- 5
2013	42 795	30 076	10 942	1 777
2014	41 797	31 040	9 529	1 228
2015	44 298	32 640	10 890	768
2016	44 405	33 620	10 785	0

2007 bis 2013: Ist-Ergebnisse

2014: Staatshaushaltsplan

2015/16: Entwurf Staatshaushaltsplan

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Entwicklung der Personalausgabenquote, der Zinsquote und der Kreditfinanzierungsquote 2004 bis 2016

Anlage 5

Jahr	Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾	Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾	Relation Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt zu den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾
2004	41,8 %	6,0 %	6,5 %
2005	40,5 %	6,2 %	5,3 %
2006	39,5 %	6,9 %	4,7 %
2007	39,0 %	5,9 %	3,0 %
2008	37,9 %	5,4 %	0,0 %
2009	39,3 %	4,7 %	0,0 %
2010	39,3 %	5,2 %	4,6 %
2011	38,5 %	4,9 %	0,0 %
2012	38,1 %	4,3 %	0,0 %
2013	37,3 %	4,3 %	4,4 %
2014	39,0 %	4,2 %	3,0 %
2015	38,0 %	3,9 %	1,8 %
2016	37,9 %	4,0 %	0,0 %

2004 bis 2013: Ist-Ergebnisse

2014: Staatshaushaltsplan

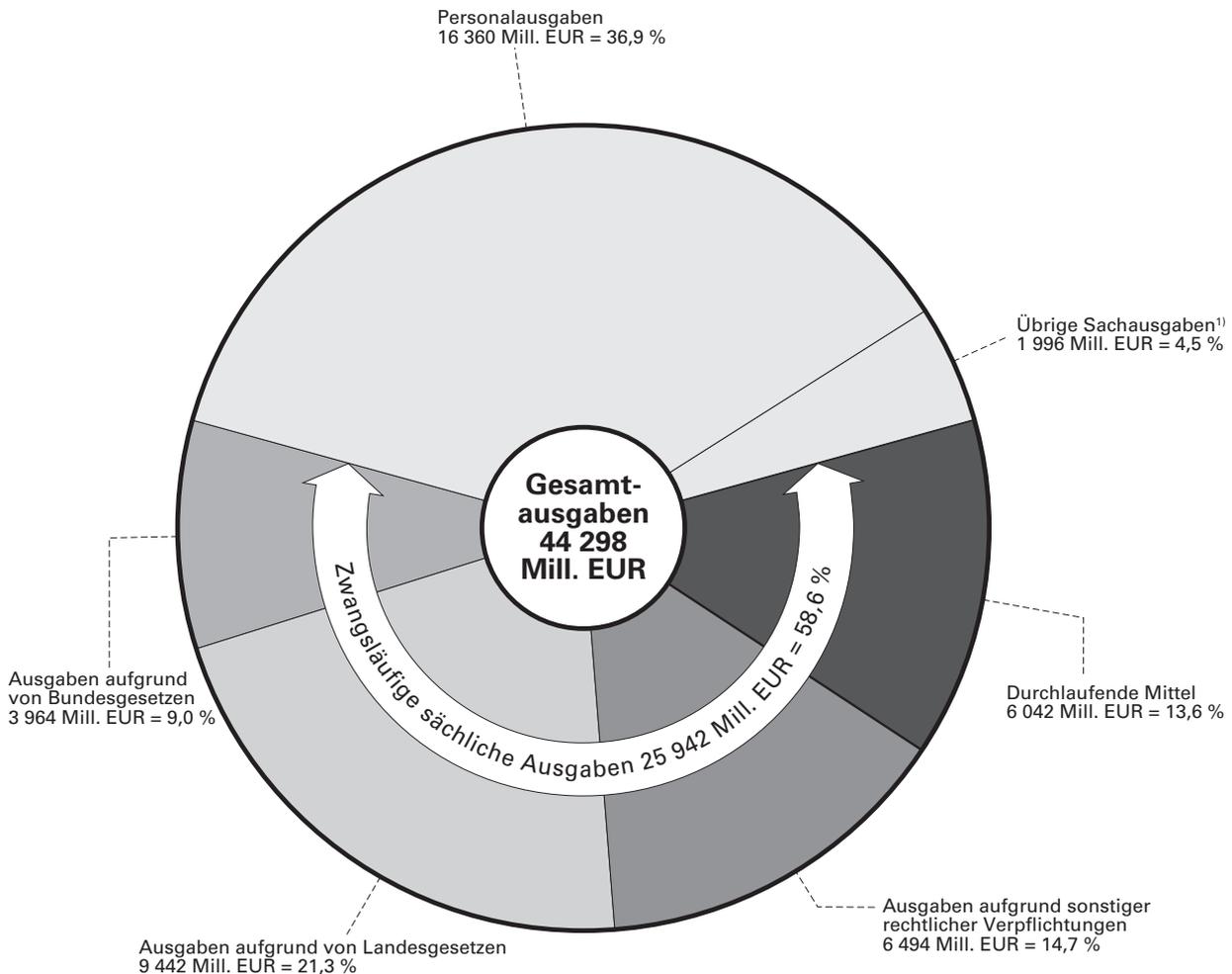
2015/16: Entwurf Staatshaushaltsplan

1) Gesamtausgaben abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt und besonderer Finanzierungsvorgänge (Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und haushaltstechnische Verrechnungen).

Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16 aufgeteilt nach Zwangsläufigkeiten

Anlage 6

Planentwurf 2015



Planentwurf 2016

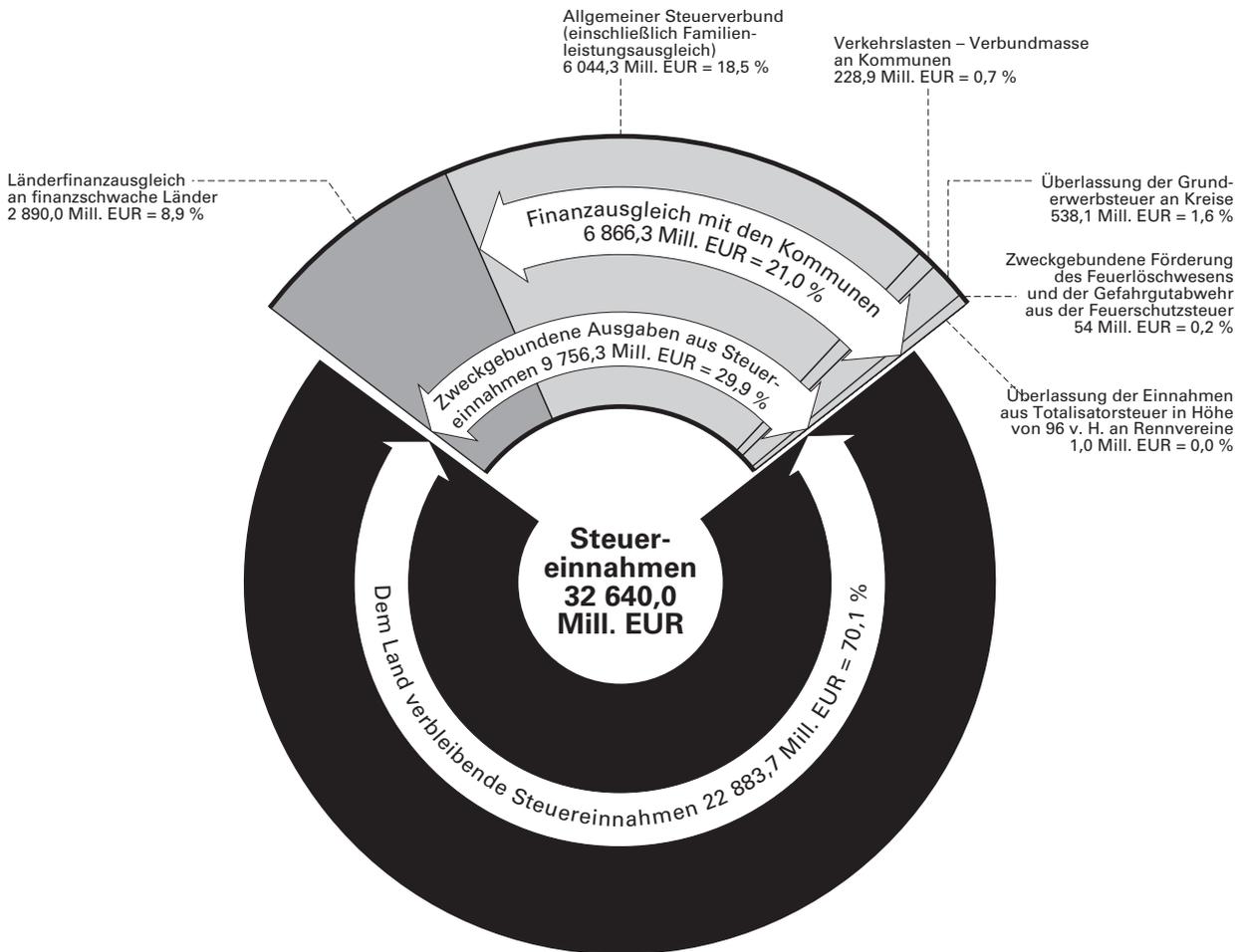
1. Personalausgaben	16 718 Mill. EUR = 37,6 %
2. Zwangsläufige sächliche Ausgaben	
2.1 Bundesgesetze	4 095 Mill. EUR = 9,2 %
2.2 Landesgesetze	9 807 Mill. EUR = 22,1 %
2.3 Sonstige rechtliche Verpflichtungen	6 622 Mill. EUR = 14,9 %
2.4 Durchlaufende Mittel	6 164 Mill. EUR = 13,9 %
Zusammen	26 688 Mill. EUR = 60,1 %
3. Übrige Sachausgaben ¹⁾	999 Mill. EUR = 2,3 %
4. Gesamtausgaben	44 405 Mill. EUR

¹⁾ Nach Abzug der Globalen Minderausgaben.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Steuereinnahmen und die davon abhängigen Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16

Anlage 7

Planentwurf 2015



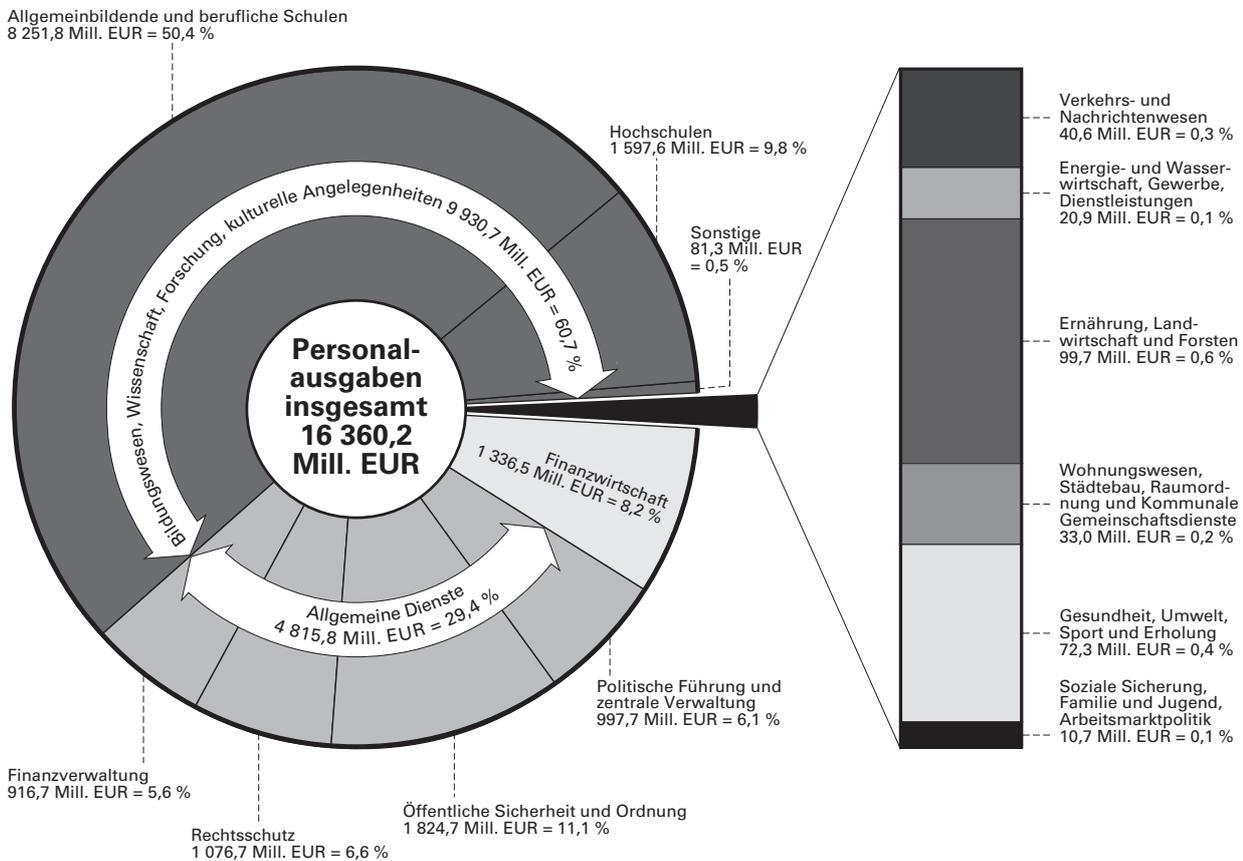
Planentwurf 2016

Steuereinnahmen	33 620,0 Mill. EUR = 100 %
Länderfinanzausgleich an finanzschwache Länder	3 000,0 Mill. EUR = 8,9 %
Allgemeiner Steuerverbund (einschließlich Familienleistungsausgleich).....	6 254,4 Mill. EUR = 18,6 %
Überlassung der Grunderwerbsteuer an Kreise	543,9 Mill. EUR = 1,6 %
Verkehrslasten – Verbundmasse an Kommunen.....	228,9 Mill. EUR = 0,7 %
Zweckgebundene Förderung des Feuerlöschwesens und der Gefahrgutabwehr aus der Feuerschutzsteuer.....	54,0 Mill. EUR = 0,2 %
Finanzausgleich mit den Kommunen	7 082,2 Mill. EUR = 21,1 %
Überlassung der Einnahmen aus Totalisatorsteuer in Höhe von 96 v. H. an Rennvereine.....	1,0 Mill. EUR = 0,0 %
Zweckgebundene Ausgaben aus Steuereinnahmen.....	10 082,2 Mill. EUR = 30,0 %
Dem Land verbleibende Steuereinnahmen.....	23 537,8 Mill. EUR = 70,0 %

Personalausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16 nach Aufgabenbereichen

Anlage 8

Planentwurf 2015



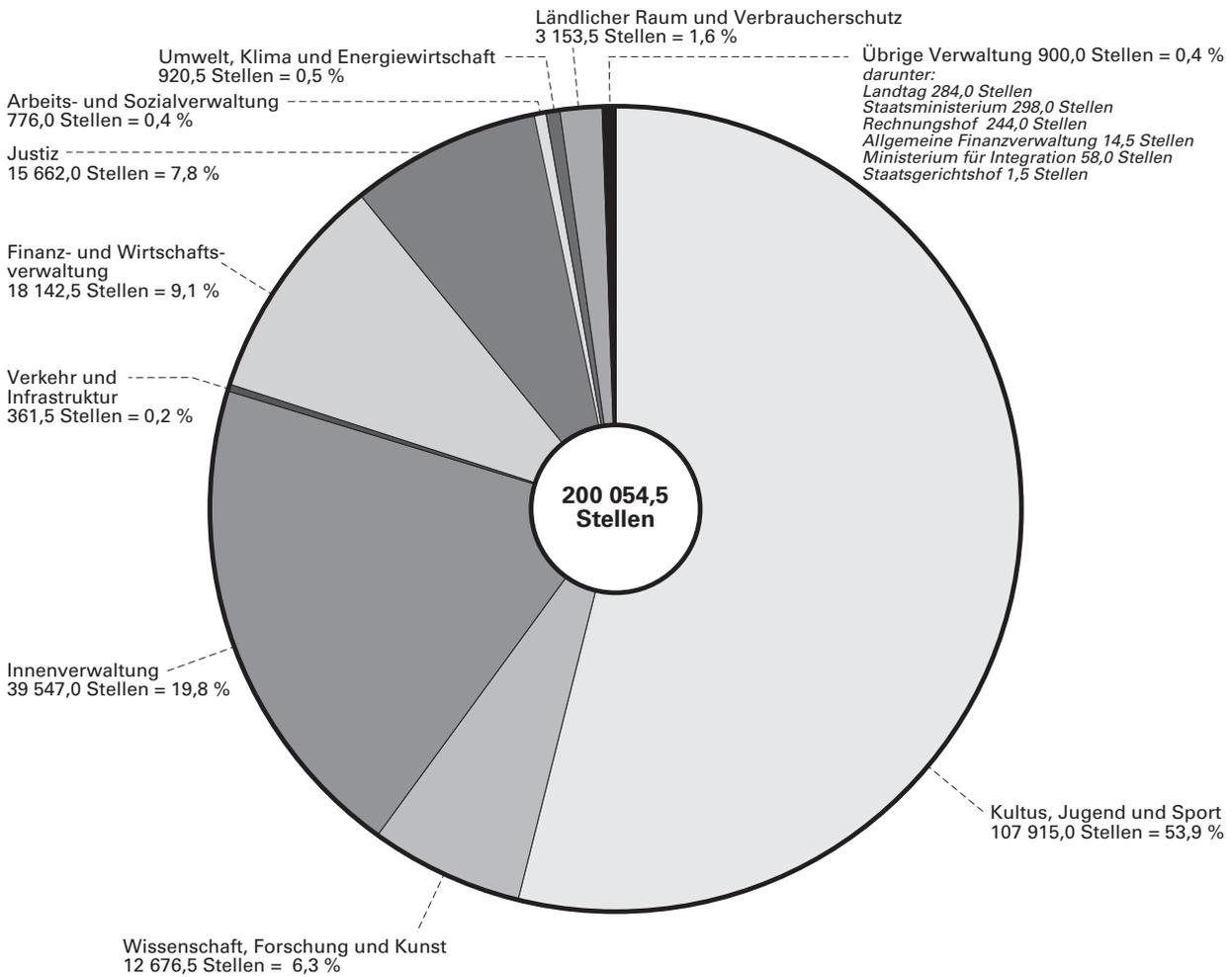
Planentwurf 2016

Personalausgaben insgesamt.....	16 718,1 Mill. EUR = 100 %	3. Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik.....	12,4 Mill. EUR = 0,1 %
1. Allgemeine Dienste.....	4 903,6 Mill. EUR = 29,3 %	4. Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	73,0 Mill. EUR = 0,4 %
davon:		5. Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und Kommunale Gemeinschaftsdienste.....	32,9 Mill. EUR = 0,2 %
Politische Führung und zentrale Verwaltung.....	1 030,8 Mill. EUR = 6,2 %	6. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	99,7 Mill. EUR = 0,6 %
Öffentliche Sicherheit und Ordnung.....	1 845,1 Mill. EUR = 11,0 %	7. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen.....	20,1 Mill. EUR = 0,1 %
Rechtsschutz.....	1 090,8 Mill. EUR = 6,5 %	8. Verkehrs- und Nachrichtenwesen.....	43,9 Mill. EUR = 0,3 %
Finanzverwaltung.....	936,9 Mill. EUR = 5,6 %	9. Finanzwirtschaft.....	1 450,4 Mill. EUR = 8,7 %
2. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	10 082,1 Mill. EUR = 60,3 %		
davon:			
Allgemeinbildende und berufliche Schulen....	8 436,0 Mill. EUR = 50,5 %		
Hochschulen	1 564,8 Mill. EUR = 9,4 %		
Sonstige	81,3 Mill. EUR = 0,4 %		

Personalstellen nach dem Entwurf des Staathaushaltsplans 2015/16

Anlage 9

Planentwurf 2015



Planentwurf 2016

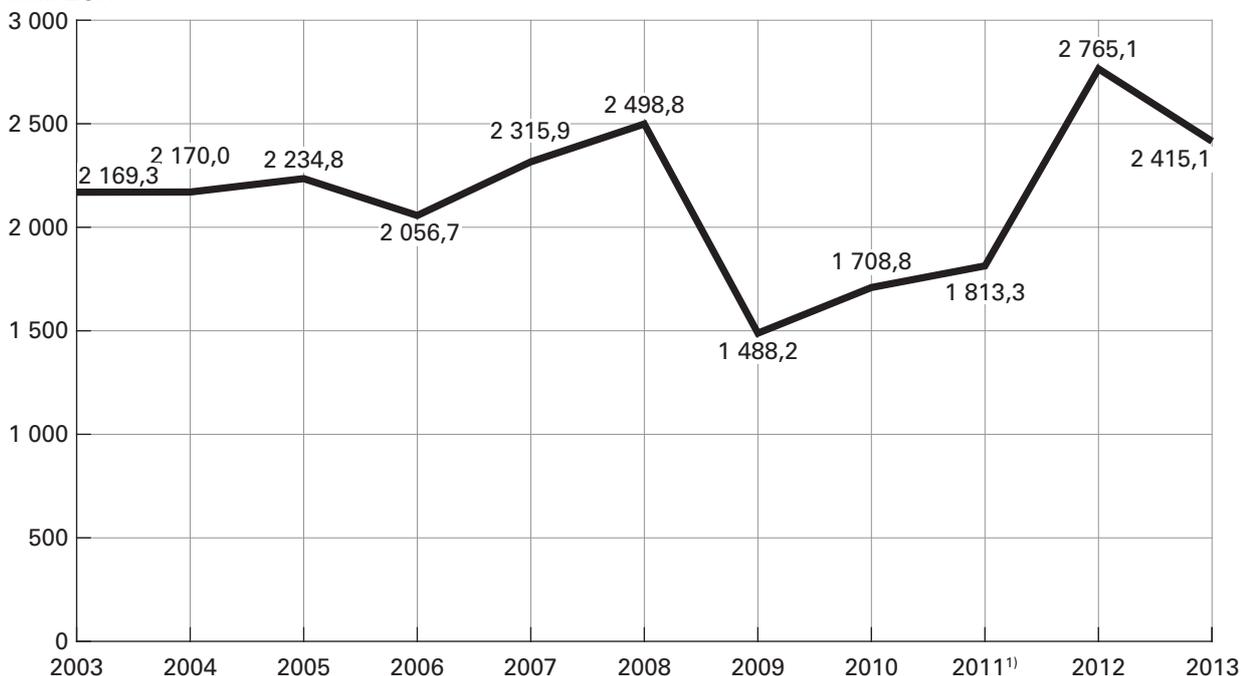
Bereich	Stellen	Anteil in %
Innenverwaltung	39 458,5	19,6
Kultus, Jugend und Sport	109 517,5	54,3
Justiz	15 665,5	7,8
Finanz- und Wirtschaftsverwaltung	18 146,0	9,0
Ländlicher Raum und Verbraucherschutz	3 163,5	1,6
Arbeits- und Sozialverwaltung	776,0	0,4
Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	919,5	0,4
Verkehr und Infrastruktur	361,5	0,2
Wissenschaft, Forschung und Kunst	12 678,0	6,3
Übrige Verwaltung	882,5	0,4
Zusammen	201 568,5	100,0

Finanzausgleich unter den Ländern 2003 bis 2013

Anlage 10

Beiträge des Landes für ausgleichsberechtigte Länder

Mill. EUR



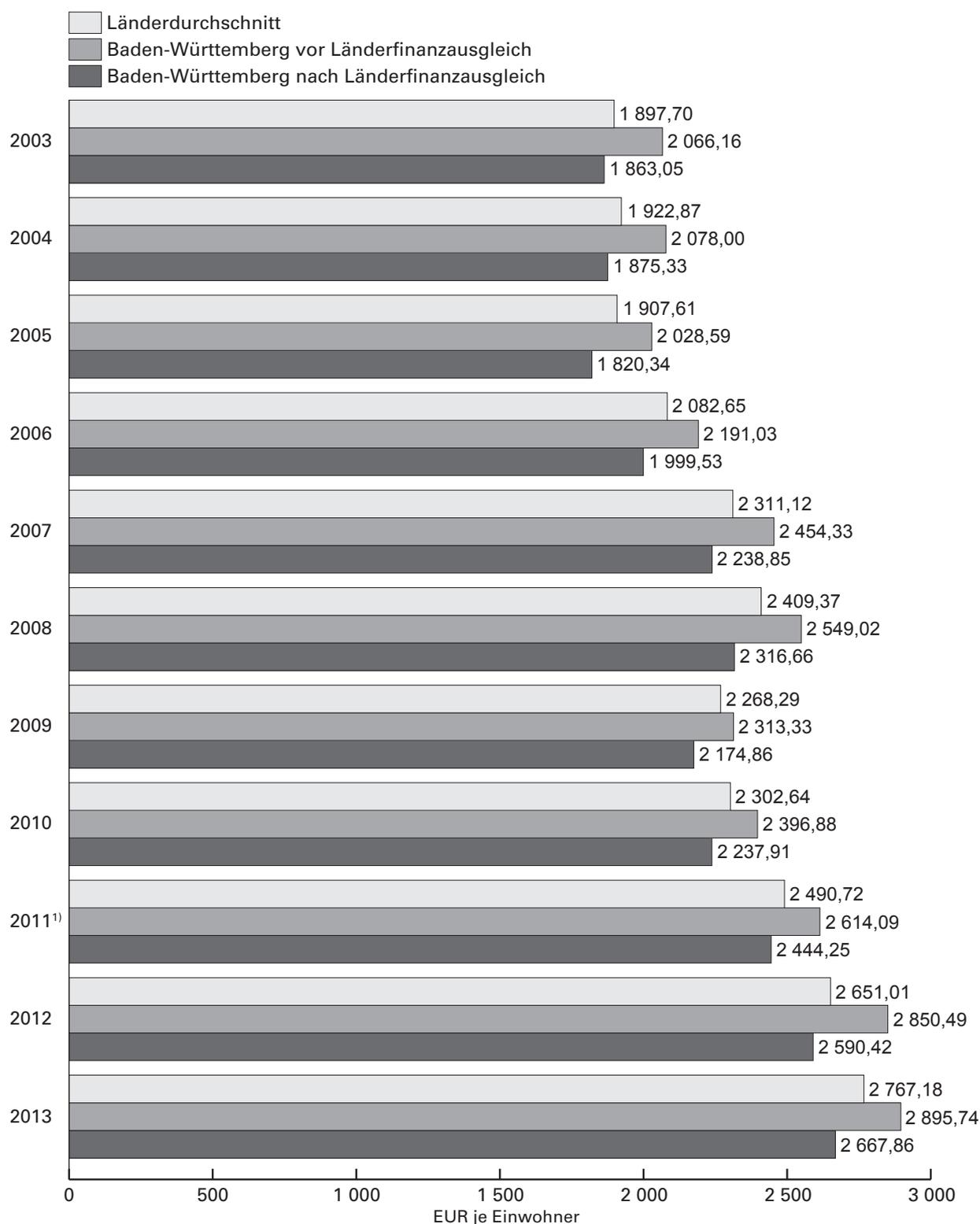
Anteile der ausgleichspflichtigen und ausgleichsberechtigten Länder*)

Land	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ¹⁾	2012	2013
Ausgleichspflichtige Länder											
Baden-Württemberg	2 169,3	2 170,0	2 234,8	2 056,7	2 315,9	2 498,8	1 488,2	1 708,8	1 813,3	2 765,1	2 415,1
Bayern	1 859,2	2 315,4	2 234,2	2 093,1	2 310,8	2 923,5	3 354,0	3 511,1	3 620,7	3 796,6	4 306,8
Hamburg	656,0	578,0	383,3	622,6	367,5	370,9	44,9	66,3	91,5	25,1	–
Hessen	1 875,8	1 528,6	1 605,6	2 418,0	2 884,6	2 470,1	1 901,8	1 752,3	1 798,8	1 304,3	1 701,6
Nordrhein-Westfalen	49,6	212,9	489,9	131,6	37,7	–	58,9	–	–	–	–
Schleswig-Holstein	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zusammen	6 609,8	6 804,8	6 947,8	7 322,0	7 916,5	8 263,4	6 847,8	7 038,6	7 324,3	7 891,1	8 423,5
Ausgleichsberechtigte Länder											
Bayern	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bremen	346,2	330,8	366,2	416,9	471,1	505,3	433,2	444,8	517,9	520,6	587,5
Niedersachsen	392,4	446,2	363,3	239,8	317,9	316,7	110,3	259,1	209,0	177,8	106,8
Hamburg	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	88,4
Nordrhein-Westfalen	–	–	–	–	–	54,3	–	354,3	239,4	435,4	691,4
Rheinland-Pfalz	259,2	190,4	293,9	346,1	342,6	374,0	292,6	266,6	246,2	256,4	242,4
Saarland	106,6	115,7	112,6	115,3	124,9	116,4	93,0	89,3	120,4	93,8	136,8
Schleswig-Holstein	16,1	102,2	146,2	123,7	136,1	176,7	169,3	101,2	119,1	134,4	167,5
Sachsen	936,1	929,8	1 020,2	1 078,0	1 164,9	1 157,5	910,2	853,9	922,5	960,9	994,6
Sachsen-Anhalt	519,7	531,6	587,0	590,2	627,1	626,6	514,0	497,0	543,8	549,6	559,1
Thüringen	499,6	517,5	581,0	616,6	644,4	636,9	496,8	472,2	530,7	541,9	543,0
Brandenburg	502,1	534,3	588,3	611,2	674,7	620,7	500,8	401,0	443,3	543,3	517,6
Mecklenburg-Vorpommern	393,1	403,4	433,5	475,2	512,8	538,4	450,1	399,1	432,8	452,8	460,5
Berlin	2 638,8	2 702,9	2 455,5	2 709,0	2 900,1	3 139,8	2 877,5	2 900,0	2 999,1	3 224,2	3 327,9
Zusammen	6 609,8	6 804,8	6 947,8	7 322,0	7 916,5	8 263,4	6 847,8	7 038,6	7 324,3	7 891,1	8 423,5

*) Evtl. Differenzen in den Summen beruhen auf dem Runden der Zahlen. – 1) Vorläufige Zahlen.

Steuereinnahmen*) des Landes vor und nach dem Finanzausgleich unter den Ländern im Vergleich mit den durchschnittlichen Steuereinnahmen*) der Länder 2003 bis 2013

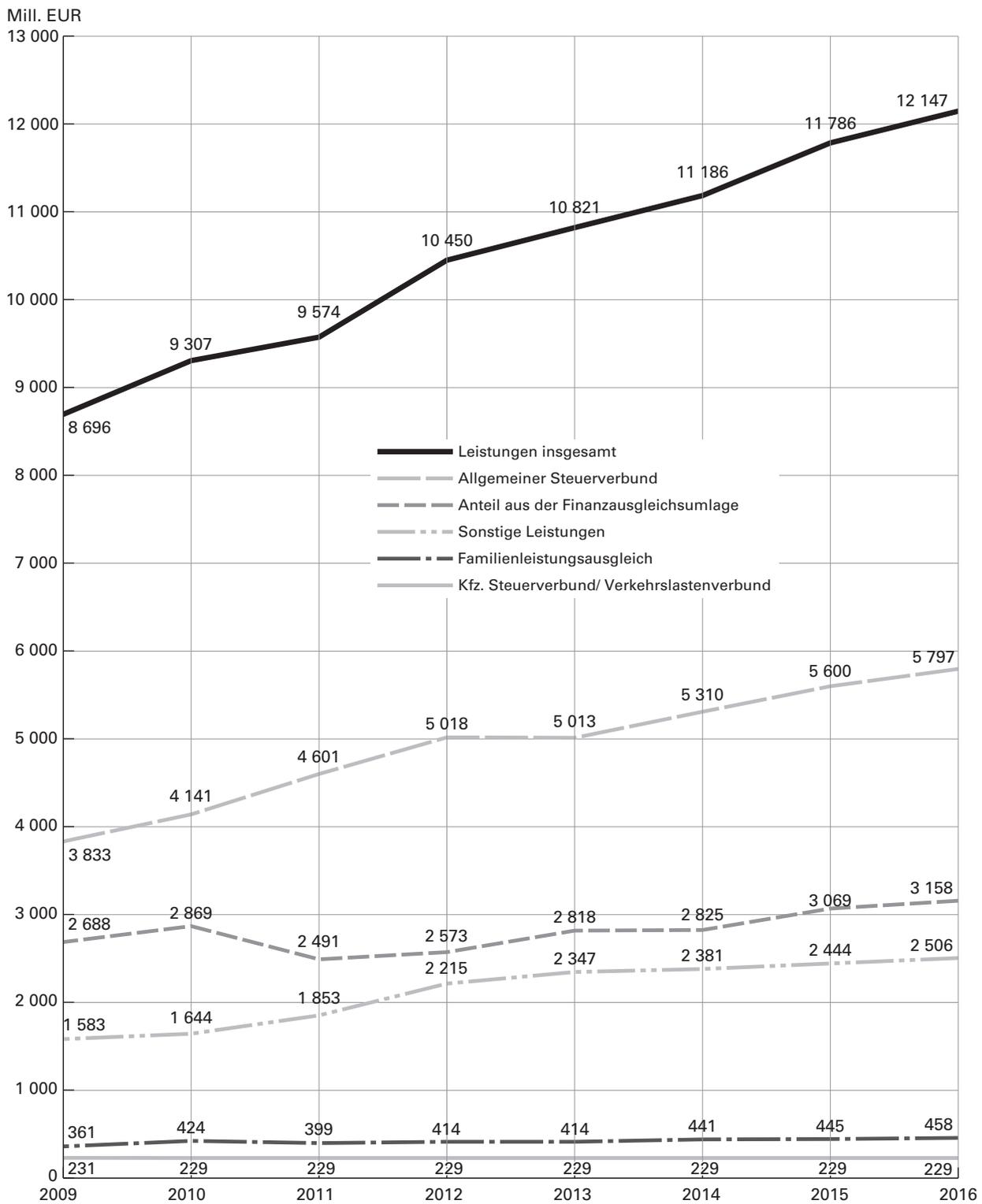
Anlage 11



*) Einschließlich Spielbankabgabe und Förderabgabe (vor Abzug der Hafensteuern bzw. der Prämie). – 1) Vorläufige Zahlen.

Ausgaben des Landes für Leistungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände 2009 bis 2016

Anlage 12



2009 bis 2013 : Ist-Ergebnisse
 2014: Staatshaushaltsplan
 2015 und 2016: Entwurf Staatshaushaltsplan

Anlage 13

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umsetzung in der Enquetekommission

„Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Funktion	scheidet aus	tritt ein
ordentliches Mitglied	Graner	Wölfe

Umsetzung im Ausschuss für Europa und Internationales

Funktion	scheidet aus	tritt ein
ordentliches Mitglied	Drexler	Funk

05. 11. 2014

Claus Schmiedel und Fraktion

Anlage 14

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU

Nachwahl eines beratenden Mitglieds im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM)

Es scheidet aus:

Herr Abg. Werner Raab

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Frau Abg. Bettina Meier-Augenstein

04. 11. 2014

Peter Hauk und Fraktion

6600

Anlage 15

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU

**Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses
„Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)
in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“**

Mitglieder:

Thomas Blenke
Arnulf Freiherr von Eyb
Friedlinde Gurr-Hirsch
Matthias Pröfrock

Stellvertretende Mitglieder:

Konrad Epple
Peter Hauk
Bernd Hitzler
Dr. Stefan Scheffold

04. 11. 2014

Peter Hauk und Fraktion

Anlage 16

Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE

**Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses
„Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)
in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“**

Mitglieder:

Petra Häffner
Alexander Salomon
Hans-Ulrich Sckerl

Stellvertretende Mitglieder:

Jürgen Filius
Daniel Andreas Lede Abal
Brigitte Lösch

04. 11. 2014

Edith Sitzmann und Fraktion

Anlage 17

Wahlvorschlag

der Fraktion der SPD

**Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses
„Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)
in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“**

M i t g l i e d e r :

Wolfgang Drexler
Rita Haller-Haid
Nikolaos Sakellariou

S t e l l v e r t r e t e n d e M i t g l i e d e r :

Christoph Bayer
Rosa Grünstein
Thomas Reusch-Frey

04. 11. 2014

Claus Schmiedel und Fraktion

Anlage 18

Wahlvorschlag

der Fraktion der FDP/DVP

**Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses
„Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)
in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M. K.“**

M i t g l i e d :

Dr. Ulrich Goll

S t e l l v e r t r e t e n d e s M i t g l i e d :

Niko Reith

04. 11. 2014

Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion

6602